



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1960

Samstag, den 21. Mai 1960

Nr. 21

INHALT:

| | Seite | | Seite |
|---|-------|---|-------|
| Der Hessische Ministerpräsident | | Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr | |
| Staatliche Anerkennung von Rettungstaten | 613 | Aufstufung der Landstraße II. Ordnung Nr. 867 Hanau—Groß-Auheim—Großkrotzenburg—Landesgrenze (Kahl) im Landkreis Hanau | 624 |
| Runderlaß zur Durchführung der durch Bundesgesetz vom 13. 4. 1960 (BGBl. I S. 217) angeordneten Betriebszählungen in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung) | 613 | Aufstufung des Gemeindeverbindungsweges Allendorf—Ellershausen, Landkreis Frankenberg, Regierungsbezirk Kassel, zur Landstraße II. Ordnung | 624 |
| Der Hessische Minister des Innern | | Eintragung der als Zubringerstraße zur Autobahnanschlußstelle Bad Homburg neu gebauten Straße zwischen der Bundesautobahn Frankfurt/Main—Kassel und der Landstraße I. Ordnung Nr. 3019 in den Landkreisen Friedberg, Regierungsbezirk Darmstadt, und Obertaunuskreis, Regierungsbezirk Wiesbaden, in das Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung | 625 |
| Beamtenrechtsrahmengesetz (BRRG); hier: Rechtsweg bei Klagen aus dem Beamtenverhältnis | 614 | Fortführung der Frachthilfe im hessischen Zonenrandgebiet für die Zeit vom 1. 4. 1960 bis 31. 12. 1960 | 625 |
| Bekanntmachung über die Verleihung des Enteignungsrechts an den Wasserverband — Gruppenwasserwerk Fritzlar-Homberg — Reg.-Bez. Kassel, für den Ausbau von zwei Tiefbrunnen | 615 | Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen | |
| Schwerpunktprogramm für die Verkehrserziehung für den Monat Juni 1960 | 615 | Ungültigkeitserklärung von Sprengstofferaubnisscheinen | 625 |
| Anderung der Benennung von Teilen der Gemeinde Allendorf im Oberlahnkreis | 615 | Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen | 625 |
| Anderung der Benennung von Teilen der Gemeinden Frieda, Schwabda, Wanfried und Jestädt im Landkreis Eschwege | 615 | Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten | |
| Anderung der Grenzen zwischen den Gemeinden Oberhaun, Unterhaun und Sieglös im Landkreis Hersfeld | 616 | Beschleunigte Zusammenlegung Habitzheim, Krs. Dieburg | 628 |
| Verlust von Polizeiführerscheinen | 616 | Flurbereinigung Wolfhagen | 628 |
| Verwaltung der Liegenschaften, Gebäude, Dienst- und Staatsmietwohnungen sowie der Diensträume der staatlichen Polizei des Landes Hessen | 616 | Personalmeldungen | |
| Richtlinien für die Förderung von Dorfgemeinschaftshäusern, Bürgerhäusern und Mehrzweckhallen in Hessen | 616 | D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen | 629 |
| Der Hessische Minister der Finanzen | | F. im Bereich des Hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung | 630 |
| Tuberkulosehilfe für die Bediensteten und Versorgungsempfänger des Landes und ihre Familienangehörigen | 618 | Regierungspräsidenten | |
| Gewerbesteuerausgleich zwischen Wohngemeinden und Betriebsgemeinden; hier: Gegenseitigkeit mit Gemeinden anderer Länder im Rechnungsjahr 1960 | 618 | DARMSTADT | |
| Eintragung in die Liste der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure im Lande Hessen | 619 | Auflösung der Pferdeversicherungsgesellschaft Rüsselsheim, Kreis Groß-Gerau | 631 |
| Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung | | WIESBADEN | |
| Bewertungsergebnisse über die 211. Bewertungssitzung | 620 | Verordnung über die Freigabe von Sonntagen für das Offenhalten von Verkaufsstellen für die Stadt Schlüchtern | 631 |
| Ergänzungen im Anschluß an die Bewertungsergebnisse der 211. Bewertungssitzung | 621 | Verordnung über die Öffnungszeiten für Verkaufsstellen im Kurviertel der Landeshauptstadt Wiesbaden an Sonn- und Feiertagen sowie an Sonnabenden | 632 |
| Bewertungsergebnisse über die LXVIII. Hauptausschußsitzung | 623 | Buchbesprechungen | 632 |
| Bewertungsergebnisse über die 212. Bewertungssitzung | 623 | Öffentlicher Anzeiger | 633 |

478

Der Hessische Ministerpräsident

Staatliche Anerkennung von Rettungstaten

Für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 23. Juli 1959 spreche ich Herrn Julius Gustav Philipp, Frankfurt (Main)-Höchst, Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 3. 3. 1960

Der Hessische Ministerpräsident
— II/6-14c

Für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 2. August 1959 spreche ich dem Friseurlehrling Wolfgang Adler in Bad Vilbel Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 6. 4. 1960

Der Hessische Ministerpräsident
— II/6-14c

Für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 18. Mai 1959 spreche ich Herrn Uwe Nachtwey, Altmorschen, Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 6. 4. 1960

Der Hessische Ministerpräsident
— II/6-14c

St.Anz. 21/1960 S. 613

479

Runderlaß zur Durchführung der durch Bundesgesetz vom 13. 4. 1960 (BGBl. I S. 217) angeordneten Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft

(Landwirtschaftszählung 1960)

1. Vorbereitung, Durchführung, Aufbereitung und Veröffentlichung der Landwirtschaftszählung i. S. des Bundesgesetzes vom 13. 4. 1960 obliegen dem Hessischen Statistischen Landesamt, das die hierzu erforderlichen organisatorischen Anordnungen und technischen Durchführungsanweisungen erläßt.

2. Die unmittelbare Durchführung der Haupterhebung gemäß §§ 2 und 3 des Gesetzes erfolgt mit Stichtag 31. Mai 1960 im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden durch die Gemeinden und Landkreise.

Die Regierungspräsidenten überwachen im Rahmen ihrer Aufsichtsfunktion die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Erhebung in den Landkreisen und Gemeinden.

3. Über die gemäß §§ 4 bis 7 des Gesetzes durchzuführenden Gartenbau-, Forst-, Binnenfischerei- und Arbeitskräfteerhebungen, die im Anschluß an die Haupterhebung bzw. noch durch besondere Rechtsverordnung geregelt werden, er-

gehen gesonderte Anweisungen durch das Hessische Statistische Landesamt.

4. Die Landräte bestellen einen Kreiszahlungsleiter, die Gemeinden, soweit nicht der Bürgermeister diese Funktion selbst ausübt, einen Gemeindezahlungsleiter (Gemeindebeauftragten), die die technische Durchführung der Erhebung leiten und die Aufsicht über das Zählgeschäft führen.

In größeren Gemeinden empfiehlt es sich, eine besondere Zählungsdienststelle mit der Durchführung der Erhebung zu beauftragen.

5. Zur Durchführung der Erhebungen sind ehrenamtliche Zähler zu bestellen. Hierzu wird auf die §§ 21 ff. der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. 2. 1952 verwiesen.

Für das Zähleramt sind nur solche Personen heranzuziehen, von denen zu erwarten ist, daß sie ihre Aufgabe zuverlässig und gewissenhaft erfüllen.

6. Die Bestellung eines ausreichenden Zählerstabes durch die Gemeinden soll möglichst frühzeitig abgeschlossen sein. Dem Hessischen Statistischen Landesamt obliegt es, die Gemeindezahlungsleiter (Gemeindebeauftragten) für die ihnen im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1960 übertragenen Aufgaben vorzubereiten und anzuleiten.

Die Zähler sind bis zum 25. 5. 1960 durch die Gemeinden (Gemeindezahlungsleiter) in die ihnen obliegenden Aufgaben in besonderen Zählerschulungen einzuweisen.

7. Alle mit der Erhebung beauftragten Personen sind unter Bezugnahme auf § 12 und § 13 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. 9. 1953. (BGBl. I S. 1314)

schriftlich zur Verschwiegenheit über alle persönlichen und sachlichen Angaben, die ihnen bei der Erhebung bekannt werden, zu verpflichten.

8. Soweit Beschäftigte im öffentlichen Dienst im Rahmen ihres Dienstes für die Durchführung der Zählung herangezogen werden, gilt der für ihr Dienstverhältnis bestehende Unfallschutz, bei Beamten die Dienstunfallfürsorge nach den beamtenrechtlichen Vorschriften, für Angestellte und Arbeiter der Unfallversicherungsschutz nach § 537 Nr. 1 der Reichsversicherungsordnung. Soweit die Gemeinden zur Durchführung der Zählung sonstige Personen zu ehrenamtlicher Tätigkeit heranziehen, sind diese für die Gemeinden ehrenamtlich tätigen Personen nach § 537 Nr. 10 der Reichsversicherungsordnung versichert (Hessischer Gemeindeunfallversicherungsverband Frankfurt am Main).

9. Das Land Hessen zahlt ohne Anerkennung einer Rechtspflicht zu den den Gemeinden entstehenden Kosten einen Zuschuß in Höhe von DM 0,50 je Betrieb. Als Mindestsatz wird eine Pauschale von DM 10,— je Gemeinde festgesetzt.

Ferner erhalten:

| | |
|---|----------|
| Landkreise mit weniger als 50 Gemeinden | DM 200,— |
| Landkreise mit 50 bis 100 Gemeinden | DM 300,— |
| Landkreise mit mehr als 100 Gemeinden | DM 400,— |

Der Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Minister für Landwirtschaft und Forsten, des Innern und der Finanzen.

Wiesbaden, 13. 5. 1960

Der Hessische Ministerpräsident
II/2 — Az.: 1 k 42/05

St.Anz. 21/1960 S. 613

480

Der Hessische Minister des Innern

Beamtenrechtsrahmengesetz (BRRG);

hier: Rechtsweg bei Klagen aus dem Beamtenverhältnis

Der Rechtsweg bei Klagen aus dem Beamtenverhältnis richtet sich nach §§ 126, 127 des Beamtenrechtsrahmengesetzes (BRRG) in der Fassung des § 191 Abs. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) und den Vorschriften des 8. Abschnitts (§§ 68—80 VwGO).

Zur Durchführung gebe ich folgende Hinweise:

I. Rechtsweg

Für alle Klagen der Beamten, Ruhestandsbeamten, früheren Beamten und der Hinterbliebenen aus dem Beamtenverhältnis ist nach § 126 Abs. 1 BRRG der Verwaltungsrechtsweg gegeben; das gleiche gilt nach § 126 Abs. 2 BRRG für Klagen des Dienstherrn gegen einen Beamten, Ruhestandsbeamten usw. aus dem Beamtenverhältnis. Eine Ausnahme besteht nur in den Fällen, in denen wegen Amtspflichtverletzung nach Art. 34 GG Schadensersatzansprüche eines Beamten, Ruhestandsbeamten usw. gegen den Dienstherrn und Rückgriffsansprüche des Dienstherrn geltend gemacht werden. In diesen Fällen sind nach Art. 34 GG die ordentlichen Gerichte zuständig. Die Wartestandsbeamten sind von § 126 BRRG mit erfaßt, denn sie sind Beamte. Das Dienststrafrecht bleibt unverändert. § 18 Abs. 1 Richterwahlgesetz bleibt unberührt (§ 134 Abs. 1 BRRG).

II. Vorverfahren

1. Alle Klagen nach § 126 Abs. 1 BRRG setzen ein Vorverfahren nach § 126 Abs. 3 BRRG in Verbindung mit §§ 68 bis 80 VwGO voraus. Danach ist die Klage eines Beamten, Ruhestandsbeamten usw. erst zulässig, nachdem gegen den Erlaß oder die Ablehnung eines Verwaltungsaktes oder gegen die Ablehnung des Anspruchs auf eine Leistung Widerspruch erhoben und der Widerspruch zurückgewiesen oder über ihn ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden worden ist. Dies gilt auch dann, wenn der Verwaltungsakt von einer obersten Dienstbehörde erlassen worden ist (§ 126 Abs. 3 Nr. 1 BRRG, §§ 68, 75 VwGO).

2. Für den Widerspruch gelten die §§ 68—73 VwGO mit den sich aus § 126 Abs. 3 BRRG ergebenden Abweichungen.

a) Der Widerspruch muß innerhalb der Frist des § 70 VwGO eingelegt werden.

b) Über den Widerspruch entscheidet die oberste Dienstbehörde (§ 126 Abs. 3 Nr. 2 Satz 1 BRRG). Wird der Wider-

spruch bei einer anderen Stelle als der zur Entscheidung über den Widerspruch zuständigen Behörde eingelegt, so ist er dieser unverzüglich unter Beifügung vorhandener Vorgänge zuzuleiten.

c) Über den Widerspruch ist in angemessener Frist zu entscheiden (§ 75 Satz 1 VwGO). Ein längerer Zeitraum als drei Monate kann in der Regel nicht als angemessen angesehen werden (§ 75 Satz 2 VwGO). Ist eine Entscheidung über den Widerspruch innerhalb eines Monats nicht möglich, so ist ein Zwischenbescheid zu erteilen. In diesem sollen die Gründe für die Verzögerung und der voraussichtliche Zeitpunkt der Entscheidung angegeben werden.

d) Die Zustellung des Widerspruchsbescheides (§ 73 Abs. 3 Satz 2 VwGO) richtet sich nach den Vorschriften des Hessischen Verwaltungszustellungsgesetzes vom 14. Februar 1957 (GVBl. S. 9).

III. Klage

1. Die Frist für die Klage beträgt einen Monat von der Zustellung des Widerspruchsbescheides ab. Eine Klage ist auch dann zulässig, wenn über einen Widerspruch ohne zureichenden Grund innerhalb angemessener Frist sachlich nicht entschieden worden ist; die Klagefrist von einem Monat gilt in diesem Fall nicht (§ 75 Satz 1, 2 VwGO). Zur Angemessenheit der Frist zur Entscheidung s. oben II 2 c.

2. Die Klage ist bei dem zuständigen Verwaltungsgericht schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erheben (§ 81 Abs. 1). Die örtliche Zuständigkeit richtet sich nach § 52 VwGO.

3. § 127 BRRG behandelt die Revision bei Klagen aus dem Beamtenverhältnis. Das in Abs. 1 genannte Obergericht ist in Hessen der Verwaltungsgerichtshof (s. meinen Erlaß vom 22. März 1960 — II d — 3 n 02 — 53/60 — 2, Staatsanzeiger S. 382).

IV. Rechtsmittelbelehrung

1. In allen Fällen, in denen es sich um einen im Klageweg anfechtbaren Verwaltungsakt handelt, hat die Dienstbehörde dem Bescheid eine Erklärung anzufügen, durch die der Beteiligte über den Rechtsbehelf, der gegen den Verwaltungsakt gegeben ist, über die Stelle, bei der der Rechtsbehelf einzulegen ist und ihren Sitz sowie über die Frist belehrt wird (§ 70 Abs. 2 in Verbindung mit § 58 Abs. 1 VwGO).

2. Für die Rechtsmittelbelehrung bei einem Verwaltungs-

akt dient das Muster in der Anlage 1, bei einem Widerspruchsbescheid das Muster in der Anlage 2.

Mein Erlaß vom 4. September 1957 — I c — 8 b —, St.Anz. S. 934, wird aufgehoben. Für die Überleitung gilt § 195 Abs. 6 VwGO.

Wiesbaden, 10. 5. 1960

Der Hessische Minister des Innern
I c — 8 b 36 —

St.Anz. 21/1960 S. 614

Anlage 1

Muster einer Rechtsmittelbelehrung bei einem anfechtbaren Verwaltungsakt nach § 126 Abs. 3 BRRG in Verbindung mit § 70 VwGO.

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Zustellung bei mir Widerspruch einlegen.

Anlage 2

Muster einer Rechtsmittelbelehrung bei einem Widerspruchsbescheid nach § 126 Abs. 3 BRRG in Verbindung mit § 74 VwGO.

Gegen diesen Widerspruchsbescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Zustellung Anfechtungsklage bei dem

Verwaltungsgericht in

erheben. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten und den Streitgegenstand bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag erhalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, die angefochtene Verfügung und der Widerspruchsbescheid sollen in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden.

) das nach § 52 VwGO örtlich zuständige Verwaltungsgericht.

481

Bekanntmachung über die Verleihung des Enteignungsrechts an den Wasserverband — Gruppenwasserwerk Fritzlar-Homburg — Reg.-Bez. Kassel — für den Ausbau von zwei Tiefbrunnen — St.Anz. 1960 S. 550 —

Im St.Anz. 1960 S. 550 muß es in der o.a. Bekanntmachung unter a) richtig heißen:

„Flur 12, Flurstück 79/1“ (nicht: 79/2).

Wiesbaden, 9. 5. 1960 **Der Hessische Minister des Innern**
II c — 796 — 23/60 — 2

St.Anz. 21/1960 S. 615

482

Schwerpunktprogramm für die Verkehrserziehung für den Monat Juni 1960

Verkehrserziehung und Verkehrsüberwachung im Monat Juni 1960 stehen unter dem Thema

„Überholen auf der Autobahn“.

„Fehlerhaftes Überholen“ ist eines der Hauptverkehrsdelikte im Straßenverkehr.

Fast 40% aller Überholunfälle werden dadurch verursacht, daß in einem Zeitpunkt zum Überholen angesetzt wird, in dem das Überholen vernünftigerweise nicht versucht werden darf und daher unzulässig ist.

Besonders schwerwiegende Folgen haben Überholunfälle auf der Autobahn, bedingt durch die höhere Fahrgeschwindigkeit und eine immer stärker werdende Verkehrsfrequenz.

Untersuchungen haben ergeben, daß bei 25,4% der Überholunfälle auf der Autobahn das Überholen verboten war, weil der Fahrer des zu überholenden Fahrzeuges bereits zu erkennen gegeben hatte, daß er selbst überholen wollte. 4,3% der auf der Autobahn vorkommenden Überholunfälle waren auf Rechtsüberholen zurückzuführen.

Auf Autobahnen sind durch die Straßenführung und den Verkehr in einer Fahrtrichtung viele der auf normalen Straßen vorhandenen Fehlerquellen für Überholfehler ausgeschaltet. Der Autobahnfahrer muß sich jedoch der erhöhten Gefahren bewußt sein, die durch Unaufmerksamkeit beim Überholen ihm und anderen Verkehrsteilnehmern drohen können.

Leitsätze

Die Autobahnen als Fernverkehrsstraßen mit getrennten Fahrbahnen und ohne Kreuzungen sollen nicht zum Schnellfahren verführen, sondern sie haben den Zweck, eine gleichmäßige, zügige Fahrt zu ermöglichen; der Vorteil einer allgemeinen guten Reisegeschwindigkeit kann aber nur erreicht werden, wenn jeder Fahrer die besondere Autobahn-Fahrtaktik beherrscht:

1. Immer wieder den nachfolgenden Verkehr aufmerksam in den Rückspiegeln zu beobachten, ist ebenso zwingend wie der konzentrierte Blick nach vorn.

2. Bevor der Autobahnfahrer zum Überholen ansetzt, überzeugt er sich mit dem Blick in die Rückspiegel, ob er selbst nicht überholt wird und ob die rückwärtige Überholspur auf weite Sicht frei ist.

3. Von Beginn des Überholvorganges an beobachtet der Fahrer genau die vorausfahrenden Fahrzeuge. Er muß sich gleichsam in die Fahrweise des Vorausfahrenden hineindenken, um entscheiden zu können, ob er gefahrlos vorbeikommt.

4. Rechts überholen ist ebenso verboten wie das Blockieren der linken Fahrbahn.

Weitere Ausarbeitungen zu diesem Thema bitte ich, meinem nichtveröffentlichen Runderlaß III k (3) vom 18. 6. 1959 (Schwerpunktprogramm für den Monat Juli 1959) zu entnehmen.

Wiesbaden, 10. 5. 1960

Der Hessische Minister des Innern

III k (3) — 66 k 28.11 —

St.Anz. 21/1960 S. 615

483

Änderung der Benennung von Teilen der Gemeinde Allendorf im Oberlahnkreis, Regierungsbezirk Wiesbaden.

Die Hessische Landesregierung hat am 22. April 1960 beschlossen:

„Auf Grund des § 12 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 (GVBl. S. 11) wird mit Wirkung vom 1. Mai 1960 dem Wohnplatz der Gemeinde Allendorf im Oberlahnkreis der Name ‚Lindenhof‘ gegeben.“

Wiesbaden, 11. 5. 1960

Der Hessische Minister des Innern

IV b 2 — 3 k 08 — 6/60

St.Anz. 21/1960 S. 615

484

Änderung der Benennung von Teilen der Gemeinden Frieda, Schwebda, Wanfried und Jestädt im Landkreis Eschwege, Regierungsbezirk Kassel.

Die Hessische Landesregierung hat am 19. April 1960 beschlossen:

„Auf Grund des § 12 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 (GVBl. S. 11) werden mit Wirkung vom 1. April 1960

a) folgende Wohnplätze aufgehoben:

| Wohnplatz | Gemeinde |
|--------------|--------------------------|
| Topfmühle | in der Gemeinde Frieda |
| Viadukt | in der Gemeinde Frieda |
| Schleifmühle | in der Gemeinde Schwebda |
| Kratzmühle | in der Gemeinde Wanfried |

b) folgende Wohnplätze umbenannt:

| Wohnplatz | Gemeinde |
|---------------------------|--------------------------|
| „Hölzerkopf (Forsth.)“ in | in der Gemeinde Jestädt |
| „Auf dem Berge (Forsth.)“ | |
| „Forsthaus“ in | in der Gemeinde Schwebda |
| „Forsthaus I“ | |
| „Ziegelei“ in | in der Gemeinde Schwebda |
| „Forsthaus II“ | |

c) folgende Wohnplätze neu benannt:

| Wohnplatz | Gemeinde |
|-----------|--------------------------|
| Karlslof | in der Gemeinde Wanfried |
| Birkenhof | in der Gemeinde Wanfried |

Wiesbaden, 11. 5. 1960

Der Hessische Minister des Innern

IV b 2 — 3 k 08 — 6/60

St.Anz. 21/1960 S. 615

485

Änderung der Grenzen zwischen den Gemeinden Oberhaun, Unterhaun und Sieglos im Landkreis Hersfeld, Regierungsbezirk Kassel.

Die Hessische Landesregierung hat am 19. April 1960 beschlossen:

„Auf Grund der §§ 16 und 17 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 (GVBl. S. 11) werden mit Wirkung vom 1. April 1960 folgende Flurstücke umgemeindet:

a) aus dem Gebiet der Gemeinde Unterhaun in das Gebiet der Gemeinde Oberhaun:

| Flur | Flurstück Nr. | a | qm |
|------|---------------|----|----|
| 4 | 82/1 | 11 | 18 |
| 4 | 83 | 58 | 30 |
| 4 | 84/1 | 31 | 53 |
| 4 | 85 | 23 | 75 |
| 4 | 122 | 7 | 25 |
| 4 | 123/1 | 14 | 79 |

b) aus dem Gebiet der Gemeinde Sieglos in das Gebiet der Gemeinde Oberhaun:

| Flur | Flurstück Nr. | a | qm |
|------|---------------|---|----|
| 1 | 53/3 | 2 | 52 |
| 1 | 194/1 | | 46 |

Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, gemäß § 18 HGO von der Aufsichtsbehörde durchzuführen.“

Wiesbaden, 11. 5. 1960

Der Hessische Minister des Innern
IV b 2 — 3 k 08 — 32/60
St.Anz. 21/1960 S. 616

486

Verlust von Polizeiführerscheinen

1. Der von der Hessischen Polizeischule in Wiesbaden-Dotzheim am 22. 12. 1952 für den Polizeihauptwachmeister Erhard Schüler, geb. am 20. 5. 1930, jetzige Dienststelle Polizeiverwaltung Offenbach/Main, unter Listen-Nr. 358 ausgestellte Polizeiführerschein der Klassen 1 und 2 ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

2. Der von der Hessischen Polizeischule in Wiesbaden-Dotzheim am 3. 12. 1952 für den ehemaligen Polizeihauptwachmeister Manfred Kern, geb. am 16. 7. 1930 in Dillenburg unter Listen-Nr. 322 ausgestellte Polizeiführerschein der Klassen 1 und 2 ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 10. 5. 1960 **Der Hessische Minister des Innern**
IIIc 1 — 7 d 14

St.Anz. 21/1960 S. 616

487

Verwaltung der Liegenschaften, Gebäude, Dienst- und Staatsmietwohnungen sowie der Diensträume der staatlichen Polizei des Landes Hessen

(1) Das Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei (WVA) wird hiermit ermächtigt, das Land Hessen bei dem Abschluß und der Kündigung von Miet- und Pachtverträgen über Grundstücke, Gebäude und Gebäudeteile für die staatliche Polizei zu vertreten.

(2) Meiner vorherigen Zustimmung bedürfen jedoch Verträge über die Anmietung von Gebäuden, Wohnungen, Diensträumen, Garagen usw., wenn

1. der Umfang der Mietsache über den Rahmen des festgelegten Raumbedarfs oder — falls ein Raumbedarf nicht bestimmt ist — über das normale Maß hinausgeht,
2. in einem Vertrag von unbestimmter Dauer eine Kündigungsfrist von mehr als sechs Monaten oder in einem zeitlich befristeten Vertrag eine Vertragsdauer von mehr als zwei Jahren vereinbart werden soll,
3. die im Landeshaushaltplan jeweils veranschlagten Haushaltsmittel für Mieten und Pachten durch die beabsichtigte Maßnahme voraussichtlich überschritten werden,
4. der jährliche Mietzins mehr als DM 6000,— beträgt,
5. der vom Vermieter geforderte Mietpreis je Quadratmeter (DM/qm) die ortsübliche Miete übersteigt.

(3) Dem Abschluß eines Mietvertrages darf erst näher getreten werden, wenn nach vorausgegangener Prüfung festgestellt worden ist, daß geeignete Räume in einem landeseigenen Gebäude oder in einer sonstigen Liegenschaft des Landes nicht zur Verfügung gestellt werden können.

(4) Kaufverträge bedürfen in jedem Falle meiner vorherigen Zustimmung.

(5) Das WVA ist hausverwaltende Behörde für die landeseigenen Liegenschaften, Gebäude, Dienst-, Werkdienst- und Staatsmietwohnungen, Diensträume, Garagen, Bootshallen usw. der staatlichen Polizei. Danach obliegt dem WVA insbesondere

1. die Verwaltung der Dienst-, Werkdienst- und Mietwohnungen,
2. die Befugnis,
 - a) die Heizkostenbeiträge festzusetzen,
 - b) den Bezug von Feuerungsstoffen zu genehmigen.

Vorschriften, nach denen die Zuständigkeit einer übergeordneten Fach- oder Aufsichtsbehörde gegeben ist, bleiben hiervon unberührt. In den in Nr. 1 und 2 bezeichneten Fällen sind die zuständigen Dienststellen des Vollzugsdienstes zu beteiligen.

(6) Das WVA wird ermächtigt, die ihm nach Abs. 5 zustehenden Befugnisse auf die Wirtschaftsverwaltungen der Hessischen Bereitschaftspolizei und die Wirtschaftsverwaltung der Hessischen Polizeischule zu übertragen.

(7) Im übrigen bleiben die Bestimmungen meines Runderrlasses vom 18. Juli 1949 — I g — 3 d — 10/21 — R 410/49 (St.Anz. S. 321) — unberührt.

(8) Dieser Erlass tritt am 1. Mai 1960 in Kraft; zum gleichen Zeitpunkt hebe ich meinen Runderlaß vom 5. September 1952 (St.Anz. S. 717) auf.

Wiesbaden, 29. 4. 1960

Der Hessische Minister des Innern
IIIa 3 — Az.: 35 v 04
St.Anz. 21/1960 S. 616

488

Richtlinien für die Förderung von Dorfgemeinschaftshäusern, Bürgerhäusern und Mehrzweckhallen in Hessen

(Landesrichtlinien für Gemeinschaftshäuser)

vom 29. Januar 1960

Das Land Hessen fördert die Bestrebungen der Gemeinden, durch den Bau von Dorfgemeinschaftshäusern (Programm „Soziale Aufrüstung des Dorfes“), Bürgerhäusern und Mehrzweckhallen die den Bedürfnissen der heutigen Zeit entsprechenden sozialen und kulturellen Einrichtungen zu schaffen.

Diese Einrichtungen dienen der Freizeitgestaltung, Erwachsenenbildung, Pflege des Heimatgedankens, Jugendwohlfahrt, Familienfürsorge und öffentlichen Gesundheitspflege. Dorfgemeinschaftshäuser dienen zusätzlich der Arbeiterleichterung der Landfrau und der Verbesserung der hygienischen Verhältnisse im Dorf. Bürgerhäuser sollen helfen, der Vereinigung der Menschen in der Stadt entgegenzuwirken. Mehrzweckhallen sollen den Raum für kulturelle Veranstaltungen und leibesezierliche Betätigungen bieten.

I. Allgemeines

1. Standorte

Dorfgemeinschaftshäuser werden in Landgemeinden (Dörfern), Bürgerhäuser in größeren kreisangehörigen Gemeinden, kreisfreien Städten und ihren Vorortsiedlungen, Mehrzweckhallen in allen Gemeinden durch Landesmittel gefördert. In größeren Gemeinden ist die Förderung mehrerer Dorfgemeinschaftshäuser möglich. Bereits bei der Planung eines neuen Stadtteiles oder einer größeren Siedlung soll ein Dorfgemeinschaftshaus in günstiger Lage vorgesehen werden.

2. Eigentümer und Träger

Bauherr, Eigentümer und Träger der Dorfgemeinschaftshäuser, Bürgerhäuser und Mehrzweckhallen können nur die Gemeinden sein. Der Minister des Innern kann in besonders begründeten Einzelfällen Bürgerhäuser und Mehrzweckhallen auch dann fördern, wenn sich die Gemeinde zum Bau und Betrieb dieser Dorfgemeinschaftshäuser anderer Bauherren bedient. Voraussetzung ist, daß sich die Gemeinde vertraglich den entscheidenden Einfluß auf die Zweckbestimmung und

Verwaltung des Bürgerhauses oder der Mehrzweckhalle sichert und damit deren ordnungsgemäßer, zweckbestimmter Betrieb gewährleistet ist. Außerdem ist zugunsten der Gemeinde ein dingliches Vorkaufsrecht zu bestellen, das sich auf alle Verkaufsfälle und auf das Zubehör (§§ 1096 ff BGB) erstreckt. Im Falle des Verkaufs oder der Zwangsversteigerung hat die Gemeinde das Vorkaufsrecht auszuüben, es sei denn, daß der Minister des Innern eine Ausnahme gestattet. Der Bauherr muß Eigentümer des Grundstückes oder Erbbauberechtigter sein.

II. Einrichtungen, Anlagen

3. Dorfgemeinschaftshäuser, Bürgerhäuser

Gefördert werden:

Gemeinschaftsräume, Säle, Mehrzweckräume, Heimatstuben (auch im Sinne der Ostpatenschaften), Gemeindebüchereien, Einrichtungen für die Jugend, wie Jugendräume, Werk- und Bastelräume, Kindertagesstätten, Gemeindepflegestationen, Sozialräume, Bäder mit Wannen und Duschen, Sauna, Küchen, soweit sie für Familienfeierlichkeiten oder Ausbildungszwecke benötigt werden, Gemeinschaftseinrichtungen zur Arbeitserleichterung, wie Waschanlagen, Tiefgefrieranlagen, Schlachträume, Keltereien, Mostereien und Backhäuser, Spielplätze bei Kindergärten, öffentliche Spielanlagen für Kinder und Jugendliche, Gestaltung der unmittelbaren Umgebung der Baumaßnahme durch Grünanlagen und Plätze, Volksparkanlagen.

4. Mehrzweckhallen

Gefördert werden:

der Neubau von Hallen, die kulturellen und sportlichen Zwecken dienen, der Ausbau vorhandener oder zu errichtender Turnhallen zu Mehrzweckhallen durch den Einbau oder Anbau einer Bühne, die erforderlichen Nebenräume und die Ausrüstung mit den notwendigen Einrichtungsgegenständen für kulturelle und gesellige Zwecke. Die Erweiterung des Bauprogramms mit einzelnen Einrichtungen nach Nr. 3 ist möglich.

5. Wohnungen

Wohnungen können gefördert werden, wenn sie für den Betrieb des Gemeinschaftshauses erforderlich und mit dessen Baukörper verbunden sind (z. B. Hausverwalter, Gemeindegewerkschaften und Kindergärtnerinnen).

III. Grundsätze der Finanzierung

6. Grundsätzliches

Für die Finanzierung eines Gemeinschaftshauses sind zunächst die eigenen Mittel des Bauherrn einzusetzen. Was als Eigenleistung in diesem Sinne gilt, bestimmt Nr. 10. Soweit die Eigenleistungen des Bauherrn und die Leistungen dritter Stellen (z. B. Leistungen der Landkreise) nicht ausreichen, gewährt der Hessische Minister des Innern zur ganzen oder teilweisen Schließung der Finanzierungslücke eine nicht rückzahlbare Beihilfe. Ihre Höhe richtet sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Bauherrn.

Zur Einrichtung von Kindertagesstätten können Beihilfen beim Hessischen Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen beantragt werden.

Wenn in Verbindung mit Gemeinschaftshäusern die Errichtung von Schulturnhallen geplant wird, können Anträge auf Bereitstellung einer Beihilfe an den Hessischen Minister für Erziehung und Volksbildung nach den hierzu geltenden Bestimmungen gerichtet werden.

Wird bei der Anlage des Gebäudes die Errichtung einer oder mehrerer Wohnungen gemäß Nr. 5 vorgesehen, können zentrale öffentliche Wohnungsbaumittel durch den Minister des Innern bereitgestellt werden. Für den Antrag gelten die für den sozialen Wohnungsbau maßgebenden Bestimmungen. Die mit öffentlichen Wohnungsbaumitteln geförderten Wohnungen gelten als zweckbestimmte Wohnungen im Sinne des § 18 des Wohnraumbewirtschaftungsgesetzes und sind den Personen vorbehalten, die zum Betrieb des Gemeinschaftshauses erforderlich sind.

Räume, die der Unterbringung von Feuerlöschgeräten und Ausrüstungen dienen (Feuerwehrgerätehaus), können aus den Mitteln der Feuerschutzsteuer gefördert werden.

7. Beihilfefähige Kosten

Beihilfefähig sind von den in der DIN 276 — Ausgabe 1954 — genannten Kostenarten:

Die Kosten der Gebäude einschließlich der Nebenräume, die Kosten der Außenanlagen, die Baunebenkosten für die beihilfefähigen, nicht aber für die unter Nr. 8, letzten beiden Sätze, genannten Bauteile, die Kosten der besonderen Betriebseinrichtungen, des Gerätes und der sonstigen Wirtschaftsausstattung.

Ankauf, Ausbau, Umbau und Erweiterung bestehender baulicher Anlagen können nur in Ausnahmefällen und nur dann gefördert werden, wenn sich bei der Erfüllung des Bau- und Einrichtungsprogramms finanziell günstige und baulich einwandfreie Lösungen erzielen lassen.

Einzeleinrichtungen der unter Nr. 3 erwähnten Art können in Ausnahmefällen gefördert werden, wenn die sonstigen Einrichtungen eines Dorfgemeinschaftshauses oder Bürgerhauses vorhanden und Förderungsmittel nicht an anderer Stelle des Bundes- oder Landeshaushaltes vorgesehen sind.

8. Nicht beihilfefähige Kosten

Nicht beihilfefähig sind von den in der DIN 276 genannten Kostenarten:

Der Wert des Baugrundstückes,

die Erwerbskosten (Grundstücksnebenkosten),

die Kosten der Erschließung (Baureifmachung des Baugrundstückes).

Die Planungskosten für nicht bewilligte Baumaßnahmen.

Die Kosten für die Beschaffung und Verzinsung von Finanzierungsmitteln.

Die Kosten für die Grundsteinlegungs- und Einweihungsfeiern.

Die Kosten für die Errichtung von Räumen, die anderen Zwecken dienen, wie z. B. der Unterbringung der Gemeindeverwaltung und von Feuerlöschgeräten und Ausrüstungen (Feuerwehrgerätehaus).

Die Kosten für auf Erwerb gerichtete Einrichtungen und Anlagen, einschließlich der Räume, in denen Speisen, Getränke und Genußmittel verabreicht werden.

9. Voraussetzungen für die Zuwendungen des Landes

Der Minister des Innern gewährt Beihilfen unter folgenden Voraussetzungen:

a - Diese Richtlinien müssen durch Beschluß der Gemeindevertretung als verbindlich anerkannt werden, unabhängig davon, ob die Gemeinde selbst Bauherr des Vorhabens ist.

b - Die Eigenleistungen des Bauherrn müssen im angemessenen Verhältnis zur eigenen Finanzkraft und zur beantragten Landesbeihilfe stehen.

c - Die Gesamtfinanzierung muß sichergestellt sein.

d - Der spätere Betrieb und die Unterhaltung der Einrichtungen müssen gewährleistet sein, bei Gemeinden ohne dadurch den Haushaltsausgleich zu gefährden.

e - Mit der Gewährung der Landesbeihilfe müssen die Einrichtungen voll leistungsfähig sein.

f - Ein- oder angebaute Räume, die der Verabreichung von Speisen, Getränken und Genußmitteln dienen, dürfen die Eigenart der Baumaßnahme als kulturelle und soziale Einrichtung nicht verändern.

10. Eigenleistungen

Dazu gehören:

Barleistungen aus Mitteln des ordentlichen Haushalts,

Darlehen,

Spenden,

Materiallieferungen (Holz, Steine, Sand),

Arbeitsleistungen (Gemeinschaftsarbeit),

Beiträge der Benutzer der Tiefgefrieranlage.

Die tätige Mitarbeit und Mitwirkung der Bevölkerung, gegebenenfalls über die Vereine und sonstigen Körperschaften, soll erreicht werden.

11. Leistungen der Landkreise

Die Landkreise sollen sich in einem ihrer Finanzkraft entsprechenden Umfang an der Finanzierung von Maßnahmen in ihren Gemeinden beteiligen.

12. Tiefgefrieranlagen

Wird vom Bauherrn der Einbau einer Gemeinschaftstiefgefrieranlage vorgesehen, so kann der Minister des Innern die Maßnahme bis zu 50% der Kosten (einschließlich der besonderen Ausbauten, der Installationen, der Betriebseinrichtungen und der Geräte), jedoch mit höchstens DM 1,— je Liter Gefrierlagerraum fördern.

Voraussetzung für Förderungen:

- a - Es ist ein Bausystem zu wählen, das hinsichtlich der Bau- und Betriebskosten wirtschaftlich ist.
- b - Die Anlage muß mindestens 42 Fächer zu je 200 Liter Lagerraum enthalten oder für 60% der Haushaltungen des Einzugsgebietes ausreichen. Die Anzahl der Fächer kann sich aus dem Sofortbedarf und einer zu erwartenden Bedarfssteigerung von 25—50% errechnen.
- c - Die Benutzer müssen sich an der Finanzierung der Kosten angemessen beteiligen.

IV. Antragstellung und Planung

13. Grundsätzliches

Die Initiative zur Durchführung der Baumaßnahme liegt beim Bauherrn. Die notwendigen Einrichtungen im Sinne der Nr. 3 und der Nr. 4 sollen möglichst innerhalb einer Baumaßnahme geschaffen werden. Das Bauprogramm kann in mehrere, verwaltungsmäßig getrennt zu führende Bauabschnitte unterteilt werden (z. B. 1. Bauabschnitt Dorfgemeinschaftshaus, 2. Bauabschnitt Kindergarten). Jeder Bauabschnitt muß für sich betriebsfähig sein. Bei der Aufstellung des Bauprogramms ist auf vorhandene gewerbliche und genossenschaftliche Einrichtungen, z. B. Wäschereien und Keltereien, Rücksicht zu nehmen. Der Bauplatz muß städtebaulich günstig gelegen und betrieblich geeignet sein.

14. Antrag

Die Gemeinde stellt einen formlosen Antrag an den Minister des Innern. Kreisangehörige Gemeinden legen den Antrag über den zuständigen Landrat vor. Ist der Bauherr keine Gemeinde, so ist der formlose Antrag über die Gemeinde vorzulegen. Der Bauherr wird, falls die Förderung des Vorhabens in Betracht kommt, vom Minister des Innern zur Abgabe des formellen Antrags aufgefordert.

Der Minister des Innern erteilt, gegebenenfalls nach Zustimmung beteiligter Fachminister, dem Bauherrn bei der Aufnahme der Baumaßnahme in das Landesprogramm für Gemeinschaftshäuser einen schriftlichen Bescheid (Aufnahmebescheid). Solange der Aufnahmebescheid nicht vorliegt, soll der Bauherr von Planungsmaßnahmen absehen.

15. Planung

Zur Planung und Durchführung sind befähigte, freischaffende Architekten heranzuziehen, die derartigen Aufgaben nach der technischen, wirtschaftlichen und künstlerischen Seite voll gewachsen und in der Lage sind, die Baumaßnahme zügig abzuwickeln. Bei größeren und außergewöhnlichen Baumaßnahmen sollen Gutachten und Entwurfsvorschläge nach § 4 der „Grundsätze und Richtlinien für Wettbewerbe

auf dem Gebiete des Bauwesens und Städtebaues“ — GRW 1952 — aufgestellt vom Bund Deutscher Architekten (BDA) in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag — eingeholt werden. In Ausnahmefällen können Baubehörden und Baugesellschaften mit der Planung und Durchführung beauftragt werden. Es wird empfohlen, Planung und Durchführung in einer Hand zu belassen.

V. Benutzung und Unterhaltung

16. Grundsätzliches

Die Gemeinde sorgt dafür, daß die baulichen Anlagen und Einrichtungen im möglichen Umfang benutzt und ordnungsgemäß unterhalten werden. Die Aufsichtsbehörde hat die zweckentsprechende Verwendung des Gebäudes und seiner Einrichtungen sowie die Wahrnehmung der Vertragsrechte der Gemeinde gegenüber sonstigen Bauherren zu überwachen.

Ist die Gemeinde Eigentümer des Gemeinschaftshauses, so empfiehlt es sich, für die laufende Verwaltung eine Kommission (Deputation) zu bilden (§ 72 HGO).

Die Benutzung des Gemeinschaftshauses und seiner Einrichtungen ist durch eine Hausordnung oder durch eine Benutzungsordnung zu regeln.

17. Benutzungsentgelt oder Benutzungsgebühr

Für die Benutzung der Einrichtungen des Gemeinschaftshauses kann entweder ein privatrechtliches Entgelt oder eine öffentlich-rechtliche Gebühr erhoben werden. Sie soll so bemessen sein, daß sie die Kosten der Verwaltung, Unterhaltung und Erneuerung der Einrichtungen decken. Wegen der Erneuerungsrücklage ist § 92, Absatz 3, HGO zu beachten. Für die Veranstaltungen von Schulen in Gemeinschaftshäusern (z. B. Benutzung der Mehrzweckhalle) dürfen nur die Kosten für Reinigung, Heizung, Licht und Wartung erhoben werden.

18. Kindertagesstätten

Für den Betrieb von Kindertagesstätten gelten die gesetzlichen Bestimmungen sowie die hierzu erlassenen Richtlinien. Im übrigen sind für Jugendeinrichtungen die jeweils geltenden Bestimmungen sowie Empfehlungen der Jugendbehörden zu beachten.

19. Bewirtschaftung

Die Gemeinde darf eine Bewirtschaftung auf eigene Rechnung nicht durchführen. Speisen, Getränke und Genußmittel dürfen nur zu besonderen Anlässen verabreicht werden.

20. Kennzeichnung

Dorfgemeinschaftshäuser, Bürgerhäuser, Mehrzweckhallen sowie die im Rahmen dieser Landesrichtlinien geschaffenen Einrichtungen sind an geeigneter Stelle mit dem vom Minister des Innern herausgegebenen Sinnbild zu kennzeichnen.

Das Verfahren für die Planung, Durchführung und Finanzierung im Rahmen dieser Richtlinien regelt der Minister des Innern im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern.

Wiesbaden, 5. 5. 1960

Der Hessische Minister des Innern
IVg — II/6028

St.Anz. 21/1960 S. 616

Tuberkulosenhilfe für die Bediensteten und Versorgungsempfänger des Landes und ihre Familienangehörigen

Nach § 21 Abs. 5 des Gesetzes über die Tuberkulosenhilfe vom 23. Juli 1959 (BGBl. I S. 513), im folgenden THG genannt, sind die Länder verpflichtet, die Gewährung der Tuberkulosenhilfe für

- a) die in ihrem Dienst stehenden Personen (Beamte, Angestellte und Arbeiter),

- b) die Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes, deren Versorgungsbezüge das Land trägt,

sowie für ihre Ehegatten und für die kinderzuschlagsberechtigten Kinder zu regeln.

Bis zum Inkrafttreten einer gesetzlichen Regelung in Hessen wird im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen und dem Hessischen Minister des Innern folgendes bestimmt:

Der Landeswohlfahrtsverband Hessen führt für das Land und zu dessen Lasten die gesamte Tuberkulosehilfe

- a) für die zum Land in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehenden Bediensteten und
 - b) für die Versorgungsempfänger des Landes, auch wenn ihre Bezüge ruhen,
- sowie für ihre Familienangehörigen nach Maßgabe des THG durch.

Ausgenommen hiervon sind die nach § 21 Abs. 2 THG genannten Personen.

Die Hilfe, die sich in einem Anspruch auf
Heilbehandlung,
Eingliederungshilfe,
wirtschaftliche Hilfe und
vorbeugende Hilfe

gegen den Dienstherrn oder den Träger der Versorgungslast richtet, ist sowohl bei einer Erkrankung des Angehörigen des öffentlichen Dienstes oder des Versorgungsempfängers als auch bei einer Erkrankung des Ehegatten oder eines kinderzuschlagsberechtigten Kindes zu gewähren, sofern die genannten Familienangehörigen nicht selbst einen Anspruch auf Tuberkulosehilfe gegen einen Dienstherrn oder einen Träger der Versorgungslast haben.

Wenn die erforderliche Hilfe anderweitig gesetzlich sichergestellt ist und diese rechtzeitig gewährt wird, besteht ein Anspruch auf Tuberkulosehilfe nur insoweit, als die Leistungen nach dem THG über die anderweitig zustehenden Leistungen hinausgehen.

Ist die Erkrankung auf einen Dienstunfall zurückzuführen oder ist der Dienstherr zur freien Heilfürsorge verpflichtet, gelten neben den hierfür maßgebenden Vorschriften die Vorschriften des THG nur, soweit sie weitergehende Ansprüche gewähren.

Beihilfen nach der Hessischen Beihilfenverordnung stehen den Beihilferechtigten für diese Fälle nur insoweit zu, als die Aufwendungen über die nach dem THG zu gewährenden Leistungen hinausgehen.

Bei der Durchführung der Heilbehandlung und Eingliederungshilfe sind die wirtschaftlichen Verhältnisse angemessen zu berücksichtigen. Der Betreute und sein nicht getrennt lebender Ehegatte sind nach Maßgabe der §§ 10 und 11 THG zu einem Kostenbeitrag heranzuziehen. Gewährt der Landeswohlfahrtsverband wirtschaftliche Hilfe, so ist nach seinen Richtlinien der Lebensbedarf im Sinne des § 4 THG festzustellen. Hierbei ist das gesamte Einkommen der Familie im Sinne des § 18 Abs. 1 und 3 THG zu berücksichtigen.

Bei Streitigkeiten zwischen den Berechtigten und dem Landeswohlfahrtsverband ist die Entscheidung des Dienstherrn bzw. des Trägers der Versorgungslast herbeizuführen.

Der Landeswohlfahrtsverband zieht die Leistungen der Krankenkasse, die Leistungen etwaiger anderer Drittverpflichteter und ggfs. die Selbstbeteiligung ein, für die er Ersatzansprüche nach § 19 THG geltend machen kann. Nach Abschluß eines jeden Jahres ist der nicht gedeckte Aufwand dem Dienstherrn bzw. dem Träger der Versorgungslast in Rechnung zu stellen. Entsprechende Haushaltsmittel, die bei Kap. 1702—130 zu buchen sind, werden zugewiesen.

Die Tuberkulosehilfe wird auf Antrag, in dringenden Fällen von Amts wegen gewährt. Der Antrag des Berechtigten ist bei dem Gesundheitsamt des Kreises, in dem der Berechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, der Beschäftigungsbehörde oder für Versorgungsempfänger auch bei der Pensionsregelungsbehörde zu stellen. Diese Stellen haben den Antrag unverzüglich an das Gesundheitsamt weiterzuleiten. Das Gesundheitsamt gibt den Antrag mit seiner Stellungnahme dem Landeswohlfahrtsverband Hessen, der den Dienstherrn oder den Träger der Versorgungslast benachrichtigt. Stellt der Erkrankte den Antrag nicht, so kann das Gesundheitsamt die erforderliche Hilfe beim Landeswohlfahrtsverband beantragen.

Diese Regelung gilt vorläufig bis zum Inkrafttreten einer gesetzlichen Bestimmung.

Wiesbaden, 4. 5. 1960

Der Hessische Minister der Finanzen
P 1820 A — 55 — I 54
St.Anz. 21/1960 S. 618

490

An die
Gemeindeaufsichtsbehörden, die Gemeinden
und die Gemeindeverbände

Gewerbesteuerausgleich zwischen Wohngemeinden und Betriebsgemeinden;

hier: Gegenseitigkeit mit Gemeinden anderer Länder
im Rechnungsjahr 1960

Bezug: Erlaß vom 15. 9. 1959 — VII/22 — 1 — 9633/06
(StAnz. 40/1959 S. 1072)

Gemäß § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Gewerbesteuerausgleich zwischen Wohngemeinden und Betriebsgemeinden in der Fassung vom 1. 4. 1960 (GVBl. S. 33) gebe ich bekannt:

Durch die Herabsetzung der Mindestzahl der Arbeitnehmer (§ 4 des Gesetzes) ist der Gewerbesteuerausgleich zwischen Wohngemeinden und Betriebsgemeinden intensiviert worden.

Da die Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen in ihren Gesetzen keine Mindestzahl der Arbeitnehmer kennen und auch die Regelung des Landes Rheinland-Pfalz teilweise günstiger als die bisherige hessische Regelung ist, wird der Gewerbesteuerausgleich im Rahmen der Gegenseitigkeit auch mit diesen Ländern intensiviert.

Mit den Ländern Rheinland-Pfalz und Niedersachsen ist insoweit die für das Ausgleichsjahr 1960 vereinbarte Gegenseitigkeit durch eine Zusatzvereinbarung erweitert worden. Ich bitte, entsprechend zu verfahren.

Die eingeleiteten Verhandlungen mit dem Land Nordrhein-Westfalen sind noch nicht abgeschlossen. Nähere Mitteilung ergeht zu gegebener Zeit. Zur Vermeidung von Termenschwierigkeiten wird jedoch gebeten, die durch § 4 Abs. 1 neu begründeten Ansprüche bei Betriebsgemeinden dieses Landes vorsorglich anzumelden.

Wiesbaden, 6. 5. 1960

Der Hessische Minister der Finanzen
VII/22 — 1 — 9633/06

St.Anz. 21/1960 S. 619

491

Eintragung in die Liste der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure im Lande Hessen (Veröffentlichung gem. § 8 der Berufsordnung der ÖbVI vom 20. 1. 1938 — RGBl. I S. 40)

| Lfd. Nr. der Zulassung | Name, Vorname | geboren am: | zugelassen mit Erlaß vom: vereidigt am: | Wohnort: Straße, Ort der Niederlassung, Straße: |
|------------------------|----------------------------|-------------------------------|---|---|
| 54 | Bartsch, Udo Dipl.-Ing. | 15. Dez. 1926 Neuruppin | 22. 4. 1960 29. 4. 1960 | Kirchhain (Bez. Kassel) Hindenburgstr. 6 Marburg/L. Biegenstr. 24 |

Wiesbaden, 5. 5. 1960

Der Hessische Minister der Finanzen
K 2700 B — 84 — VI/1

St.Anz. 21/1960 S. 619

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung

492 Bewertungsergebnisse über die 211. Bewertungssitzung vom 30. März bis 2. April 1960

| Filmtitel | Prüf-Nr. | Länge m | Hersteller | Herstellungsland | Verleiher | Kategorie | Prädi kat | Gültig-keit bis* | Antrags-eingang am* | Prüf-Nr. d. FSK** |
|---|----------|--------------------|---|----------------------|---|-----------|-----------|------------------|---------------------|-------------------|
| Spielfilme | | | | | | | | | | |
| HIROSHIMA, MON AMOUR — OF — mit deutschen Untertiteln | 6365 | a) 2428 b) 2422 | Argos Films/ Como Films/ Pathé Overseas, Paris/Daiei Motion Picture Co., Ltd., Tokio | Frankreich/ Japan | Constantin-Film- verleih GmbH, München | S | BW | — | 15. 2. 1960 | 21813 |
| Mantel, Der — SF — (IL CAPPOTTO) | 6470 | a) 2833 b) 2834 | Faro Film, Rom | Italien | Neue Filmkunst Walter Kirchner, Göttingen | S | W | — | 16. 3. 1960 | 6005 |
| Peter der Große — SF — | 6495 | a) 2935 b) 2924 | Leninfil- Studio, Leningrad | UdSSR | noch offen | S | W | — | 23. 3. 1960 | 21972 |
| Abendfüllende Dokumentar-, Kultur-, Jugend-, Lehr- und Märchenfilme | | | | | | | | | | |
| ROYAL BALLET, THE — OF — ohne Kommentar — — Farbfilm — | 6400 | a) 3723 b) 3597 | Paul Czinner Production, London | Groß- britannien | J. Arthur Rank Film, Hamburg | aD | W | 31. 12. 1965 | 19. 2. 1960 | 21976 |
| Traumland Goldener Westen — SF — (L'AMERIQUE VUE PAR UN FRANCAIS) — Dvaliscope-Farbfilm — | 6410 | a) 2498 b) 2449 | Les Films de la Pleiade, Paris | Frankreich | Neue Filmverleih GmbH, München | aD | W | 31. 12. 1965 | 23. 2. 1960 | 21950 |
| Kurzfilme | | | | | | | | | | |
| Alphabet allein genügt nicht, Das — SF — (NON BASTA SOLTANTO L'ALFABETO) | 6398 | a) 462 b) 460 | Unione Nazionale per la lotta contro l'analfabetismo, Rom | Italien | noch offen | K | W | 31. 12. 1965 | 14. 3. 1960 | 21788 |
| Alte Villen bei Rom — SF — (VILLE DEL LAZIO) — Breitwand-Farbfilm — | 3343-a | a) 273 b) — | Documento Film, Rom | Italien | UFA-Filmverleih GmbH, München | K | W | 31. 12. 1965 | 21. 3. 1960 | 14888 |
| Auftakt zum Tanz — SF — (PRELUDE A LA DANSE) — Farbfilm — | 6377 | a) 314 b) 309 | Celia-Films, Paris | Frankreich | noch offen | K | W | 31. 12. 1965 | 17. 2. 1960 | 20092 |
| Defektiv, Der — OF — (INSPEKTOR SE VRACA KUCI) — Zeichentrick-Farbfilm — ohne Kommentar — | 6391 | a) 318 b) 314 | Zagreb-Film, Zagreb | Jugo- slawien | noch offen | K | W | 31. 12. 1965 | 23. 2. 1960 | 21825 |
| Hexen — Geschäfte mit dem Aber- glauben | 6433 | a) 352 b) 351 | Bonin-Film, München | Deutschland | noch offen | K | W | 31. 12. 1965 | 7. 3. 1960 | 21853 |
| Juwelenraub — OF — (KRADA DRAGULJA) — Zeichentrick-Farbfilm — ohne Kommentar — | 6204 | a) 253 b) 249 | Zagreb-Film, Zagreb | Jugo- slawien | noch offen | K | W | 31. 12. 1965 | 28. 12. 1959 | 21823 |
| Kind und §§ | 6238 | a) 308 b) 307 | Herbert Hüben- thal, Köln | Deutschland | noch offen | K | W | 31. 12. 1965 | 11. 1. 1960 | 21905 |
| Kinder sehen ihre Welt | 6304 | a) 393 b) 392 | Knoop-Film-Pro- duktion, Hamburg | Deutschland | noch offen | K | W | 31. 12. 1965 | 3. 2. 1960 | 21857 |
| Menschheit zu helfen, Der | 6362 | a) 348 b) 348 | IFAG-Filmpro- duktion GmbH, Wiesbaden | Deutschland | noch offen | D | W | 31. 12. 1965 | 15. 2. 1960 | 22023 |
| Nicht allein sein | 6327 | a) 272 b) 271 | GKS-Film Karl Schedereit, Backnang/Württ. | Deutschland | noch offen | K | BW | 31. 12. 1965 | 8. 2. 1960 | 22014 |
| Nicht vergessen — Folge III — In memoriam George C. Marshall: Der Marshall-Plan | 6317 | a) 357 b) 355 | modern art film studio gmbh, berlin | Deutschland | noch offen | D | W | 31. 12. 1965 | 5. 2. 1960 | 21913 |

| Filmtitel | Prüf-Nr. | Länge m | Hersteller | Herstellungsland | Verleiher | Kategorie | Prädikat | Gültigkeit bis* | Antrags-eingang am* | Prüf-Nr. d. FSK** |
|---|----------|------------------|---|------------------|---|-----------|----------|-----------------|---------------------|-------------------|
| PILIER DE LA SOLITUDE, LE — OF — | 6428 | a) 607 b) 602 | Cérés Films Neuilly sur Seine | Frankreich | Pallas-Film-Verleih GmbH, Frankfurt/Main | D | BW | 31. 12. 1965 | 4. 3. 1960 | 21900 |
| Pistenschreck, Der — SF — (L'ABOMINABLE HOMME DES PISTES) | 6158 | a) 313 b) 310 | Cérés Films, Paris | Frankreich | noch offen | K | W | 31. 12. 1965 | 5. 2. 1960 | 21827 |
| Puppen für die Großen | 5393 | a) 296 b) 295 | Corvo-Film Gisbert Hinke, München | Deutschland | noch offen | K | W | 31. 12. 1965 | 26. 11. 1959 | 22006 |
| Schlechtes Wasser — Farbfilm — | 6451 | a) 302 b) 302 | Lehrfilm-Institut Richard Scheinpflug, Hamburg | Deutschland | noch offen | D | W | 31. 12. 1965 | 21. 3. 1960 | 22024 |
| Sommertag im Leben der Tiere, Ein — SF — (UN GIORNO DI MEZZA ESTATE) — Farbfilm — | 6268 | a) 264 b) 263 | Documento Film, Rom | Italien | Ratimpex, Kultur- und Dokumentarfilm, München | K | W | 31. 12. 1965 | 20. 1. 1960 | 21872 |
| Spielverderber, Der — Puppenspielfilm — | 6427 | a) 446 b) 444 | Audax-Film, München | Deutschland | noch offen | K | W | 31. 12. 1965 | 28. 3. 1960 | 21862 |
| Terra Antica — Syrien — SF — (TERRA ANTICA) — CinemaScope-Farbfilm — | 6273 | a) 277 b) 273 | G. L. M., Rom | Italien | Ratimpex, Kultur- und Dokumentarfilm, München | K | W | 31. 12. 1965 | 20. 1. 1960 | 21889 |
| Winter im Donaudelta — OF — (JARNA IN DELTA) — Farbfilm — ohne Kommentar — | 4411-a | a) 382 b) 382 | Dokumentar-Filmstudio „Alexander Sahia“, Bukarest | Rumänien | noch offen | K | W | 31. 12. 1965 | 3. 10. 1960 | 17030 |

Als Tag der Bewertung gilt der 30. März 1960

Anmerkung:

- a) Von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft bei Freigabe des Films ermittelte Gesamtlänge vom ersten Ton bzw. Bild bis zum letzten Bild bzw. Ton.
- b) Von der Filmbewertungsstelle Wiesbaden bei Bewertung des Films ermittelte reine Bildlänge, und zwar vom ersten bis zum letzten Bild, wobei der Titel des Films ebenfalls als „Bild“ zählt.

Erläuterungen:

- * Die Prädikate werden wirksam gemäß der gesetzlichen Regelung in den Ländern. (Regelung gemäß Abschnitt III, Nr. 1 (1) und Nr. 5 der Geschäfts- und Verfahrensordnung für die Filmbewertungsstelle vom 15. Juni 1957.)
- ** Unter den hier aufgezeigten Prüfnummern wurden die Filme von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft zur öffentlichen Vorführung freigegeben.

Als amtlicher Nachweis der positiven Bewertung gilt nur die gedruckte Prädikatskarte.

Wiesbaden-Biebrich, 4. 4. 1960

St. Anz. 21/1960 S. 620

Filmbewertungsstelle Wiesbaden

498 Ergänzungen im Anschluß an die Bewertungsergebnisse der 211. Bewertungssitzung vom 30. März bis 2. April 1960

| Filmtitel | Prüf-Nr. | Länge m | Hersteller | Herstellungsland | Verleiher | Kategorie | Prädikat | Gültigkeit bis* | Antrags-eingang am* | Prüf-Nr. d. FSK** |
|--|----------|---------|---|------------------|---|-----------|----------|-----------------|---------------------|-------------------|
| Ergänzung zur 152. Bewertungssitzung am 11., 12., 13. und 14. März 1958 — Verleiher — Verborgene Gefahr | 4240 | 909 | Ewald-Film GmbH, Düsseldorf | Deutschland | Bundesbahn-Filmstelle beim Bundesbahn-Zentralamt, Minden/Westf. | L | W | — | 22. 1. 1958 | 15944 |
| zur XLVIII. Hauptausschußsitzung am 27. und 28. Juni 1958 — Verleiher — Visionen in Schwarz-weiß — Hans Fronius | 4276 | 390 | Filmproduktion Dr. Erich Pochlatko, Graz | Österreich | Saar Film Union GmbH, Saarbrücken | K | W | 31. 12. 1963 | 5. 2. 1958 | 16401 |
| zur LVIII. Hauptausschußsitzung am 18., 19. und 20. Juni 1959 — Verleiher — Blick in eine versunkene Welt | 4908 | 270 | Colibri-Film Charlotte Röbbeling, München | Deutschland | Atlantic Film-Verleih GmbH, München | K | W | 31. 12. 1964 | 6. 10. 1958 | 18659 |
| Kreuzspinne, Die | 5290 | 436 | Eugen Schuhmacher, München | Deutschland | Constantin-Film-verleih GmbH, München | K | BW | 31. 12. 1964 | 9. 3. 1959 | 19303 |

| Filmtitel | Prüf-Nr. | Länge m | Hersteller | Herstellungsland | Verleiher | Kategorie | Prädi- kat | Gültig- keit bis* | Antrags- eingang am* | Prüf- Nr. d. FSK** |
|---|----------|---------|--|---------------------|---|-----------|---------------|-------------------------|----------------------------|--------------------------|
| Ergänzung zur 190. Bewertungssitzung am 24., 25. und 26. August 1959 — Verleiher — | | | | | | | | | | |
| Rose und das Radischen, Die (LA ROSE ET LE RADIS) — Zeichentrick-Farbfilm — — SF — | 3863 | 285 | Argos Films, Paris | Frankreich | Adria-Film-Verleih GmbH, München/ A. W. Gleich Film-vertretungen, München | K | W | 31. 12. 1964 | 5. 8. 1957 | 15033 |
| zur 193. a Bewertungssitzung am 24., 25. und 26. September 1959 — Verleiher — | | | | | | | | | | |
| Von der Stunde diktiert | 5818 | 337 | Arpa-Film Bruno Zöckler/ GKS-Film Karl Schedereit, München | Deutschland | United Artists Corporation, Frankfurt/Main | K | W | 31. 12. 1964 | 20. 8. 1959 | 20464 |
| zur 195. Bewertungssitzung am 19., 20. und 21. Oktober 1959 — Verleiher — | | | | | | | | | | |
| Geschaffen von Menschenhand | 5723 | 258 | Kramer-Film, Haltern/Westf. | Deutschland | Centfox-Film, Inc., Frankfurt/Main | K | W | 31. 12. 1964 | 16. 7. 1959 | 20162 |
| zur 196. Bewertungssitzung am 28., 29. und 30. Oktober 1959 — Verleiher — | | | | | | | | | | |
| Am 38. Breitengrad | 5909 | 252 | HGP-Filmgesellschaft KG., Berlin | Deutschland | Warner Bros. Continental Films, Inc., Frankfurt/Main | K | W | 31. 12. 1964 | 24. 9. 1959 | 20894 |
| Männer über der Erde, Die — SF — (MUZI NAD ZEMI) | 5340 | 294 | Studio für populär-wissenschaftliche Filme, Prag | Tschechoslowakei | Prisma Filmverleih GmbH, Frankfurt/Main | K | W | 31. 12. 1964 | 23. 3. 1959 | 19051 |
| wandernde Insel, Die — Farbfilm — | 5491 | 289 | Euphono Film GmbH, Düsseldorf | Deutschland | Centfox-Film, Inc., Frankfurt/Main | K | W | 31. 12. 1964 | 5. 10. 1959 | 20838 |
| zur 197. Bewertungssitzung am 10., 11. und 12. November 1959 — Verleiher — | | | | | | | | | | |
| Fisch nach Maß ¹⁾ | 5975 | 371 | E.-M. Quass, Frankfurt/Main | Deutschland | Warner Bros. Continental Films, Inc., Frankfurt/Main | K | W | 31. 12. 1964 | 19. 10. 1959 | 20946 |
| ¹⁾ Veröffentlicht als Nachtrag zur 198. Bewertungssitzung | | | | | | | | | | |
| Garten der Hesperiden, Der — Farbfilm — | 5944 | 350 | Roto-Film GmbH. Hamburg/Dr. Corrado Gallinari, Rom | Deutschland/Italien | Paramount Films of Germany, Inc., Frankfurt/Main | K | W | 31. 12. 1964 | 2. 10. 1959 | 20857 |
| Wie die Kinder malen — SF — (JAK SI DETI MALUJI) | 5416-a | 409 | Tschechoslowakischer Staatsfilm, Prag | Tschechoslowakei | Constantin-Filmverleih GmbH, München | K | W | 31. 12. 1964 | 12. 10. 1959 | 18320 |
| zur 200. Bewertungssitzung am 7., 8. und 9. Dezember 1959 — Verleiher — | | | | | | | | | | |
| Kid Ory — OF ohne Kommentar — (L'HOMME DE LA NOUVELLE ORLEANS) | 3364-a | 313 | Productions Jacques Willemetz, Paris | Frankreich | Constantin-Filmverleih GmbH, München | K | W | 31. 12. 1964 | 12. 11. 1959 | 14738 |
| Schichten unter der Dunstglocke — Farbfilm — | 5991 | 378 | IFAG-Filmproduktion GmbH, Wiesbaden | Deutschland | Universal Filmverleih, Inc., Frankfurt/Main | D | W | 31. 12. 1964 | 19. 10. 1959 | 21179 |
| zur 201. Bewertungssitzung am 10., 11. und 12. Dezember 1959 — Verleiher — | | | | | | | | | | |
| Kleine Hummelbiologie — Farbfilm mit Schwarz-Weiß-Teil — | 5922 | 286 | Opus Film Produktion Richard Mostler, Laufen/Obb. | Deutschland | Warner Bros. Continental Films, Inc., Frankfurt/Main | K | W | 31. 12. 1964 | 28. 9. 1959 | 21243 |
| Menschen am Wasser — OF — (LUDIA NA VODE) — ohne Kommentar — | 5405-a | 327 | Studio für Dokumentarfilm, Bratislava | Tschechoslowakei | Constantin-Filmverleih GmbH, München | K | W | 31. 12. 1964 | 30. 11. 1959 | 19510 |
| Weißes Wäsche für Florenz — SF — (I LAVANDARI DEL GRANDUCA) | 6161 | 337 | Dr. Benedetto Benedetti/Neri Settimia, Rom | Italien | Metro-Goldwyn-Mayer Filmverleih GmbH, Frankfurt/Main | K | W | 31. 12. 1964 | 4. 12. 1959 | 21131 |
| zur 203. Bewertungssitzung am 5., 6. und 7. Januar 1960 — Verleiher — | | | | | | | | | | |
| Gedämpftes Licht | 6032 | 273 | Kulturfilm Gunther Wolf, Bielefeld | Deutschland | Warner Bros. Continental Films, Inc., Frankfurt/Main | K | W | 31. 12. 1965 | 2. 11. 1959 | 21397 |

| Filmtitel | Prüf-Nr. | Länge m | Hersteller | Herstellungsland | Verleiher | Kategorie | Prädikat | Gültigkeit bis* | Antrags-eingang am* | Prüf-Nr. d. FSK** | |
|--|----------|---------|--|-------------------------|--|-----------|----------|--------------------------------|---------------------|-------------------|--|
| Ergänzung zur 204. Bewertungssitzung am 12., 13. und 14. Januar 1960 — Verleiher — | | | | | | | | | | | |
| Im Gletschereis | 6124 | 287 | Gorter-Film, München | Deutschland | United Artists Corporation, Frankfurt/Main | D | W | 31. 12. 1965 | 23. 11. 1959 | 21317 | |
| Jeder fängt mal an*) *) gleichzeitig Titel- änderung vorher: Im Dienste des Kunden | 5623 | 287 | Nostra-Film Dr. Christian Hallig, München | Deutschland | United Artists Corporation, Frankfurt/Main | K | W | 31. 12. 1965 | 16. 6. 1959 | 21427 | |
| Kaffee bitte! Einen — Farbfilm — | 6164 | 356 | Signal-Film-Produktion, Hamburg | Deutschland | J. Arthur Rank Film GmbH, Hamburg | K | W | 31. 12. 1965 | 8. 1. 1960 | 20148 | |
| Monolog einer Fähre | 6059 | 266 | Priebe-Film-Produktion, Detmold/Günter Adrian, Bielefeld | Deutschland | Centfox-Film, Inc., Frankfurt/Main | K | W | 31. 12. 1965 | 8. 1. 1960 | 21489 | |
| zur 205. Bewertungssitzung am 27., 28. und 29. Januar 1960 — Verleiher — | | | | | | | | | | | |
| In Tufara ist der Teufel los — SF — (IL DIAVOLO A TUFARA) | 6159 | 266 | Aretusa Film, Rom | Italien | Metro-Goldwyn-Mayer Filmverleih GmbH, Frankfurt/Main | K | W | 31. 12. 1965 | 4. 12. 1959 | 21143 | |
| zur 206. Bewertungssitzung am 3., 4. und 5. Februar 1960 — Verleiher — | | | | | | | | | | | |
| 1 PS auf Großstadt- pflaster | 6104 | 296 | Kulturfilm-Institut GmbH, Berlin | Deutschland | Warner Bros. Continental Films, Inc., Frankfurt/Main | K | W | 31. 12. 1965 | 16. 11. 1959 | 21620 | |
| Wiesbaden-Biebrich, 4. 4. 1960 | | | | St. Anz. 21/1960 S. 621 | | | | Filmbewertungsstelle Wiesbaden | | | |

494 Bewertungsergebnisse über die LXVIII. Hauptausschußsitzung am 8. und 9. April 1960

| Filmtitel | Prüf-Nr. | Länge m | Hersteller | Herstellungsland | Verleiher | Kategorie | Prädikat | Gültigkeit bis* | Antrags-eingang am* | Prüf-Nr. d. FSK** |
|----------------------------------|-------------------------|---------|---|------------------|-------------------------------------|-----------|----------|-----------------|---------------------|-------------------|
| Spielfilme | | | | | | | | | | |
| Schrei, Der — SF — (IL GRIDO) | 6290 a) 3022 b) 3012 | | Spa Cinematografica, Rom, unter Mitarbeit der Robert Alexander Productions, New York, N. Y. | Italien | neue filmform heiner braun, München | S | W | — | 25. 1. 1960 | 21863 |

Als Tag der Bewertung gilt der 8. April 1960

Als amtlicher Nachweis der positiven Bewertung gilt nur die gedruckte Prädikatskarte.

Erläuterungen:

* Die Prädikate werden wirksam gemäß der gesetzlichen Regelung in den Ländern (Regelung gem. Abschnitt III — Nr. 1 (1) und Nr. 5 der Geschäfts- und Verfahrensordnung für die Filmbewertungsstelle vom 15. Juni 1957).

** Unter den hier aufgezeigten Prüfnummern wurden die Filme von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft zur öffentlichen Vorführung freigegeben.

Wiesbaden-Biebrich, 13. 4. 1960

St. Anz. 21/1960 S. 623

Filmbewertungsstelle Wiesbaden

495 Bewertungsergebnisse über die 212. Bewertungssitzung am 10., 11. und 12. April 1960

| Filmtitel | Prüf-Nr. | Länge m | Hersteller | Herstellungsland | Verleiher | Kategorie | Prädikat | Gültigkeit bis* | Antrags-eingang am* | Prüf-Nr. d. FSK** |
|--|-------------------------|---------|--|----------------------|--------------------------------------|-----------|----------|-----------------|---------------------|-------------------|
| Spielfilme | | | | | | | | | | |
| Hiroshima — mon amour — SF — (HIROSHIMA, MON AMOUR) | 6535 a) 2473 b) 2462 | | Argos Films/Como Films/Pathé Overseas, Paris/Daiei Motion Picture Co., Ltd., Tokio | Frankreich/ Japan | Constantin-Filmverleih GmbH, München | S | BW | — | 1. 4. 1960 | 21813 |
| Kurzfilme | | | | | | | | | | |
| Berliner Kaleidoskop — Zeichentrick-Film — | 6347 a) 275 b) 271 | | Manfred Durniok, Berlin | Deutschland | noch offen | K | BW | 31. 12. 1965 | 12. 2. 1960 | 21992 |
| Eiger-Nordwand | 6006-a a) 472 b) 471 | | München Film- und Werbe-GmbH, München | Deutschland | noch offen | D | BW | 31. 12. 1965 | 8. 4. 1960 | 20937 |

| Filmtitel | Prüf-Nr. | Länge m | Hersteller | Herstellungsland | Verleiher | Kategorie | Prädikat | Gültigkeit bis* | Antrags-eingang am* | Prüf-Nr. d. FSK** |
|---|----------|------------------|--|------------------|--|-----------|----------|-----------------|---------------------|-------------------|
| Herr kommt nach Cantabrica, Der | 6404 | a) 279 b) 279 | Arcadia-Film Ernst Alfter, Neuß a. Rh. | Deutschland | noch offen | K | W | 31. 12. 1965 | 25. 2. 1960 | 22092 |
| Es war in Theben — Farbfilm — | 6314 | a) 360 b) 356 | Lötsch-Film, Wien | Österreich | noch offen | K | W | 31. 12. 1965 | 4. 2. 1960 | 22036 |
| In warmen Gewässern — Senegal — SF — (MARI CALDI) — Farbfilm — | 6271 | a) 286 b) 284 | G. L. M., Rom | Italien | Ratimpex, Kultur-, und Dokumentarfilm, München | K | W | 31. 12. 1965 | 20. 1. 1960 | 21876 |
| Land der Fjorde — Farbfilm — | 6357 | a) 319 b) 317 | Skalden-Film-Produktion, Hamburg | Deutschland | Deutsche Film Hansa GmbH, & Co., Hamburg | K | W | 31. 12. 1965 | 14. 2. 1960 | 21920 |
| Mit geschlossenen Augen — SF — (AD OCCHI CHIUSI) | 5354 | a) 280 b) 279 | Cortimetraggi, Rom | Italien | noch offen | K | W | 31. 12. 1965 | 14. 2. 1960 | 21920 |
| Oh, Wonne der Liebe . . . per Post — SF — (HISTORIJA JEDNE, AH, LJUBAVI) — Farbfilm — | 5997 | a) 323 b) 322 | Zagreb-Film, Zagreb | Jugoslawien | Accord-Film KG, Robert & Co., Berlin | K | W | 31. 12. 1965 | 19. 10. 1959 | 20941 |
| PLAISIER DE PLAIRE — OF — Farbfilm — | 6406 | a) 615 b) 610 | Intermondia Films, Paris | Frankreich | noch offen | K | W | 31. 12. 1965 | 25. 2. 1960 | 21797 |
| Purpurlinie, Die — CinemaScope-Zeichentrick-Farbfilm | 6318 | a) 372 b) 371 | Karl Ludwig Ruppel, München | Deutschland | noch offen | K | BW | 31. 12. 1965 | 9. 3. 1960 | 21502 |
| Welt der Moleküle, Die — Farbfilm — | 6232 | a) 342 b) 341 | IFAG-Filmproduktion GmbH, Wiesbaden | Deutschland | noch offen | L | W | — | 7. 1. 1960 | 22037 |
| Zwischenspiel bei Kerzenlicht — SF — (TUSSENPEL BIJ KAARSLICHT) — Farbfilm — | 5766 | a) 361 b) 360 | Charles van der Linden, Amsterdam | Niederlande | noch offen | K | BW | 31. 12. 1965 | 4. 8. 1959 | 19967 |

Als Tag der Bewertung gilt der 10. April 1960

Als amtlicher Nachweis der positiven Bewertung gilt nur die gedruckte Prädikatskarte.

Erläuterungen:

* Die Prädikate werden wirksam gemäß der gesetzlichen Regelung in den Ländern (Regelung gem. Abschnitt III — Nr. 1 (1) und Nr. 5 der Geschäfts- und Verfahrensordnung für die Filmbewertungsstelle vom 15. Juni 1957).

** Unter den hier aufgeführten Prüfnummern wurden die Filme von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft zur öffentlichen Vorführung freigegeben.

Wiesbaden-Biebrich, 13. 4. 1960

St.Anz. 21/1960 S. 623

Filmbewertungsstelle Wiesbaden

496

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

Aufstufung der Landstraße II. Ordnung Nr. 867 Hanau—Großauheim—Großkrotzenburg—Landesgrenze (Kahl) im Landkreis Hanau, Regierungsbezirk Wiesbaden.

Die Landstraße II. Ordnung Nr. 867 Hanau—Landesgrenze im Landkreis Hanau, Regierungsbezirk Wiesbaden, von km 1,050 bis km 9,512 = 8462 m ist mit Ablauf des 31. Mai 1960 im Verzeichnis der Landstraßen II. Ordnung zu löschen. Sie verliert damit die Eigenschaft einer Landstraße II. Ordnung und ist mit Wirkung vom 1. Juni 1960 als Landstraße I. Ordnung Nr. 3309 in das Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung einzutragen.

(§§ 2, 4 und 5 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung vom 7. 12. 1934 RGBl. I S. 1237).

Diese Strecke erhält damit die Eigenschaft einer Landstraße I. Ordnung und geht mit Wirkung vom 1. Januar 1961 in die Baulast des Landes Hessen über.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Frankfurt (Main) erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Bei dem Verwaltungsgericht kann sie auch zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen

bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden. Wiesbaden, 4. 5. 1960

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
V d 5 — Az.: 63a 30

St.Anz. 21/1960 S. 624

497

Aufstufung des Gemeindeverbindungsweges Allendorf-Ellershausen, Landkreis Frankenberg, Regierungsbezirk Kassel, zur Landstraße II. Ordnung

Der Gemeindeverbindungsweg Allendorf-Ellershausen, Landkreis Frankenberg, Regierungsbezirk Kassel, von km 6,085 neu (= km 8,360 der Landstraße II. Ordnung Nr. 9) bis km 7,368 neu (= km 1,120 der Landstraße II. Ordnung Nr. 10) = 1283 m ist mit Wirkung vom 1. Mai 1960 als Landstraße II. Ordnung Nr. 11 in das Verzeichnis der Landstraßen II. Ordnung einzutragen. (§§ 2 und 5 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung vom 7. 12. 1934 — RGBl. I S. 1237.)

Damit erhält der Gemeindeverbindungsweg die Eigenschaft einer Landstraße II. Ordnung und geht mit dem 1. Januar 1961 in die Baulast des Landkreises Frankenberg über.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Bei dem Verwaltungsgericht kann sie auch zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 26. 4. 1960

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
V d 5 — Az.: 63a 30
St.Anz. 21/1960 S. 624

498

Eintragung der als Zubringerstraße zur Autobahnanschlus­stelle Bad Homburg neugebauten Straße zwischen der Bundesautobahn Frankfurt (Main)-Kassel und der Landstraße I. Ordnung Nr. 3019 in den Landkreisen Friedberg, Regierungsbezirk Darmstadt, und Obertaunuskreis, Regierungsbezirk Wiesbaden, in das Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung

Die als Zubringerstraße zur Autobahnanschlus­stelle Bad Homburg neugebaute Straße zwischen der Bundesautobahn Frankfurt (Main)—Kassel und der Landstraße I. Ordnung Nr. 3019 in den Landkreisen Friedberg, Regierungsbezirk Darmstadt, und Obertaunuskreis, Regierungsbezirk Wiesbaden, ist mit Wirkung vom 1. April 1960 als Landstraße I. Ordnung Nr. 3058a in das Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung einzutragen. (§§ 2 und 4 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung vom 7. 12. 1934 — RGBL. I S. 1237.)

Die Strecke beginnt bei km 0,112 neu und endet bei km 1,956 neu = 1844 m.

Gleichzeitig sind folgende Anschlußarme einzutragen:

Anschluß an die Landstraße I. Ordnung Nr. 3019 von

km 0,025 (= km 1,956 neu) bis km 0,310 (= km 5,198 der Landstraße I. Ordnung Nr. 3019) = 285 m,

und von km 0,271 bis km 0,322 (= km 5,139 der Landstraße I. Ordnung Nr. 3019) = 51 m.

Die genannten Strecken erhalten damit die Eigenschaft einer Landstraße I. Ordnung.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Frankfurt (Main) für die im Obertaunuskreis gelegene Teilstrecke und in Darmstadt für die im Landkreis Friedberg gelegene Teilstrecke erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Bei dem Verwaltungsgericht kann sie auch zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 26. 4. 1960

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
V d 5 — Az.: 63a 30
St.Anz. 21/1960 S. 625

499

Fortführung der Frachthilfe im hessischen Zonenrandgebiet für die Zeit vom 1. 4. 1960 bis 31. 12. 1960

Für die in meiner Bekanntmachung vom 8. 1. 1959 (StAnz. S. 74/75) aufgeführten begünstigten Güterarten wird die Frachthilfe für den Erstattungszeitraum vom 1. 4. 1960 bis 31. 12. 1960 in dem gleichen Umfang und zu den gleichen Bedingungen wie für den Erstattungszeitraum vom 1. 4. bis 30. 9. 1959 weitergewährt.

Wiesbaden, 3. 5. 1960

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
I f — 741.0

St.Anz. 21/1960 S. 625

500

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Ungültigkeitserklärung von Sprengstofferaubnisscheinen

Nachstehend bezeichnete Sprengstofferaubnisscheine werden hiermit für ungültig erklärt:

| Name und Wohnort des Inhabers | Muster, Nummer und Jahr der Ausstellung des Scheines | Aussteller |
|---------------------------------------|--|------------------|
| Waldemar Findeiss Oberndorf Dillkreis | B 61 1958 | GAA Limburg/Lahn |
| Karl Rath Langenderbach Kreis Limburg | B 155 1958 | GAA Limburg/Lahn |

Wiesbaden, 6. 5. 1960

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
III — Az. 53c 04.05.2 — Tgb. Nr. 2718/2868/60
St.Anz. 21/1960 S. 625

501

Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen

Im Monat März 1960 wurden die nachstehend aufgeführten Tarifverträge in das Tarifregister für das Land Hessen eingetragen:

- Nr. 102/38** — Rahmentarifvertrag vom 3. 2. 1960 für die Betriebe der Landschaftsgärtnerei in den Regierungsbezirken Darmstadt und Wiesbaden.
Tarifvertragsparteien: Landesverband Hessen des Gemüse-, Obst- und Gartenbaues und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Hessen.

- Nr. 201/59** — Tarifvertrag vom 11. 3. 1960 zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 zur TO.A für die Angestellten in den forstwirtschaftlichen Verwaltungen und Betrieben der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein sowie des Saarlandes.
Tarifvertragsparteien: Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Hauptvorstand.
- Nr. 304a/28** — Tarifvertrag vom 4. 3. 1960 über eine Verkürzung der Arbeitszeit für die gewerblichen Arbeitnehmer und Angestellten.
- Nr. 304a/29** — Lohntarifvertrag vom 4. 3. 1960.
- Nr. 304a/30** — Tarifvertrag vom 4. 3. 1960 zur Änderung der Manteltarifverträge für die Arbeiter und die Angestellten.
- Nr. 304a/31** — Gehaltstarifvertrag vom 4. 3. 1960.
- Nr. 304a/32** — Protokollnotiz vom 4. 3. 1960 zu dem unter 3) genannten Tarifvertrag.
Zu 3—7) betr. Arbeitnehmer im Barytbergbau in den Ländern Niedersachsen, Hessen und Bayern.
Zu 3—7) Tarifvertragsparteien: Vereinigte Werke Dr. Rudolf Alberti & Co., Bad Lauterberg, Arbeitgeberverband des Hessischen Bergbaus e. V. sowie Fachausschuß Schwespatbergbau des Bayerischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins e. V. und Industriegewerkschaft Bergbau.
- Nr. 305/67** — Lohntarifvertrag vom 5. 2. 1960 für die gewerblichen Arbeitnehmer im Schieferbergbau im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien: Arbeitgeberverband des Hessischen Bergbaus e. V. und Industriegewerkschaft Bergbau.

9. **Nr. 305/68** — Lohntarifvertrag vom 11. 1. 1960 für die gewerblichen Arbeitnehmer der Gewerkschaft Louise.
Tarifvertragsparteien:
Unternehmensverband Eisenerzbergbau e. V. und Industriegewerkschaft Bergbau.
10. **Nr. 306/105** — Zweiter Tarifvertrag vom 3. 2. 1960 zur Änderung des § 6 (Nachzuschlag) des Angestellten-Manteltarifvertrages vom 2. 5. 1957.
11. **Nr. 306/106** — Gehaltstarifvertrag vom 3. 2. 1960 nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Zu 10 und 11): abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft, Bochum.
12. **Nr. 306/107** — Zweiter Tarifvertrag vom 3. 2. 1960 zur Änderung des § 6 (Nachzuschlag) des Angestellten-Manteltarifvertrages vom 15. 5. 1957.
13. **Nr. 306/108** — Gehaltstarifvertrag vom 3. 2. 1960 nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Zu 12 und 13): abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Bergbau-Angestellten in der DAG, Bochum.
Zu 10—13) betr. Angestellte im Kali- und Steinsalzbergbau in den Ländern Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Südbaden.
Zu 10—13) Tarifvertragsparteien:
Kaliverein e. V., Hannover, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
14. **Nr. 1100/91** — Tarifvertrag über die Gehälter der akademisch gebildeten Angestellten in der chemischen Industrie im Lande Hessen vom 21. 3. 1960.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Chemie und verwandte Industrien für das Land Hessen e. V., Wiesbaden, und Verband Angestellter Akademiker der Chemischen Industrie e. V., in der Union der leitenden Angestellten, Köln, sowie Bund Angestellter Akademiker, Berufsgruppe in der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, Landesbezirk Hessen, Hannover.
15. **Nr. 1103c/8** — Lohntarifvertrag vom 10. 2. 1960 für die gewerblichen Arbeitnehmer in den Niederlassungen der BP Benzin und Petroleum Akt.-Ges. in der Bundesrepublik und West-Berlin nebst den beiden Protokollnotizen vom gleichen Tage.
Tarifvertragsparteien:
BP Benzin und Petroleum Aktiengesellschaft, Hamburg, und Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, Hauptvorstand, Hannover.
16. **Nr. 1200/99** — Tarifvertrag vom 4. 3. 1960 (Löhne, Gehälter, Lehrlingsentgelte sowie Arbeitszeitkürzung) für die Arbeitnehmer aller zur Matratzenindustrie gehörenden Betriebe und selbständigen Betriebsabteilungen im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Verband der Bekleidungsindustrie Hessen e. V. und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Bezirk Frankfurt/M.
17. **Nr. 1502/25** — Tarifvertrag vom 8. 4. 1959 (Tätigkeitsgruppenverzeichnis und Lohngruppeneinstufung) zur Ergänzung des Manteltarifvertrages für die Arbeiter der Lederwaren- und Kofferindustrie in der Bundesrepublik vom 17. 12. 1958.
Tarifvertragsparteien:
Verband der Deutschen Lederwaren- und Kofferindustrie e. V. und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart.
18. **Nr. 1502/26** — Gehaltstarifvertrag vom 7. 12. 1959 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Werkmeister der Lederwaren- und Kofferindustrie im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der Lederwarenhersteller Hessen e. V. sowie Landesinnung der Feintäschner und Feinsattler für Hessen und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand und Bezirksleitung Hessen, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.
19. **Nr. 1600/49** — Tarifvertrag über die Entgeltregelung vom 4. 2. 1960.
20. **Nr. 1600/50** — Tarifvertrag über die Urlaubsregelung vom 4. 2. 1960.
Zu 19 und 20. betr. Heimarbeiter in der Gummiindustrie in den Ländern Hessen und Niedersachsen.
- Zu 19. und 20. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der niedersächsischen Gummiwarenindustrie e. V. sowie Sozialpolitische Vereinigung der hessischen Gummiindustrie und Industriegewerkschaft Chemie—Papier—Keramik, Hauptvorstand, Hannover.
21. **Nr. 1700/71** — Lohntarifvertrag vom 7. 4. 1959 für das Holzverarbeitende Handwerk in Stadt und Kreis Offenbach/Main.
22. **Nr. 1700/72** — Lohntarifvertrag vom 26. 2. 1960.
Zu 21. und 22. Tarifvertragsparteien:
Schreiner-Innung für Stadt und Kreis Offenbach und Gewerkschaft Holz, Bezirksleitung Hessen/Rheinland-Pfalz, Frankfurt/Main.
23. **Nr. 1700/73** — Lohntarifvertrag vom 19. 2. 1960 für das Wagner- und Karosseriebauhandwerk im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband Hessen des Wagner- und Karosseriebauhandwerks und Gewerkschaft Holz, Bezirksleitung Hessen/Rheinland-Pfalz.
24. **Nr. 1901/64** — Lohntarifvertrag vom 22. 2. 1960 für das Müllerhandwerk im Lande Hessen.
25. **Nr. 1901/65** — Vereinbarung über Lehrlingsvergütungen vom 22. 2. 1960.
Zu 24. und 25. Tarifvertragsparteien:
Hessischer Müllerbund, Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Nahrung—Genuß—Gaststätten, Landesleitung Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/Main.
26. **Nr. 1901/66** — Tarifvertrag vom 28. 10. 1959 zur Änderung des Lohntarifvertrages für die Handelsmühlen im Lande Hessen vom 15. 10. 1959.
27. **Nr. 1904b/30** — Lohntarifvertrag vom 22. 1. 1960.
28. **Nr. 1904b/31** — Gehaltstarifvertrag vom 22. 1. 1960.
Zu 27. und 28. betr. Arbeitnehmer der Süßwarenindustrie im Lande Hessen.
29. **Nr. 1910/22** — Lohntarifvertrag vom 8. 1. 1960.
30. **Nr. 1910/23** — Gehaltstarifvertrag vom 8. 1. 1960.
Zu 29. und 30. betr. Arbeitnehmer der Nahrungsmittelindustrie im Lande Hessen.
31. **Nr. 1910b/26** — Lohntarifvertrag vom 15. 1. 1960 nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
32. **Nr. 1910b/27** — Gehaltstarifvertrag vom 15. 1. 1960.
Zu 31. und 32. betr. Arbeitnehmer der Teigwarenindustrie im Lande Hessen.
33. **Nr. 1913/62** — Lohntarifvertrag vom 25. 2. 1960.
34. **Nr. 1913/63** — Gehaltstarifvertrag vom 25. 2. 1960.
Zu 33. und 34. betr. Arbeitnehmer der Weinbrennereien und Spirituosenhersteller im Lande Hessen.
35. **Nr. 1913/64** — Lohntarifvertrag vom 23. 7. 1959 für die gewerblichen Arbeitnehmer der Weinkellereien und Weinhandlungen im Lande Hessen.
Zu 26.—35. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Nahrung und Genuß Hessen e. V., Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Nahrung—Genuß—Gaststätten, Landesleitung Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/Main.
36. **Nr. 2007a/30** — Lohntarifvertrag vom 5. 2. 1960.
37. **Nr. 2007a/31** — Tarifvertrag vom 5. 2. 1960 zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 1. 4. 1958.
38. **Nr. 2007a/32** — Tarifvertrag vom 22. 2. 1960 (Übergangszulage für die Heimarbeiter) zum Lohntarifvertrag vom 5. 2. 1960.
Zu 36.—38. betr. Betriebs- und Heimarbeiter der Schuhindustrie in der Bundesrepublik.
Zu 36.—38. Tarifvertragsparteien:
Hauptverband der Deutschen Schuhindustrie e. V., Bonn, und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart.
39. **Nr. 2100/273** — Tarifvertrag vom 26. 2. 1960 zur Neuregelung der Löhne, Ausbildungsbeihilfen und Ortsklassenspannen für die im Baugewerbe in der Bundesrepublik — mit Ausnahme des Landes Bayern — beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer, Lehrlinge und Anlernlinge.
40. **Nr. 2100/274** — zwei protokollarische Erklärungen vom 26. 2. 1960 zu vorstehend genanntem Tarifvertrag.
Zu 39. und 40. Tarifvertragsparteien:

- Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V., Bonn, Koblenzer Str. 93, sowie Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V., Frankfurt/Main, Friedrich-Ebert-Anlage 38, und Industriegewerkschaft Bau—Steine—Erden, Frankfurt/Main, Goetheplatz 5.
41. **Nr. 2302/17** — Lohntarifvertrag vom 16. 3. 1960 für die gewerblichen Arbeitnehmer in den Wäschereien, Plättereien, neuzeitlichen Wäschereien, Mietwaschküchen, Automatenwäschereien, Heißmangelbetrieben und Waschsälons in den Ländern Hessen und Rheinland-Pfalz.
Tarifvertragsparteien:
Deutscher Wäscherei-Verband, Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Bezirksleitung Frankfurt/Main.
42. **Nr. 2400/70** — Protokollnotiz vom 26. 3. 1960 zu § 5 des Manteltarifvertrages für den Groß- und Außenhandel im Lande Hessen vom 28. 4. 1959.
43. **Nr. 2400/71** — Protokollnotiz vom 26. 3. 1960 zu § 5 des Gehalts- und Lohntarifvertrages vom 8. 12. 1959.
Zu 42. und 43. Tarifvertragsparteien:
Landesverband des Groß- und Außenhandels für Hessen e. V. und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirk Hessen sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.
44. **Nr. 2403/17** — Manteltarifvertrag für den hessischen Kohlenhandel vom 9. 5. 1957.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Hessischer Kohlenhändler e. V., Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirk Hessen, Frankfurt/Main.
45. **Nr. 2500/49** — Tarifvertrag vom 20. 1. 1960 (Gehälter, Löhne, Lehrlingsentgelte sowie Arbeitszeitkürzung) für die Arbeitnehmer des Einzelhandels in den Kreisen Limburg und Oberlahn.
Tarifvertragsparteien:
Einzelhandelsverband Limburg-Oberlahn e. V. — Sozialpolitischer Ausschuß —, Limburg/Lahn, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Ffm., sowie Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirk Hessen, Frankfurt/Main.
46. **Nr. 2601/55** — Gehaltstarifvertrag für Redakteure an Tageszeitungen vom 5. 3. 1960.
Tarifvertragsparteien:
Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e. V., Bad Godesberg, und Deutscher Journalistenverband e. V., Bonn.
47. **Nr. 2701/116** — Mantel- und Gehaltstarifvertrag vom 14. 1. 1960 nebst protokollarischer Erklärung vom gleichen Tage, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hamburg.
48. **Nr. 2701/117** — Mantel- und Gehaltstarifvertrag vom 14. 1. 1960 nebst protokollarischer Erklärung vom gleichen Tage, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen im DGB, Düsseldorf.
49. **Nr. 2701/118** — Mantel- und Gehaltstarifvertrag vom 14. 1. 1960 nebst protokollarischer Erklärung vom gleichen Tage, abgeschlossen mit dem Deutschen Bankbeamten-Verein e. V., Düsseldorf.
50. **Nr. 2701/119** — Mantel- und Gehaltstarifvertrag vom 14. 1. 1960 nebst protokollarischer Erklärung vom gleichen Tage, abgeschlossen mit dem DHV — Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Hamburg.
51. **Nr. 2701/120** — Mantel- und Gehaltstarifvertrag vom 14. 1. 1960 nebst protokollarischer Erklärung vom gleichen Tage, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover.
Zu 47.—51. betr. Arbeitnehmer (einschließlich der Lehrlinge) der Teilzahlungsbanken in der Bundesrepublik.
Zu 47.—51. Tarifvertragsparteien:
Wirtschaftsverband Teilzahlungsbanken e. V., Düsseldorf, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
52. **Nr. 2702a/103** — Vereinbarung vom 8. 1. 1960 über die Änderung der Liste der unparteiischen Vorsitzenden gemäß Zusatzvereinbarung vom 16. 7. 1956 zur Schlichtungsvereinbarung vom 27. 9. 1955 für die Arbeitnehmer des privaten Versicherungsgewerbes.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmungen, München, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hamburg, sowie Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Düsseldorf.
53. **Nr. 2702c—5/76** — Tarifvertrag vom 10. 12. 1959 über die Gewährung von Erholungsurlaub an die Angestellten der Knappschaften und der Arbeitsgemeinschaft der Knappschaften.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft der Knappschaften der Bundesrepublik Deutschland, Bochum, und Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten e. V., Bonn, Poppelsdorfer Allee 56a.
54. **Nr. 2702c—6/94** — Tarifvertrag vom 15. 1. 1960 zur Änderung des Tarifvertrages vom 12. 2. 1959 über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Arbeitnehmer der Landesversicherungsanstalten.
Tarifvertragsparteien:
Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
55. **Nr. 2807b/54** — Tarifvertrag vom 3. 3. 1960 zur Änderung des Manteltarifvertrages für die gewerblichen Arbeitnehmer des privaten Transport- und Verkehrsgewerbes im Lande Hessen vom 1. 6. 1956.
Tarifvertragsparteien:
Vereinigung des Verkehrsgewerbes in Hessen e. V., Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen, Frankfurt/Main.
56. **Nr. 2900/42** — Tarifvertrag vom 7. 1. 1960 (Mantel-, Lohn- und Gehaltsbestimmungen) für das Hotel- und Gaststättengewerbe im Lande Hessen.
57. **Nr. 2900/43** — Tarifvertrag über Lehrlingsentgelte vom 7. 1. 1960.
Zu 56. und 57. Tarifvertragsparteien:
Landesverband Hessen der Hotels, Gaststätten und verwandten Betriebe e. V., Wiesbaden, und Gewerkschaft Nahrung—Genuß—Gaststätten, Landesleitung Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/Main.
58. **Nr. 3000 A/77** — Änderungsvereinbarung Nr. 2 TV ZA vom 18. 2. 1960, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
59. **Nr. 3000 A/78** — Änderungsvereinbarung Nr. 2a TV ZA vom 18. 2. 1960, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
Zu 58. und 59. betr. Tarifvertrag für die Arbeitnehmer der „Zivilen Arbeitsgruppen“ im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (TV ZA) vom 31. 7. 1958.
Zu 58. und 59. Tarifvertragsparteien:
Bundesminister der Finanzen, Bonn, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
60. **Nr. 3000 A/79** — Änderungsvereinbarung Nr. 26 TV AL vom 10. 2. 1960, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
61. **Nr. 3000 A/80** — Änderungsvereinbarung Nr. 26a TV AL vom 10. 2. 1960, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
62. **Nr. 3000 A/81** — Änderungsvereinbarung Nr. 26b TV AL vom 10. 2. 1960, abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland.
Zu 60.—62. betr. Erhöhung der Monatspauschalen des Feuerwehr-, Polizei- und Wachpersonals (Anhang P TV AL).
63. **Nr. 3000 A/82** — Änderungsvereinbarung Nr. 27 TV AL vom 10. 2. 1960, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
64. **Nr. 3000 A/83** — Änderungsvereinbarung Nr. 27a TV AL vom 10. 2. 1960, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
Zu 63. und 64. betr. Erhöhung der Monatsgehälter des Personals mit Einzelhandelstätigkeiten (Anhang T TV AL).
65. **Nr. 3000 A/84** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 34 TV AL vom 12. 2. 1960, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.

66. **Nr. 3000 A/85** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 34a TV AL vom 12. 2. 1960, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
67. **Nr. 3000 A/86** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 34b TV AL vom 12. 2. 1960, abgeschlossen mit der Industrie-Gewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland. Zu 65.—67. betr. Zahlung monatlicher Zulagen an die Arbeitnehmer im Geltungsbereich der Anhänge A, C, D, F, K und L TV AL.
68. **Nr. 3000 A/88** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 36 TV AL vom 12. 2. 1960 über die Zahlungen monatlicher Zulagen an die in Treibstoff-Großlagern (Anhang V TV AL) und als Schädlingbekämpfer (Anhang W TV AL) bei den amerikanischen Stationierungstreitkräften beschäftigten Arbeitnehmer, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand. Zu 60.—68. betr. Tarifvertrag vom 28. 1. 1955 (TV AL) für die Arbeitnehmer bei den Stationierungstreitkräften. Zu 60.—68. Tarifvertragsparteien: Bundesminister der Finanzen, Bonn, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
69. **Nr. 3001/567** — Tarifvertrag vom 12. 2. 1960 zur Änderung des Tarifvertrages über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für die Angestellten der Länder vom 1. 11. 1955, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hauptverwaltung.
70. **Nr. 3001/568** — Tarifvertrag vom 12. 2. 1960 zur Änderung des Tarifvertrages über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für die Angestellten der Länder vom 4. 4. 1957, abgeschlossen mit dem Verband der angestellten Ärzte Deutschlands — Marburger Bund. Zu 69. und 70. Tarifvertragsparteien: Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Bonn, Lennéstr. 8, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
71. **Nr. 3001/566—3001a/289** — Tarifvertrag vom 15. 1. 1960 zur Änderung und Ergänzung der Tätigkeitsmerkmale der Anlage 1 zur TOA für die Angestellten der Bundesverwaltung, der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, der Länder und der Gemeinden. Tarifvertragsparteien: Bundesminister des Innern, Bonn, Tarifgemeinschaft deutscher Länder, sowie Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
72. **Nr. 3001a/290** — Tarifvertrag vom 24. 2. 1960 zur Änderung des Tarifvertrages über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Arbeitnehmer des Bundes vom 31. 7. 1955/4. 2. 1957. Tarifvertragsparteien: Bundesminister des Innern, Bonn, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand. 73. **Nr. 3001a/291** — Tarifvertrag vom 15. 3. 1960 zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 zur TOA für die Angestellten der Deutschen Bundesbank. Tarifvertragsparteien: Deutsche Bundesbank und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand — Bundesberufsgruppe Bank- und Sparkassenangestellte.
74. **Nr. 3002a/77** — Tarifvertrag vom 4. 1. 1960 zur Regelung des Bereitschaftsdienstes des Pflegepersonals, der medizinisch-technischen Assistentinnen und medizinisch-technischen Gehilfinnen in den Bundeswehrlazaretten Koblenz und Gießen. Tarifvertragsparteien: Bundesminister für Verteidigung, Bonn, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Frankfurt/Main und Mainz, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen in Frankfurt/Main und Rheinland-Pfalz in Mainz.
75. **Nr. 3004/94** — Manteltarifvertrag vom 23. 1. 1960.
76. **Nr. 3004/95** — Gehaltstarifvertrag vom 23. 1. 1960. Zu 75. und 76. betr. kaufmännische und technische Angestellte in den filmtechnischen Betrieben in der Bundesrepublik. Zu 75. und 76. Tarifvertragsparteien: Verband der filmtechnischen Betriebe e. V., Berlin W 15, und Deutsche Union der Filmschaffenden, München, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, Hamburg.
77. **Nr. 3004/96** — Tarifvertrag vom 12. 2. 1960 zur Änderung des § 4 des Tarifvertrages für Bühnenschiedsgerichte vom 1. 10. 1948. Tarifvertragsparteien: Deutscher Bühnenverein e. V., Köln, und Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen, Hauptvorstand, Hamburg.

Durch die Eintragung der Tarifverträge in das Tarifregister und deren Bekanntmachung im Staatsanzeiger wird nicht über die Rechtsgültigkeit der eingetragenen Tarifverträge entschieden.

Tarifexemplare sind nur bei den Vertragsparteien erhältlich.

Wiesbaden, 3. 5. 1960

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

I b 3 — 2607 —

St.Anz. 21/1960 S. 625

502

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Beschleunigte Zusammenlegung Habitzheim. Krs. Dieburg
— St.Anz. 1960 S. 533 —

In der im St.Anz. 1960 S. 534 veröffentlichten Aufstellung der Anlage zum Zusammenlegungsbeschuß der Gemarkung Habitzheim, Krs. Dieburg, lautet die Bezeichnung unter Flur Nr. 2 statt 6/181 richtig: 6/18.

Wiesbaden, 10. 5. 1960

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
IV — 9714/60 LK. 50.0
Darmstadt (Habitzheim)
St.Anz. 21/1960 S. 628

503

Flurbereinigung Wolfhagen

Flurbereinigungsbeschuß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. Juli 1953 (BGBl. S. 591) wird folgender Beschuß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Wolfhagen wird hiermit angeordnet.

2. Das Flurbereinigungsgebiet umfaßt die Grundstücke der Gemarkung Wolfhagen, so wie sie sich aus dem als Anlage

beigefügten Verzeichnis über die zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücke ergeben (Anlage 1). Das Flurbereinigungsgebiet hat eine Größe von 2465,5890 ha, worin eine Waldfläche von rund 744 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orangen Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Wolfhagen, Kreis Wolfhagen“, mit dem Sitz in Wolfhagen, Kreis Wolfhagen. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigten, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses bei der Flurbereinigungsbehörde, dem Kulturamt in Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 45—47, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 und nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach

den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Wolfhagen sowie in den Nachbargemeinden Viesebeck, Nothfelden, Altenhasungen, Wenigenhasungen, Isthä, Bründerssen, Altenstadt, Leckringhausen, Ehringen, Ippinghausen — alle Kreis Wolfhagen —, Bühle und Landau, Kreis Waldeck, öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung, Gebietskarte und Anlage 1 zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Magistrat der Stadt Wolfhagen und den Bürgermeisterämtern der vorgenannten Gemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen nach öffentlicher Bekanntmachung Einspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Gutenbergplatz 1, als obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Einspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären. Er muß als solcher bezeichnet werden und einen bestimmten Antrag enthalten. Die Einspruchspunkte und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 27. 4. 1960

Landeskulturamt
KF 154 — 9209/60
St.Anz. 21/1960 S. 628

504

Personalmeldungen

Es sind

a) im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen

b) Oberfinanzdirektion

ernannt

zum Amtsmeister (BaL)

die Oberamtsgehilfen Philipp Bork (1. 2. 60); Hans Spiegel (1. 2. 60);

ernannt und berufen

zum Amtsgehilfen (BaK)

Verwaltungsarbeiter Günter Nürnberg (1. 4. 60);

Steuerverwaltung

ernannt

zum Oberregierungsrat (BaL)

Regierungsrat Kurt Ohl, FA Frankfurt, Stiftstraße (1. 12. 1959);

zum Regierungsassessor

die Assessoren im Finanzdienst (BaW) Dr. Kay Schmidt di Simoni, FA Frankfurt-Höchst (3. 3. 60); Peter-Georg Stein, FA Frankfurt, Taunustor (3. 3. 60); Dr. Peter Klemm, FA Wetzlar (4. 3. 60); Herbert Gerz, FA Bad Homburg (7. 3. 60);

zum Steueroberamtmann (BaL)

die Steueramtmänner Walter Schröder, FA Ziegenhain (1. 4. 1960); Johann Nölke, FA Weilburg (1. 4. 60);

zum Steueroberinspektor (BaL)

die Steuerinspektoren Walter Backsch, FA Darmstadt (1. 12. 59); Lotar Bölke, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (1. 12. 59); Helmut Ebert, FA Fulda (1. 12. 59); Fritz Filusch, FA Limburg (1. 12. 59); Franz Grubmüller, FA Wiesbaden, Herrngartenstr. (1. 12. 59); Otto Happel, FA Gießen (1. 12. 1959); Erhard Hartung, FA Wiesbaden, Mainzer Str. (1. 12. 1959); Anton Jakisch, FA Dillenburg (1. 12. 59); Heinrich Kern, FA Frankfurt, Hamburger Allee (1. 12. 59); Rolf Klee, FA Wiesbaden, Herrngartenstr. (1. 12. 59); Heinz Laux, FA Darmstadt (1. 12. 59); Helmut Magerkurth, FA Kassel, Goethestraße (1. 12. 59); Heinz Markowsky, FA Bad Hersfeld (1. 12. 59); Karl-Heinz Menges, FA Marburg (1. 12. 59); Rudolf Mihm, FA Frankfurt, Stiftstraße (1. 12. 1959); Franz Möbs, FA Gießen (1. 12. 59); Walter Morys, FA Kassel, Spohrstraße (1. 12. 59); Alfred Ondreka, FA Hanau (1. 12. 59); Hans Opel, FA Frankfurt, Börse (1. 12. 59); Heinz Rabe, FA Frankfurt, Börse (1. 12. 59); Helmut Schäfer, FA Kassel, Spohrstraße (1. 12. 59); Horst Schollmeyer, FA Kassel, Spohrstraße (1. 12. 59); Hubert Stucke, FA Gießen (1. 12. 59); Heinz Wagner, FA Frankfurt-Börse (1. 12.

59); Erich Werner, FA Kassel, Goethestraße (1. 12. 59); Erich Wolf, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (1. 12. 59); Reinhard Zahrt, FA Gießen (1. 12. 59); Artur Czakert, FA Frankfurt, Stiftstraße (1. 1. 60); Josef Elbert, FA Offenbach-Land (1. 1. 60); Werner Fichtmüller, FA Kassel, Goethestraße (1. 1. 60); Josef Fröhlich, FA Frankfurt-Höchst (1. 1. 60); Willy Haus, FA Wetzlar (1. 1. 60); Willi Heidlindemann, FA Frankfurt-Börse (1. 1. 60); Joachim Kahse, FA Frankfurt, Stiftstraße (1. 1. 60); Heinrich Kaiser, FA Alsfeld (1. 1. 60); Günther Kristahl, FA Homberg (1. 1. 60); Paul Orłowsky, FA Frankfurt, Taunustor (1. 1. 60); Fritz Sperzel, FA Frankfurt, Stiftstraße (1. 1. 60); Helmut Schäfer, FA Witzenhausen (1. 1. 60); Helmut Scherz, FA Kassel, Spohrstraße (1. 1. 60); Karl Stüben, FA Darmstadt (1. 1. 60); Hans Köberich, FA Bad Hersfeld (1. 2. 60); Gerhard Kuschel, FA Darmstadt (1. 3. 60);

zum Steuerinspektor (BaL)

die Steuerobersekretäre Rudolf Hamann, FA Hofgeismar (1. 1. 60); Edmund Stahl, FA Limburg (1. 1. 60);

zum Steuerinspektor (BaL)

die Steuersekretäre Richard Angermeier, FA Dieburg (1. 1. 60); Günther Berg, FA Frankfurt, Hamburger Allee (1. 1. 60); Jakob Bingenheimer, FA Dillenburg (1. 1. 60); Heinrich Böck, FA Alsfeld (1. 1. 60); Rudolf Braulik, FA Kassel, Goethestraße (1. 1. 60); Rudolf Druselmann, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (1. 1. 60); Heinrich Eberts, FA Darmstadt (1. 1. 60); Karl Engelter, FA Michelstadt (1. 1. 60); Emil Faller, FA Frankfurt, Stiftstr. (1. 1. 60); Heinrich Günther, FA Frankfurt, Hamburger Allee (1. 1. 60); Wolfgang Günzel, FA Hanau (1. 1. 60); Werner Guthier, FA Langen (1. 1. 60); Johannes Gutmann, FA Nidda (1. 1. 60); Adolf Heinisch, FA Wetzlar (1. 1. 60); Erwin Jammer, FA Gießen (1. 1. 60); Ernst Klaus, FA Ziegenhain (1. 1. 60); Josef Kremer, FA Limburg (1. 1. 60); Heinrich Krug, FA Kassel, Goethestraße (1. 1. 60); Heinz Lange, FA Kassel, Spohrstraße (1. 1. 60); Herbert Lenz, FA Nidda (1. 1. 60); Hans Maurer, FA Darmstadt (1. 1. 60); Hermann Michel, FA Weilburg (1. 1. 60); Kurt Petzel, FA Frankfurt, Taunustor (1. 41. 60); Günter Poppe, FA Melsungen (1. 1. 60); Ewald Reith, FA Fulda (1. 1. 60); Karl Schilling, FA Frankfurt, Taunustor (1. 1. 60); Georg Schmidt, FA Groß-Gerau (1. 1. 60); Fritz-Gunthard Schmidt, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (1. 1. 60); Ludwig Schmiedt, FA Bensheim (1. 1. 60); Willi Schupp, FA Wetzlar (1. 1. 60); Adolf Schwaab, FA Offenbach-Stadt (1. 1. 60); Hans Spika, FA Frankfurt, Taunustor (1. 1. 60); Oskar Stössel, FA Gießen (1. 1. 60); Otto Weber, FA Frankfurt, Stiftstraße (1. 1. 60); Hans Weinberger, FA Groß-Gerau (1. 1. 60); Richard Zimmer, FA Frankfurt, Taunustor (1. 1. 60);

zum ap. Steuerinspektor (BaW)
die Finanzanwärter Erich Babinsky, FA Groß-Gerau (25. 3. 60); Heribert Ballmeier, FA Frankfurt, Stiftstraße (25. 3. 60); Helmut Becker, FA Hanau (25. 3. 60); August Berndt, FA Fulda (25. 3. 60); Willi Birbaum, FA Frankfurt, Stiftstraße (25. 3. 60); Leopold Blahak, FA Groß-Gerau (25. 3. 60); Dieter Borchert, FA Offenbach-Stadt (25. 3. 60); Horst Braun, FA Frankfurt, Stiftstraße (25. 3. 60); Hans-Joachim Breiding, FA Kassel, Spohrstr. (25. 3. 60); Rolf Clemenz, FA Wetzlar (25. 3. 60); Friedel Crößmann, FA Darmstadt (25. 3. 60); Hans-Georg Döling, FA Kassel, Spohrstraße (25. 3. 60); Karl Dörrbecker, FA Kassel, Spohrstraße (25. 3. 60); Günther Duschek, FA Frankfurt, Stiftstraße (25. 3. 60); Horst Eichhorn, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (25. 3. 60); Gerhard Elsebach, FA Kassel, Goethestraße (25. 3. 60); Ernst Enders, FA Wetzlar (25. 3. 60); Bernhard Gentsch, FA Darmstadt (25. 3. 60); Ralf Heere, FA Kassel, Goethestraße (25. 3. 60); Claus Heisig, FA Groß-Gerau (25. 3. 60); Alfred Hellemann, FA Gießen (25. 3. 60); Helmut Herwig, FA Kassel, Goethestraße (25. 3. 60); Kurt Kaetzler, FA Kassel, Goethestraße (25. 3. 60); Peter Keller, FA Gießen (25. 3. 60); Volkhart Knauer, FA Frankfurt, Stiftstraße (25. 3. 60); Helmut Koch, FA Kassel, Goethestraße (25. 3. 60); Alfred Kolb, FA Gießen (25. 3. 60); Ortwin Kreutz, FA Langen (25. 3. 60); Peter Krieger, FA Fulda (25. 3. 60); Reinhold Kuhn, FA Kassel, Goethestraße (25. 3. 60); Heinrich Meyer, FA Frankfurt, Stiftstraße (25. 3. 60); Dieter Michel, FA Gießen (25. 3. 60); Günther Rein, FA Gießen (25. 3. 60); Günther Sommer, FA Frankfurt, Hamburger Allee (25. 3. 60); Gerhard Schäfer, FA Offenbach-Stadt (25. 3. 60); Werner Schäfer, FA Frankfurt, Börse (25. 3. 60); Sigmar Schickel, FA Frankfurt, Taunustor (25. 3. 60); Karl-Heinz Schild, FA Lauterbach (25. 3. 60); Josef Stadler, FA Fulda (25. 3. 60); Karl-Heinz Völker, FA Gießen (25. 3. 60); Karl Wassum, FA Darmstadt (25. 3. 60); Werner Weise, FA Darmstadt (25. 3. 60); Hugo Weitzel, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (25. 3. 60); Karl-Heinz Wilhelm, FA Hanau (25. 3. 60); Hans-Dieter Zeuch, FA Eschwege (25. 3. 60);

zu ap. Steuerinspektorin (BaW)
die Finanzanwärterinnen Gudrun Falcke, FA Marburg (25. 3. 60); Dietlind Hoßbach, FA Kassel, Goethestraße (25. 3. 60);

zum Steuerhauptsekretär (BaL)
die Steuerobersekretäre Friedrich Krell, FA Friedberg (1. 2. 60); Georg Thomas, FA Groß-Gerau (1. 4. 60);

zum Steuerobersekretär (BaL)
die Steuersekretäre August Keller, FA Wetzlar (1. 1. 60); Heinz Kirchner, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (1. 1. 60);

zum ap. Steuersekretär (BaW)
die Finanzanwärter Günter Klein, FA Marburg (1. 2. 60); Adolf Wahlmann, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (1. 2. 60);

zum Amtsmeister (BaL)
die Oberamtsgehilfen Heinrich Emge, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (1. 2. 60); Philipp Krämer, FA Limburg (1. 2. 60); Josef Kummer, FA Nidda (1. 2. 60); Wilhelm Müller, FA Frankfurt, Taunustor (1. 2. 60); Franz Pittrich, FA Friedberg (1. 2. 60); Hugo Schilling, FA Bensheim (1. 2. 60); Ernst Thon, FA Rotenburg (1. 2. 60); Max Wolff, FA Fulda (1. 2. 60);

ernannt und berufen

zum Steuersekretär (BaL)
der Vertragsangestellte Julius Stenzel, FA Bensheim (1. 4. 58);

zum Amtsgehilfen (BaK)
die Verwaltungsarbeiter Ferdinand Finger, FA Melsungen (11. 3. 60); Ludwig Leidenbach, FA Frankfurt, Hamburger Allee (1. 4. 60);

Staatsbauverwaltung

ernannt

zum Regierungsoberbauinspektor (BaL)
Regierungsbauinspektor Siegfried Hoffmann, Staatsbauamt Marburg-Land (1. 1. 60);

ernannt und berufen

zum Regierungsbauassessor (BaW)
Vertragsangestellter Rudolf Ohde, Staatsbauamt Kassel-Stadt (29. 2. 60);

zum Assessor im bautechnischen Dienst (BaW)
die Vertragsangestellten Fritz-Martin Becker, Sonderbau-

amt Darmstadt (5. 2. 60); Hans-Dieter Martin, Sonderbauamt Wetzlar (8. 2. 60);

zum Regierungsbaureferendar (BaW)
die Vertragsangestellten Arno Habermehl, Staatsbauamt Kassel-Land (1. 2. 60); Gerhard Demuth, Staatsbauamt Friedberg (1. 2. 60); Walter Schubotz, Staatl. Hochschulbauamt Darmstadt (1. 3. 60); Hans Behnk, Staatsbauamt Gießen-Stadt (16. 3. 60);

zum Regierungsbauinspektor-Anwärter (BaW)
die Vertragsangestellten Alfred Vorländer, Staatsbauamt Gießen-Stadt (1. 4. 60); Karl Lubeseder, Staatsbauamt Kassel-Stadt (1. 4. 60);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Steuerverwaltung

die Regierungsräte Dr. Herbert Keil, FA Hanau (15. 2. 60); Dr. Peter-Lothar Kulla, FA Kassel, Goethestr. (21. 3. 60);

Steuerinspektor Karl Schilling, FA Frankfurt, Taunustor (25. 3. 60);

Steuerobersekretär Willi Korzeniewsky, FA Frankenberg (11. 2. 60);

die Steuersekretäre Heinz Eckhardt, FA Melsungen (25. 1. 60); Hermann Hornstadt, FA Limburg (16. 3. 60);

Amtsgehilfe Alfred Olbrich, FA Frankfurt, Hamburger Allee (16. 3. 60);

Staatsbauverwaltung

Regierungsbauinspektor Alfred Jaroschka, Staatsbauamt Frankfurt (11. 3. 60);

in den Ruhestand versetzt

Steuerverwaltung

die Steueramtsmänner Johann Grubbe, FA Wiesbaden, Herrngartenstr. (1. 4. 60); Karl Schäfer, FA Groß-Gerau (1. 4. 60);

Steueroberinspektor Adam Münkler, FA Friedberg (1. 2. 60);

Steuerobersekretär Adolf Broschek, FA Frankfurt, Hamburger Allee (1. 2. 60).

Frankfurt (Main), 14. 4. 1960

Oberfinanzdirektion

P 1400 A — 50 — St I 82

St.Anz. 21/1960 S. 629

F. im Bereich des Hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung

d) Regierungspräsident in Wiesbaden

ernannt

zu Studienassessoren bzw. Studienassessorinnen (BaW)
die Assessoren(innen) im Lehramt Dr. Albert Preuschen, Frankfurt/M. (24. 9. 59); Rita Stolz, Frankfurt/M. (30. 9. 59); Wolfgang Wierschein, Frankfurt/M. (28. 9. 59); Dieter Mulch, Frankfurt/M. (30. 9. 59); Horst Heilborn, Hanau (30. 9. 1959); Dr. Manfred Schlosser, Hanau (21. 10. 59); Irmgard Allgeier, Wiesbaden (31. 10. 1959); Dr. Karl-Heinz Achenbach, Herborn (22. 1. 60); Dr. Thusnelda Welser, Dillenburg (25. 3. 60); Dr. Toivi Valtavuo, Wetzlar (23. 2. 60); Ursula Zeidler, Schlüchtern (22. 3. 60); Lothar Scheitza, Gelnhausen (22. 3. 60); Olaf Pless, Weilburg (11. 3. 60); Viktor Löser, Hadamar (11. 3. 60); Gerhard Elsner, Frankfurt/M. (10. 3. 60); Dr. Hasso Pfeiler, Frankfurt/M. (10. 3. 60); Karl Braunger, Frankfurt/M. (10. 3. 60); Dr. Andreas Kühne, Frankfurt/M. (11. 3. 60); Ulrich Pfütznern, Frankfurt/M. (11. 3. 60); Franz Becher, Limburg (18. 3. 60); Theodor Büttel, Frankfurt/M. (15. 3. 60); Hartmut Oehlenschläger, Biedenkopf (12. 3. 60); Dr. Wilhelm Erb, Dillenburg (11. 3. 60); Rudi Limmert, Dillenburg (11. 3. 60); Erika Brunner, Wiesbaden (23. 3. 60); Herbert Krause, Bad Homburg v. d. H. (23. 3. 60); Dr. Wolfgang Günther, Oberursel (22. 3. 60); Dr. Hans Bauer, Wiesbaden (23. 3. 60); Dieter Golde, Wiesbaden (22. 3. 60); Georg Newrzella, Frankfurt/Main (22. 3. 60); Marianne Encke, Frankfurt/M. (22. 3. 60); Helmut Brussatis, Frankfurt/M. (19. 3. 60); Heinz Kamme, Weilburg (22. 3. 60); Wolfgang Schäfer, Hanau (23. 3. 60); Ingeborg Stapelfeldt, Frankfurt/M. (22. 3. 60); Lydia Schneider, Schlüchtern (26. 3. 60); Ingeborg Felke, Geisenheim (29. 3. 60); Horst Krüger, Geisenheim (29. 3. 60); Hannelore Brück, Bad Homburg v. d. H. (25. 3. 60); Franz Schewina, Frankfurt/M. (31. 3. 60); Hildegard Pfeiffer, Frankfurt/M. (30. 3. 60)

die Assessoren(innen) des Lehramts Ursula Schulze, Kelkheim (18. 3. 60); Willibald Rieger, Somborn (18. 3. 60); zu Studienräten bzw. Studienrätinnen (BaK) die Studienassessoren(innen) (BaW) Hermann Ehmer, Hanau (23. 10. 59); Gertrud Bittner, Frankfurt/M. (30. 1. 59); Peter Cahn, Frankfurt/M. (2. 11. 59); Erich Kleinschmidt, Kronberg (3. 11. 59); Günter Spahn, Frankfurt/M. (5. 11. 59); Hans-Joachim Türk, Frankfurt/M. (20. 10. 59); Dr. Charlotte Rumpf, Wiesbaden (27. 10. 59); Ludwig Weber, Frankfurt/Main (23. 10. 59); Reinhart Mülhause, Frankfurt/M. (14. 10. 1959); Heinrich Coorssen, Biedenkopf (30. 10. 59); Dr. Hans Friebertshäuser, Biedenkopf (7. 11. 59); Walter Schranz, Idstein (6. 11. 59); Paul Gerhard Schlott, Herborm (14. 9. 59); Josef Holzappel, Hadamar (7. 11. 59); Ruth Kaiser, Frankfurt/M. (30. 10. 59); Berthold Sixel, Kronberg (5. 11. 59); Rudolf Brauner, Frankfurt/M. (9. 11. 59); Hubert Perscheid, Frankfurt/M. (2. 12. 59); Kurt Reinhuber, Frankfurt/M. (9. 11. 59); Erich Müller, Limburg (10. 11. 59); Walter Zoubek, Frankfurt/M. (6. 11. 59); Herbert Höhler, Hofheim (30. 10. 59); Hans Preisendörfer, Frankfurt/M. (19. 2. 60); Karl Eckel, Frankfurt/M. (9. 1. 60)

die Angestellten Dr. Ladislaus Gondes, Geisenheim (1. 12. 1959); Dr. Dr. Walter Mathias, Wiesbaden (18. 1. 60)

zu Studienräten bzw. Studienrätinnen (BaL) die Studienassessoren(innen) (BaW) Marianne Schäfer, Frankfurt/M. (29. 10. 59); Dr. Elisabeth Andernacht, Frankfurt/Main (23. 10. 59); Dr. Theo Rosebrock, Frankfurt/M. (24. 10. 59); Heinz-Josef Großmann, Frankfurt/M. (23. 10. 59); Werner Kloth, Frankfurt/M. (30. 10. 59); Waldemar Gräf, Oberursel (4. 11. 59); Georg Höll, Wiesbaden (29. 10. 59); Richard Krenzer, Frankfurt/M. (5. 11. 59); Clara Becker, Frankfurt/M. (23. 10. 59); Wilhelm Höhn, Frankfurt/M. (23. 10. 59); Eva Stengl, Frankfurt/M. (30. 10. 59); Werner Twelkemeyer, Frankfurt/M. (4. 11. 59); Dr. Charlotte Seck, Hofheim (6. 11. 59); Dr. Hannelore Faden, Bad Homburg (4. 11. 59); Kurt Baumann, Frankfurt/M. (6. 11. 59); Karl-Otto Nebel, Bad Homburg (19. 11. 59); Ludwig Helbig, Frankfurt/M. (9. 11. 59); Irmgard Altbrod, Limburg (6. 11. 59); Hubert Kalteier, Limburg (18. 12. 59); Margarete Lauck, Weilburg (11. 12. 59); Hermann-Josef Heil, Geisenheim (22. 12. 59); Hans Becker, Wetzlar (8. 1. 60); Dr. Gertrude Woicke, Frankfurt/M. (12. 1. 60); Ursula Arnold, Frankfurt/M. (7. 1. 60); Dr. Joachim Dienemann, Wetzlar (8. 1. 60); Dr. Josef Roßkopf, Wiesbaden (12. 1. 60); Dieter Hartig, Wiesbaden (19. 1. 60); Hildegard Quitter, Mechthild Meier-Lenoir, Wiesbaden (22. 1. 60); Gertrud Reichelt, Königstein (22. 1. 60); Barbara Kirwitzke, Frankfurt/M. (19. 2. 60)

den Angestellten Emil Neubert, Bad Homburg v. d. H. (20. 10. 59);

den Oberschullehrer (BaL) Wilhelm Caspritz, Bad Homburg v. d. H. (23. 10. 59)

zu Oberstudienräten bzw. Oberstudienrätinnen die Studienräte(innen) (BaL) Dr. Robert Weber, Frankfurt/M. (30. 10. 59); Dr. Hermann Himstedt, Oberursel (4. 11. 59); Hedwig Weinmann, Frankfurt/M. (19. 2. 60); Dr. Heinrich Buß, Wiesbaden (11. 3. 60)

zu Oberstudiendirektoren bzw. Oberstudiendirektorinnen Oberstudienrat Dr. Lorenz Müller, Frankfurt/M. (18. 12. 59) Studiendirektor Dr. Carter Kniffler, Wiesbaden (15. 1. 60) zur Oberschullehrerin (BaL) die Oberschullehrerin z. Wv. Ingeborg Effler, Geisenheim (28. 4. 59)

zur techn. Lehrerin (BaK) die techn. Lehramtsanwärterin Dorothea Strack, Herborm (3. 11. 59)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit die Studienräte bzw. Studienrätinnen (BaK) Helmuth Leichtfuß, Wiesbaden (7. 10. 59); Wilfried Fuchs, Wiesbaden (22. 9. 59); Nikolaus Happel, Bad Homburg v. d. H. (2. 10. 59); Hermann Körner, Hanau (7. 10. 59); Ilse Diehl, Schlüchtern (20. 10. 59); Dr. Bettina Friedrich, Bad Homburg v. d. H. (21. 10. 59); Hans Löwe, Hanau (2. 11. 59); Elfriede Bürkle, Frankfurt/M. (11. 11. 59); Rudolf Schürer, Frankfurt/M. (20. 11. 59); Maria Rink, Frankfurt/M. (27. 11. 59); Gerhard Jung, Frankfurt/M. (26. 11. 59); Erich Zielinski, Frankfurt/Main (8. 12. 59); Hildegard Singer, Frankfurt/M. (22. 12. 59); Hubert Perscheid, Frankfurt/M. (12. 1. 60); Günter Spahn, Frankfurt/M. (7. 1. 60); Joachim Klimpel, Bad Homburg v. d. H. (7. 1. 60); Dr. Hanne-Lore Oberfeuer, Frankfurt/M. (19. 12. 59); Friedrich Dubitzky, Bad Homburg v. d. H. (29. 12. 59); Winfried Hartmann, Limburg (3. 3. 60); Hildegard Krüger, Frankfurt/M. (24. 2. 60); Oswald Stein, Frankfurt/M. (23. 2. 60); Rudolf Brauner, Frankfurt/M. (7. 3. 60); Eduard Bruggaier, Frankfurt/M. (7. 3. 60); Alfred Fischer, Wetzlar (3. 3. 60); Manfred Löbl, Frankfurt/M. (23. 2. 60); Ursula Kluzniak-Richter, Frankfurt/Main (8. 3. 60); Otto Dömling, Frankfurt/M. (9. 3. 60); Klaus Olshausen, Frankfurt/M. (3. 3. 60); Karl Hahn, Frankfurt/Main (26. 3. 1960); Walter Gudat, Schlüchtern (5. 4. 60); Dr. Maria Büdel, Limburg (29. 3. 60); Armin Schmid, Frankfurt/M. (1. 4. 60); Horst Blüm, Frankfurt/M. (1. 4. 60); Ulrich Schumacher, Frankfurt/M. (1. 4. 60); Siegfried Richter, Frankfurt/M. (22. 3. 60)

in den Ruhestand versetzt

Studienrat Berthold Conradi, Hanau (1. 2. 60)

Oberstudienrätin Dr. Annemarie Egersdorff, Frankfurt/Main (1. 4. 60)

Oberstudienrat Dr. Eduard Bornemann, Frankfurt/M. (1. 4. 1960)

Oberstudienrat Arthur Lotz, Wetzlar (1. 4. 60)

Studienrat Dr. Kuno Lehr, Frankfurt/M. (1. 4. 60)

Studienrat Walther Gosch, Wiesbaden (1. 4. 60)

Oberstudienrat Joseph Casper, Limburg (1. 4. 60)

Oberstudiendirektor Dr. Otto Vater, Usingen (1. 4. 60)

Studienrat Georg Spangenberg, Bad Homburg v. d. H. (1. 4. 60)

Studienrätin Gerda Stiege, Wiesbaden (1. 4. 60)

Studienrat Curt Dietrich, Wiesbaden (1. 4. 60)

Studienrat Heinrich Völzing, Wiesbaden (1. 5. 60)

Oberschullehrerin Martha Baer, Oberursel (1. 5. 60)

entlassen

Studienassessor Horst Naumann, Frankfurt/M. (1. 2. 60)

Studienrätin Mechthild von Holtey, Frankfurt/M. (1. 11. 59)

Studienrätin Marianne Volz, Frankfurt/M. (1. 4. 60)

Studienassessorin Barbara Encke, Dillenburg (16. 4. 60)

Studienassessorin Marianne Preisendörfer, Frankfurt/M. (26. 4. 60)

Studienrätin Dr. Gisela Ruppert-Dippel, Frankfurt/M. (1. 5. 60)

Wiesbaden, 21. 4. 1960

Der Regierungspräsident

II 9 — 1aa — II c — D 34

St.Anz. 21/1960 S. 630

505

DARMSTADT

Regierungspräsidenten

Auflösung der Pferdeversicherungsgesellschaft Rüsselsheim, Krs. Groß-Gerau

Hiermit erteile ich zu der in der Mitgliederversammlung vom 20. 1. 1960 mit Wirkung vom 1. 1. 1960 einstimmig beschlossenen Auflösung der Pferdeversicherungsgesellschaft Rüsselsheim die aufsichtsbehördliche Genehmigung (§ 43 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen vom 6. 6. 1931 — RGBl. I S. 315 — i. d. F. der 2. DVO zum Aktiengesetz vom 19. 11. 1937 — RGBl. I S. 1300 —; § 3 des Gesetzes über die Errichtung eines Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen vom 31. 7. 1951 — BGBl. I S. 480 —; § 1 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen außerhalb der Sozialversicherung in Hes-

sen vom 12. 5. 1953 — GVBl. S. 112 — i. Verb. mit dem Ergänzungsgesetz vom 14. 10. 1954 — GVBl. S. 161 —).

Darmstadt, 7. 4. 1960

Der Regierungspräsident

I/12 — 39 i 02/01

St.Anz. 21/1960 S. 631

506

WIESBADEN

Verordnung über die Freigabe von Sonntagen für das Offenhalten von Verkaufsstellen für die Stadt Schlüchtern vom 9. Mai 1960

Gemäß § 14 Abs. 1 und § 16 Abs. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. 11. 1956 (BGBl. I S. 875) in Verbindung mit § 1 Ziffer 3 und 5 der Verordnung über die Zu-

ständigkeits der Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. 3. 1957 (GVBl. S. 17) wird verordnet:

§ 1: Für das Gebiet der Stadt Schlüchtern wird Sonntag, der 6. 11. 1960, aus Anlaß des „Kalten-Marktes“ als verkaufsoffener Sonntag für die Zeit von 13 bis 18 Uhr für alle Verkaufsstellen freigegeben.

§ 2: Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, 9. 5. 1960

Der Regierungspräsident

III 1 a — Az.: 73a 04/05/4

Tgb. Nr. 557/60

St.Anz. 21/1960 S. 631

507

Verordnung über die Öffnungszeiten für Verkaufsstellen im Kurviertel der Landeshauptstadt Wiesbaden an Sonn- und Feiertagen sowie Sonnabenden

Auf Grund des § 10 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über den Ladenschluß in der Fassung des Gesetzes vom 17. 7. 1957 (BGBl. I S. 722) in Verbindung mit § 1 Nr. 1 der Verordnung über die Zuständigkeit der Regierungspräsidenten zum Erlaß von Verordnungen auf Grund des Gesetzes über den

Ladenschluß vom 9. 3. 1957 (GVBl. S. 17) und der Verordnung über den Verkauf in Kur- und Erholungsorten vom 23. 1. 1958 (GVBl. S. 21) wird verordnet:

§ 1: Die Öffnungszeit für die im Kurviertel der Landeshauptstadt Wiesbaden gelegenen Verkaufsstellen an den nach § 2 der Verordnung der Landesregierung über den Verkauf in Kur- und Erholungsorten vom 23. 1. 1958 (GVBl. S. 21) von dem Magistrat der Stadt Wiesbaden bestimmten Sonn- und Feiertagen, an denen Andenken und Badegegenstände, Devotionalien, Tabakwaren, Frischobst, Obstsaften, Blumen und Zeitungen verkauft werden dürfen, wird für die Zeit von 13.00 bis 17.00 Uhr festgesetzt. Die in den bestimmten Zeitraum fallenden Sonnabende werden für das Offenhalten der angeführten Verkaufsstellen bis 18 Uhr freigegeben.

§ 2: Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden als Ordnungswidrigkeiten nach § 25 des Gesetzes über den Ladenschluß mit Geldbußen in Höhe von DM 2,— bis DM 1000,— geahndet.

§ 3: Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, 13. 5. 1960

Der Regierungspräsident

III 1 a — Az.: 73a 04/05/4

St.Anz. 21/1960 S. 632

Buchbesprechungen

Familienunternehmen und Unternehmertestament. Bearbeitet von Herbert Schneider, Rechtsanwalt am Bundesgerichtshof, und Gustav Martin, Steuerrat in Mannheim. 3. Aufl., 508 S., Plastikband DM 31,50. Verlagsgesellschaft „Recht und Wirtschaft“ mbH, Heidelberg.

In ihrer Arbeit über die zweckmäßige Gesellschaftsform¹⁾ haben Buchwald und Tiefenbacher mehrfach und mit Nachdruck zu Recht darauf hingewiesen, daß Bestimmungen über den Erbfall in keinem Gesellschaftsvertrag fehlen dürfen (S. 76, 78 f., 87), da sich sonst Unsicherheiten und Schwierigkeiten ergäben (S. 119 f.). Trotz Sieberts hervorragender Untersuchungen²⁾ ist die Konkurrenz zwischen Erbrecht und Gesellschaftsrecht noch nicht unstrittig. Bei Personengesellschaften kommt diesen Fragen besondere Bedeutung zu. Buchwald-Tiefenbacher empfehlen (S. 85 ff.), das väterliche Geschäft langsam auf die Kinder überzuleiten. Dabei konnten sie nur kurz auf diese Fragen eingehen. Im übrigen verwiesen sie auf das hier zu besprechende, diese Fragen umfassend und eingehend erörternde Buch. Schneider-Martin erörtern hier alle Gedanken, die bei der Gründung von Familiengesellschaften und insbesondere bei der Regelung der Nachfolgefragen unter bürgerlich-rechtlichen, handels-, steuer- und versicherungspflichtigen Gesichtspunkten zu bedenken sind, in großer Ausführlichkeit. Dabei geben sie gerade auch steuerrechtliche Hinweise für eine richtige Vertragsgestaltung, auf deren Bedeutung hier³⁾ schon anlässlich der Besprechung von Fiegler, Die steuerliche Prüfung von Verträgen, eingegangen wurde. Diese drei Bücher des Betriebsberaters (Fiegler, Buchwald-Tiefenbacher und Schneider-Martin) ergänzen einander und bilden zusammen eine sehr empfehlenswerte Grundlage für jeden, der einen Gesellschaftsvertrag zu entwerfen hat. Wegen seiner allgemeinen Einleitung, wegen der ausführlichen Fußnoten und wegen der Fülle der Hinweise stellt sich insbesondere dieser Band darüber hinaus als zuverlässiges Referenzbuch des Gesellschaftsrechts für Anwalt und Richter dar.

Das Buch von Schneider-Martin hat sich bereits in zwei Auflagen bewährt. Die neue Auflage berücksichtigt vor allem die Neuregelung der güterrechtlichen Verhältnisse. Dabei sind erfreulicherweise auch die intertemporalen Probleme nicht vergessen (S. 329). Ausführlich abgehandelt sind z. B. auch Fragen der Umwandlung und der Ausschließung sowie der Versorgung des Unternehmers, seiner Angehörigen und von Teilhabern. Dabei ist auch das Versicherungsrecht berücksichtigt. Typisch für Methode und Fragestellung ist z. B. die Kapitelüberschrift (§ 7 II): „Die Verhinderung des Eindringens Dritter in eine Familien-Kapital-Gesellschaft“. Die Verfasser gehen auch auf solche Einzelheiten ein wie z. B. die, welche Bedenken gegen die Beteiligung des Schwiegersohnes bestehen (S. 64 f.). Die Schwiegertochter behandeln die Verfasser anschließend zwar kürzer, aber inhaltsgleich (S. 66).

Auch dieses Buch des Betriebsberaters bietet der gesellschaftsrechtlichen Praxis eine umfassende Grundlage für die Gestaltung der Familiengesellschaften, insbesondere durch Testament des Unternehmers.

¹⁾ Besprochen im St.Anz. 1960, S. 457

²⁾ Gesellschaftsvertrag und Erbrecht bei der OHG, 3. Aufl. (Juristische Studiengesellschaft Karlsruhe, Heft 13a), 1958; Zur Gestaltung der Testamentsvollstreckung bei der Vererbung der Stellung eines persönlich haftenden Gesellschafters in Hueck — Festschrift (Beiträge zum Arbeits-, Handels- und Wirtschaftsrecht) 1959, S. 321 ff.

³⁾ Dietrichs, St.Anz. 1958, S. 1160

Regierungsrat Dr. Reuss

Lehrbuch des deutschen Zivilprozessrechts von Dr. Leo Rosenberg, o. Professor an der Universität München. 8., neubearbeitete Auflage 1960. XIX, 1164 S., Lexikonformat, in Leinen DM 48,—. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Rosenbergs Lehrbuch des deutschen Zivilprozessrechts ist ein klassisches Werk. Es hat sich bereit in sieben Auflagen glänzend bewährt. Wegen seiner klaren Systematik und sauberen Dogmatik überzeugt es selbst da, wo die Praxis andere Wege geht, wie z. B. bei der Frage, ob die gewillkürte Parteiländerung eine Klagänderung ist oder nicht

(S. 174 f., 485). Dieser Vorzug des Werkes macht es zu dem großartigen und hervorragenden Lehrbuch, als das es allgemein anerkannt ist. Die Fülle der Nachweise von Rechtsprechung und Schrifttum, mit denen sich der Verfasser auch jeweils auseinandersetzt, macht das Werk zugleich zu einem umfassenden Nachschlagebuch, das zuverlässig Antwort auf alle Fragen des Zivilprozessrechts gibt. Mit bewundernswürdiger Zuverlässigkeit und Sorgfalt hat der Verfasser das Material bis in die jüngste Zeit nachgetragen und vervollständigt. Wie exakt er dabei vorgegangen ist, ergibt sich z. B. daraus, daß ich nur einen Widerspruch entdecken konnte (auf S. 37). Rosenberg meint, wie in der russischen Zone¹⁾, so gehörten auch in Hessen die Ansprüche der Beamten „nach dem hessischen Beamtengesetz in der Fassung vom 11. 11. 1954 (GVBl. S. 239) vor das Arbeitsgericht“. § 138 I HBG jener Fassung bestimmte jedoch, daß für alle Klagen der Beamten der Verwaltungsrechtsweg gegeben sei. Für nicht vermögensrechtliche Streitigkeiten galt das schon nach § 29 IV HBG i. d. F. v. 12. 11. 1946 (GVBl. S. 205 = GVBl. 1948 S. 101). Im übrigen war die Frage vor dem 1. 4. 1954 umstritten²⁾. Nach § 126 BRRG sind die Verwaltungsgerichte seit 1. 9. 1957 bundeseinheitlich zuständig. Obwohl Rosenberg diese Bestimmung erwähnt, hat er den Hessen betreffenden Satz stehen lassen.

In einem wesentlichen Punkt allerdings wird man einen Vorbehalt machen müssen. Er betrifft die Darstellung des Begriffes der Gerichtsbarkeit (§ 10) und des Verhältnisses der Gerichtsbarkeiten zu einander (§ 11). Die sehr förderliche Diskussion um die Rechtsstellung des Deutschen Patentamtes³⁾, aus der sich wesentliche — zum Teil neue — Gesichtspunkte für die Abgrenzung von Gericht und Verwaltung ergeben, hat der Verfasser nicht mehr berücksichtigt können. Vor allem hat er weder das Sozialgerichtsgesetz, das schon seit 1953 gilt, noch die Grundgedanken der Verwaltungsgerichtsverordnung von 21. 1. 1950 (BGBl. I S. 17), die ebenfalls schon längere Zeit festlegen, berücksichtigt. Daher ergeben sich manche Aussagen, die dem gegenwärtigen Stand der Rechtslage nicht ganz entsprechen (S. 35 f., 37, 45, 154 ff.), obwohl er im übrigen die Bedeutung des Grundgesetzes für das Verhältnis von Zivil- zur Verwaltungsgerichtsbarkeit treffend schildert (S. 33, 35). Hinzuweisen ist insbesondere auf die Regelung des Vorverfahrens durch §§ 68, 77 VWGO; 78 ff. SGG und auf die Auswirkungen der Änderung des § 17 VVG durch § 178 VWGO, der nunmehr den §§ 52 SGG, 41 VWGO angepaßt ist. Danach kann jetzt von Rechtsweg zu Rechtsweg verwiesen werden⁴⁾. Man sollte daher auch nicht mehr von ordentlicher Gerichtsbarkeit sprechen, wenn man die Zivilgerichtsbarkeit im Gegensatz zu den anderen Fachgerichtsbarkeiten meint. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang auch die Vorschriften der §§ 40, 179 VWGO über die Abgrenzung der Zuständigkeitsbereiche. — Über die Friedensgerichte (S. 64) liegt jetzt eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vor⁵⁾.

Rosenbergs Lehrbuch ist das große grundlegende Werk über den deutschen Zivilprozeß.

¹⁾ Amtlicher Sprachgebrauch: SBZ oder Sowjetzone

²⁾ Rechtsgrundlagen: Art. 29 I Hess. Verf.; §§ 9 Satz 2, 29 IV HBG a.F.; § 5 Hess. ArbGG vom 30. 3. 1948 (GVBl. S. 57).

Rechtsprechung: OLG Ffm. (DVBl. 50, 339) und OLG Kassel (DOV 51, 361) für Arbeitsgerichte; OLG Ffm. (DOV 50, 86) und BSH (DVBl. 53, 606) für Zivilgerichte; Hess. VGH (NJW 49, 234 = AöR 74, 351; vgl. VG Kassel, DVBl. 49, 50) für Zivil- und Verwaltungsgerichte (vgl. auch NJW — Fundhefte, Öffentliches Recht 1950 Nr. 889, 891, 893 — 895, 899, 904, 906 — 909)

³⁾ BVerwG NJW 59, 1507; Bernhard, NJW 59, 2043; Bettermann, DOV 59, 761; Völp, NJW 60, 81; Menger, VArch 50, 80 ff.; 193 ff.; 51, 64 ff. Verf. Beschwerde ist erhoben: BB 60, 420 Nr. 725

⁴⁾ Hinweis in BB 60, 187 Nr. 349. Naumann, Die Verwaltungsgerichtsordnung, DOV 60, 201 f.; 204 unter 5.; Sieveking, Die neue Verwaltungsgerichtsordnung, MDR 60, 177, 178 f.; Schäfer, Endlich eine bundeseinheitliche Verwaltungsgerichtsordnung! JZ 60, 73, 76 f. Die Einleitung zur 9. Auflage des Soergel-Siebert berücksichtigt die Bedeutung dieser Änderungen bereits (vgl. St.Anz. 1960 S. 212). Tietgen, Besprechung von Kern, VVG, 3. Aufl. in DVBl. 60, 257

⁵⁾ BVerfGE 10, 200; Kern, Das Ende der Friedensgerichte, JZ 60, 244. Neuregelt durch Gesetz über die Gemeinderichterbarkeit vom 7. 3. 1960 (SAbI. S. 454)

Regierungsrat Dr. Reuss

Öffentlicher Anzeiger ZUM „STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN“

1960

Samstag, den 21. Mai 1960

Nr. 21

1411

Veröffentlichungen

XI. Nachtragsverordnung zur Sicherung von Naturdenkmälern im Oberlahnkreis

Auf Grund der §§ 3, 12 Abs. 1, 13 Abs. 1, 15 und 16 Abs. 1 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 (RGBl. I S. 821) sowie des § 7 Abs. 1 bis 4 u. des § 9 der Durchführungsverordnung vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275) wird mit Zustimmung der Oberen Naturschutzbehörde die Verordnung des Landrats in Weilburg vom 1. 4. 1938 (A. Bl. d. Regierung in Wiesbaden vom 18. 6. 1938, Stück 24, S. 85/86) für den Bereich des Oberlahnkreises auf das in nachfolgender Liste unter Nr. 63 aufgeführte Naturdenkmal mit dem Tage der Bekanntgabe dieser Nachtragsverordnung ausgedehnt. Das Naturdenkmal erhält damit den Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes.

Liste der Naturdenkmale

| Lfd. Nr. im Nat.-denkmalbuch | Bezeichnung, Anzahl, Art, Name der Naturdenkmale | Angaben über die Lage der Naturdenkmale | | | Bezeichnung der mitgeschützten Umgebung, zugelassene Nutzung u. a. |
|------------------------------|---|---|---|--|--|
| | | Gemeinde | Meßtischblatt 1 : 25 000; Jagen-Nr.: Flur-, Parzellen-Nr.; Eigentümer | Lagebezeichnung nach festen Geländepunkten (Himmelsrichtung, Entfernung u. dgl.) | |
| 63 | 1 etwa 100jährige Eiche mit der Bezeichnung „Friedenseiche“ | Seelbach | 5515 Flur 21 Distrikt „Bückling“ Nr. 296 Gemeinde | Friedenseiche etwa 300 m nördlich der Ortschaft Seelbach, am Sportplatz | 10 Rotbuchen links und 10 Pyramidenpappeln rechts |

Weilburg, 10. 5. 1960

Der Kreisausschuß des Oberlahnkreises als Untere Naturschutzbehörde

1412

Baulandumlegung in Kelkheim-Hornau

Der Kreistag hat das Baulandumlegungsverfahren nach dem Hessischen Aufbaugesetz für das Gebiet „Krumm-morgen“, und zwar für die Grundstücke Flur 8, Flurstücke 96/1 bis 215, 382/2 bis 384/9, 526 bis 579, 606 bis 614 und Flur 10, Flurstücke 33/2 bis 89 in Kelkheim-Hornau beschlossen. Das Gebiet ist im Umlegungsplan durch einen grünen Farbstreifen gekennzeichnet.

Der Umlegungsplan liegt bei dem mit der technischen Durchführung beauftragten Katasteramt für den Landkreis Main-Taunus in Frankfurt/Main-Höchst, Zuckerswerdtstraße 58, vom 23. Mai 2 Wochen lang, also bis zum 4. Juni 1960, während der Dienststunden für die Beteiligten zur Einsicht offen. Die gemäß § 28 des Aufbaugesetzes am Verfahren Beteiligten (Eigentümer, Pächter, Gläubiger usw.) werden gebeten, ihre Wünsche innerhalb einer Ausschlussfrist von 14 Tagen nach Beendigung der Offenlegungsfrist beim Katasteramt vorzubringen.

Über den Verteilungsplan wird am Dienstag, dem 14. Juni 1960, von 16 bis 18 Uhr in der Gastwirtschaft Kuhn, Langstraße, in Kelkheim-Hornau verhandelt, wozu hiermit die Beteiligten öffentlich geladen werden. Vorher findet am Mittwoch, dem 1. 6. 1960, gem. § 33 (1) des Hess. Aufbaugesetzes ein Planwunschtermin von 16 bis 18 Uhr, auch in der Gastwirtschaft Kuhn, statt.

Die Beteiligten werden darauf hingewiesen, daß gemäß § 31 des Hess. Aufbaugesetzes Änderungen in der Nutzungsart der Grundstücke sowie in der Bebauung

von der Umlegungsbehörde, dem Kreisausschuß des Landkreises Main-Taunus, genehmigt werden müssen und daß über den Verteilungsplan auch bei ihrem Ausbleiben ohne ihre Teilnahme verhandelt und beschlossen werden kann.

Frankfurt (Main)-Höchst, 13. 5. 1960

Der Kreisausschuß des Main-Taunus-Kreises als Umlegungsbehörde

1413

Baulandumlegung Lieblos

Nachdem der Umlegungsplan für das Umlegungsgebiet „Auf der Bäune“ in der Zeit vom 22. 2. bis 7. 3. 1960 den Beteiligten zur Einsichtnahme offengelegen hat, findet gemäß § 33, Ziff. 3, des Hessischen Aufbaugesetzes vom 25. 10. 1948 der Verhandlungstermin über den Verteilungsplan am Montag, dem 30. Mai 1960 um 8.30 Uhr, vormittags im Bürgermeisteramt Lieblos statt, wozu die am Umlegungsverfahren Beteiligten geladen werden.

Es wird darauf hingewiesen, daß bei deren Ausbleiben ohne ihre Teilnahme über den Verteilungsplan verhandelt und beschlossen wird.

Gelnhausen, 6. 5. 1960

Der Kreisausschuß des Landkreises Gelnhausen als Umlegungsbehörde

1414

Einziehung eines Feldweges in der Gemarkung Hermannstein

Die Gemeinde Hermannstein, Kr. Wetzlar, beabsichtigt den Feldweg in den Fluren 19 und 20 Parzelle 100 in Flur 19

und Parzelle 115 in Flur 20 in einer Teilstrecke, und zwar von der Wegeparzelle Nr. 113 in Flur 20 bis zur Wegeparzelle 99 in Flur 19 einzuziehen.

Dieses Vorhaben wird gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 8. 1883 (GS S. 237) mit der Aufforderung bekanntgegeben, Ansprüche binnen 4 Wochen vom Tage der Veröffentlichung zur Vermeidung des Ausschlusses beim unterzeichneten Bürgermeister als Wegepolizeibehörde geltend zu machen.

Die Planunterlagen hierüber können bei der Wegepolizeibehörde eingesehen werden.

Hermannstein Kreis Wetzlar, 13. 5. 1960
Der Bürgermeister als Wegepolizeibehörde

1415

Bekanntmachung

Die Firma Spinnfaser-Aktiengesellschaft in Kassel-Bettenhausen, Wohnstraße 1, beabsichtigt, auf ihrem Fabrikgelände, Gemarkung Kassel-Stadt, Flur Q 2, Parzelle 20/5, einen Fabrikneubau mit Nebengebäuden zur Herstellung von vollsynthetischen Fasern — Diolen — zu errichten.

Etwaige Einwendungen gegen diese Anlage können innerhalb von 14 Tagen — vom Tage der Bekanntmachung — beim Ordnungsamt der Stadt Kassel, Polizeiverwaltungsgebäude, Am Altmarkt 1, Zimmer 304, schriftlich oder zu Protokoll erhoben werden.

Zeichnungen und Pläne liegen hier zur Einsichtnahme aus.

Kassel, 12. 5. 1960

Der Magistrat der Stadt Kassel — Ordnungsamt —

1416

Baulandumlegung in der Gemarkung Limburg/Lahn

Gemäß den §§ 26 und 27 des Hess. Aufbaugesetzes vom 25. 10. 1948 (GVBl. 1948 Nr. 25) und den dazu ergangenen Ergänzungen hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Limburg in ihrer Sitzung am 15. 12. 1958 die Baulandumlegung eines Teiles der Grundstücke in der Gemarkung Limburg, Flur 51, Distrikt: „An der Kreisberufsschule“ (Gebiet zwischen Wiesbadener- und verlängerter Moritz-Hilf-Straße und zwischen Goethestraße und Zeppelinstraße) beschlossen und eingeleitet.

Der Umlegungsplan liegt in der Zeit vom 16. 5. bis 30. 5. 1960 beim Katasteramt Limburg, das mit der Durchführung des Verfahrens beauftragt ist, offen.

Das Umlegungsgebiet ist auf dem Umlegungsplan durch Umrandung mit einem grünen Farbstreifen gekennzeichnet.

Der Termin zur Verhandlung mit den Beteiligten über den Verteilungsplan findet am Montag, dem 30. 5. und Dienstag, dem 31. 5. 1960 während der Dienststunden im Katasteramt Limburg statt.

Die Beteiligten (Eigentümer, Pächter, Inhaber dinglicher Rechte, Gläubiger usw.)

werden aufgefordert, innerhalb der Offenlegungsfrist ihre Wünsche beim Katasteramt Limburg bzw. spätestens im Verteilungstermin vorzutragen. Beim Ausbleiben der Beteiligten kann gemäß § 33 (3) des Hess. Aufbaugesetzes ohne ihre Teilnahme über den Verteilungsplan verhandelt werden.

Limburg/Lahn, 6. 5. 1960

Der Magistrat
der Stadt Limburg/Lahn
Umlegungsbehörde

1417

Einziehung öffentlicher Wege in Oberursel/Taunus

Durch den Ausbau der Berliner Straße hat der Verbindungsweg zwischen Beethovenstraße und Friedensstraße, Flur 84, Flurstück 6639/2 seine Zweckbestimmung verloren. Außerdem kann ein Teilstück des Weges, Flur 28, Flurstück 8204/3, für den öffentlichen Verkehr entwidmet werden.

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 28. 4. 1960 beschlossen, diese beiden Wege dem öffentlichen Verkehr zu entziehen. Nach § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 8. 1883 wird dieses Vorhaben hiermit veröffentlicht, und zwar gleichzeitig mit der Aufforderung etwaige Einsprüche bei Vermeidung des Ausschlusses innerhalb vier Wochen (vom 16. 5. bis 13. 6.) geltend zu machen.

Die Pläne, die die Einziehung der Wege vorsehen, liegen während der oben genannten Zeit beim Stadtbauamt, Rathaus, Zimmer 24, zu jedermanns Einsicht offen.

Oberursel/Taunus, 9. 5. 1960

Der Magistrat
Beil, erster Beigeordneter
und Stadtkämmerer

1418

Baulandumlegung für das Gebiet rechts der Babenhäuser Straße an der LIO Nr. 3116 der Gemarkung Dudenhofen.

Zur Erschließung von Baugelände hat der Kreistag des Landkreises Offenbach in der Sitzung vom 11. 5. 1960 gemäß § 25 ff. des Hess. Aufbaugesetzes vom 25. 10. 1948 die Baulandumlegung für das Gebiet rechts der Babenhäuser Straße an der LIO 3116 der Gemarkung Dudenhofen beschlossen und eingeleitet.

Offenbach (Main), 12. 5. 1960

Der Kreisausschuß
des Landkreises Offenbach
als Umlegungsbehörde

1419

Baulandumlegung für das Gebiet Grenz-, Ludwig- und Mühlheimer Straße der Gemarkung Obertshausen

Zur Erschließung von Baugelände hat der Kreistag des Landkreises Offenbach in der Sitzung vom 11. 5. 1960 gemäß § 25 ff. des Hess. Aufbaugesetzes vom 25. 10. 1948 die Baulandumlegung für das Gebiet Grenz-, Ludwig- und Mühlheimer Straße der Gemarkung Obertshausen beschlossen und eingeleitet.

Offenbach (Main), 12. 5. 1960

Der Kreisausschuß
des Landkreises Offenbach
als Umlegungsbehörde

1420

Baulandumlegung für das Gebiet an der Bahnhofstraße — Rohwiesen — in der Gemarkung Götzenhain

Nachdem der Umlegungsplan für das Umlegungsgebiet offengelegen hat, findet die Verhandlung über den Verteilungsplan mit den Beteiligten gemäß § 33 des Gesetzes über den Aufbau der Städte und Dörfer des Landes Hessen vom 25. 10. 1948 — GVBl. S. Nr. 139 — am Mittwoch, den 1. Juni 1960, vormittags 9 Uhr, im Gasthaus zur Krone in Götzenhain, Wallstraße Nr. 2, statt.

Es wird darauf hingewiesen, daß beim Ausbleiben der Beteiligten ohne ihre Teilnahme über den Verteilungsplan verhandelt und beschlossen werden kann.

Offenbach (Main), 10. 5. 1960

Der Kreisausschuß
des Landkreises Offenbach
als Umlegungsbehörde

Gerichtsangelegenheiten

1421

Aufgebote

5 F 1/60 — **Aufgebot:** Die Herren Dr. Karl Rumpf und Dr. Erwin Rumpf, beide in Butzbach, haben das Aufgebot zur Ausschließung des Gläubigers Rudolf Gutbrod, Frankfurt/Main, der im Grundbuch von Butzbach, Band 1, Blatt 39, Abt. III, Nr. 20 eingetragenen Hypothek von RM 500,— beantragt.

Der Gläubiger der Hypothek wird aufgefordert, spätestens in dem auf Montag, den 15. August 1960 um 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 1, anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden, widrigenfalls die Ausschließung mit seinen Rechten erfolgen wird.

Butzbach, 10. 5. 1960 Amtsgericht

1422

F 1/60 — **Aufgebot:** Der Reitlehrer Herbert Hammann in Duisburg-Hamborn hat das Aufgebot des verlorengegangenen Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Fritzlar, Band 46, Blatt 2148 für die Kreissparkasse Fritzlar-Homberg in Fritzlar in Abt. III Nr. 3 eingetragene Aufwertungshypothek von GM 3399,97 beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 7. September 1960 um 12.30 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 15, anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen; andernfalls wird die Kraftloserklärung erfolgen.

Fritzlar, 11. 5. 1960 Amtsgericht

1423

3 F 12/59: Durch **Ausschlußurteil** vom 11. Mai 1960 sind die eingetragenen Eigentümer des im Grundbuch von Thalheim 1. Band 1, Blatt 20, eingetragenen Grundstücks, lfd. Nr. 38, Flur 47, Flurstück 77, Grünland bei der Sauerwies, 13,98 Ar; 2. Band 1, Blatt 19, eingetragenen Grundstücks lfd. Nr. 22, Flur 37, Flurstück 50, Ackerland Palzenacker, 15,38 Ar, mit ihren Rechten ausgeschlossen worden.

Hadamar, 11. 5. 1960 Amtsgericht

1424

3 F 7/60 — **Aufgebot:** Die Eheleute Rentner Karl Engel und Maria geb. Weber, wohnhaft in Ahlbach, Kreis Limburg, Bergstraße 5, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Hellmuth von Dobschütz in Limburg/Lahn, haben das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung der Grundstückseigentümer der im Grundbuch von Ahlbach, Band 3, Blatt 91, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Flur 19, Flurstück 1255, Unland am Käfernberg, 18,52 Ar;

lfd. Nr. 2, Flur 19, Flurstück 1253, Unland am Käfernberg, 8,46 Ar, auf den Namen des Heinrich Fels von Ahlbach jetzt unbekannt wo abwesend $\frac{1}{6}$, $\frac{1}{6}$ Barbier Peter Heck von Ahlbach, z. Z. in London zuletzt in Niederweyer wohnhaft, beantragt.

Die als Grundstückseigentümer Eingetragenen bzw. deren Rechtsnachfolger werden hiermit aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, dem 17. August 1960 um 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 16, anberaumten Termin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

Hadamar, 29. 4. 1960 Amtsgericht

1425

3 F 6/60 — **Aufgebot:** Der Obersteuereinschreiber a. D. Wilhelm Helling, Limburg/Lahn, Austraße 2a, vertreten durch Rechtsanwältin Winter und Dr. Heitmeyer in Hadamar, hat das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung der Eigentümer des im Grundbuch von Ahlbach Band 1, Blatt 26, eingetragenen Grundstücks, lfd. Nr. 1, Flur 18, Flurstück 1177, Ackerland schwarze Erde, 2. Gew., 12,54 Ar, auf den Namen der Eigentümerserin des verstorbenen Johann Burggraf zu Ahlbach nach nassauischem Leibzuchtsrecht, beantragt.

Die als Grundstückseigentümer Eingetragenen bzw. deren Rechtsnachfolger werden hiermit aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, den 7. September 1960, um 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 16, anberaumten Termin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

Hadamar, 11. 5. 1960 Amtsgericht

1426

3 F 11/59: Durch **Ausschlußurteil** vom 11. Mai 1960 sind die im Grundbuch von Oberweyer, Band 9, Blatt 333, eingetragenen Eigentümer des Grundstücks, lfd. Nr. 1, Flur 38, Flurstück 2349, Ackerland Betten, 6. Gewinn, 13,50 Ar, mit ihren Rechten ausgeschlossen worden.

Hadamar, 11. 5. 1960 Amtsgericht

1427

Ausschlußurteil

54 F 12/59: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch von Kirchditmold, Band Nr. 63, Blatt 1979 in Abt. III eingetragene Grundschuld, lfd. Nr. 1, von DM 2000,— für die Landeskreditkasse Kassel, Niederlassung der Hessen Landeszentralbank Frankfurt/Main, wird für kraftlos erklärt.

Kassel, 10. 5. 1960 Amtsgericht — Abt. 54

1438

56 F 3/60 — **Aufgebot:** Frau Sabine Körte, Kassel-Wolfsanger, Fuldastraße 24, hat das Aufgebot zur Kraftloserklärung des Sparbuches Nr. 2219910 der Stadtsparkasse Kassel in Kassel beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 7. September 1960 um 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da sonst die Urkunde für kraftlos erklärt wird.

Kassel, 4. 5. 1960

Amtsgericht, Abt. 56

1439

56 F 4/60 — **Aufgebot:** Der Landwirt Otto Klapp in Kassel-Ha., Obervellmarschstraße 16, vertreten durch Rechtsanwalt Wilhelm Raabe in Kassel, hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des Briefes der im Grundbuch von Harleshausen, Band 45, Blatt 1272, in Abteilung III unter Nr. 1, eingetragene Hypothek von GM 1625,— beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 7. 9. 1960 um 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da sonst die Urkunde für kraftlos erklärt wird.

Kassel, 4. 5. 1960

Amtsgericht — Abt. 56

1430**Ausschlußurteil**

53 F 20/59 — Im Namen des Volkes! In der Aufgebotsache des Herrn Rudolf Bender, wohnhaft in Köln-Troisdorf, Lohmarerstr. 39, hat das Amtsgericht, Abt. 53, in Kassel durch Amtsgerichtsrat Dr. Laube für Recht erkannt:

Das auf den Namen Rudolf Bender, wohnhaft in Köln-Troisdorf, Lohmarerstraße 39, lautende in Verlust geratene Sparkassenbuch Nr. 2 124 364 der Stadtsparkasse in Kassel mit einem Guthaben von DM 8539,01 wird für kraftlos erklärt.

Kassel, 7. 5. 1960

Amtsgericht Kassel

1431

F 14/60 — **Aufgebot:** Die Witwe Anna Katharina Vöckel geb. Heinz, Lisperhausen, Bahnhofstraße 333, vertreten durch Rechtsanwältin Both in Rotenburg a. d. Fulda, hat das Aufgebot zur Ausschließung der Eigentümerin des im Grundbuch von Lisperhausen Band 22, Blatt 721, eingetragenen Grundstücks

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lisperhausen, Flur 5, Flurstück 70, Ackerland über der Linde 6,88 Ar, beantragt.

Die im Grundbuch eingetragene Eigentümerin, nämlich die Witwe Gertrude Krapf geb. Klingelhöfer in Lisperhausen oder deren Rechtsnachfolger werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 16. September 1960 um 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls die Ausschließung erfolgen wird.

Rotenburg (Fulda), 11. 5. 1960

Amtsgericht

1432

F 4/60 — **Aufgebot:** Der Steueroberinspektor August Heinrich Mäntzer, Frankfurt/Main und die Ehefrau Dorothea Magdalene Graf geb. Mäntzer, Kassel, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Hickmann, Spangenberg, haben das Aufgebot des Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Melsungen, Band 52, Blatt 1829, in Abteilung III Nr. 3, für die Stadt Melsungen (städtische Sparkasse) eingetragene, mit 9 $\frac{1}{2}$ % verzinliche Darlehenshypothek von GM 4000,— beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 9. 9. 1960 um 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 6, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Melsungen, 4. 4. 1960

Amtsgericht

1433

6 F 3/59: Durch **Ausschlußurteil** vom 12. Mai 1960 wurde der Hypothekenbrief über die im Grundbuch von Offenbach am Main, Band 167, Blatt 4810, in Abt. III, Nr. 1 für Hermann Usinger, Max Schramm und Karl Schramm eingetragene Darlehenshypothek von RM 12 000,— (i. B.: Zwölftausend Reichsmark) nebst 5% Zinsen jährlich, für kraftlos erklärt.

Offenbach (Main), 12. 5. 1960

Amtsgericht Abt. 6

1434

92 F 7/59: Durch **Urteil** des Amtsgerichts Wiesbaden vom 3. 5. 1960 sind die Hypothekenbriefe über die im Grundbuch von Wiesbaden-Innen, Band 339, Blatt Nr. 5050, in Abteilung III unter den lfd. Nummern 10 und 12 zugunsten der Frau Luise Kurz in Clarens-Montreux (Schweiz) eingetragenen Hypotheken über Goldmark 1447,50 und Goldmark 7552,50 für kraftlos erklärt worden.

Wiesbaden, 9. 5. 1960

Amtsgericht

1435**Güterrechtsregister****Neueintragung**

GR 151 — 12. Mai 1960: Die Eheleute Architekt Günter Fritz Klein und Christine Antonie Elisabeth Klein, geb. Ehrlich, beide in Ober-Roden, Ortsteil Messenhausen, haben durch Vertrag vom 18. 2. 1960 Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Dieburg

1436

6 GR 447 — 10. 5. 1960: Chemiewerker Friedrich Kempky und Ehefrau Ernestine geb. Junghans, Oberhone, Goetheweg 6.

Durch notariellen Ehevertrag vom 5. April 1960 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Eschwege

1437

GR 1043 — 10. 5. 1960: Carl Uhlig, Kaufmann in Fulda und Getrude, geb. Kesselring.

Durch notariellen Vertrag vom 4. April 1960 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Fulda, Abt. 5

1438

GR 1044 — 10. 5. 1960: Ernst-Heinrich Uhlig, Kaufmann in Fulda und Hannelore geb. Kraemer.

Durch notariellen Vertrag vom 4. April 1960 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Fulda, Abt. 5

1439

GR II 303: Der Holzkaufmann Lothar Eberhard Ramge und dessen Ehefrau Christa Elisabeth Ramge, geborene Koch, wohnhaft in Homberg, Kreis Alsfeld, haben durch notariellen Vertrag vom 31. März 1960 als eheliches Güterrecht Gütertrennung vereinbart.

Homberg (Kreis Alsfeld), 11. 5. 1960

Amtsgericht

1440

6 GR 659 — 5. Mai 1960 — Bezeichnung der Ehegatten: Eheleute Makler Rudolf Reif und Maria Reif geb. Kreuziger, Marburg/Lahn, Freiherr-vom-Stein-Straße 1.

Durch Vertrag vom 4. April 1960 — Urkundenrolle Nr. 157 für 1960 des Notars Brinkmann, Marburg — haben die Eheleute vereinbart, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

Amtsgericht Marburg/Lahn

1441

GR 361 — 28. 4. 1960: Maurerhilfsspolier Paul Bernhard Alfred Hoffmann und Ehefrau Margarete geb. Mahr in Dudenhofen, Gartenstraße 8.

Durch Ehevertrag vom 31. März 1960 wurde Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Seligenstadt

1442

4 GR 119 — Eingetragen am 2. Mai 1960: Bundesbahnsekretär Heinz Erich Faulstich und Mina Hermine Wilhelmine geb. Kimm in Wettesingen.

Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

Amtsgericht Wolfhagen

1443

3 GR 277 — 2. 5. 1960: In das Güterrechtsregister wurde heute folgendes eingetragen: Eheleute Kaufmann Manfred Köhler und Hildegard geb. Gundlach, beide aus Oberrieden, Kreis Witzenhausen.

Durch notariellen Vertrag vom 29. 3. 60 haben die Eheleute den Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart.

Witzenhausen, 2. 5. 1960

Amtsgericht

1444

GR 2259 A — 6. 4. 1960: Eheleute Teske, Klaus, Ingenieur, und Henriette Teske-Schouler, geb. Schouler, Wiesbaden (Aarstraße 64).

Durch Ehevertrag vom 1. Februar 1960 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2260 A — 13. 4. 1960: Eheleute Böhm, Erich, Kaufmann, und Christa geb. Friedrich, Wiesbaden-Sonnenberg (Höhenstr. Nr. 2).

Durch Ehevertrag vom 18. Januar 1960 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2261 A — 13. 4. 1960: Eheleute Standop, Hans, Kaufmann, und Renate geb. Korn, Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 21. Dezember 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2262 A — 22. 4. 1960: Eheleute Müller, Nikolai, Schreinermeister, und Hannelore geb. Philipp, Wiesbaden (Rauenthaler Straße 15).

Durch Ehevertrag vom 19. April 1960 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2263 A — 25. 4. 1960: Eheleute Dominick, Heinz, kaufmännischer Angestellter, und Ursula geb. Strauss, Wiesbaden (Schwalbacher Straße 5).

Durch Ehevertrag vom 8. März 1960 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2264 A — 2. 5. 1960: Eheleute Kast, Karl, Geschäftsführer, Wiesbaden-Erbenheim, und Maria Anna geb. Lütz, Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 30. Dezember 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2265 A — 3. 5. 1960: Eheleute Eiring, Harry, Kaufmann, und Helga geb. Schönrock, Wiesbaden (Nerot 9).

Durch Ehevertrag vom 23. Februar 1960 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2266 A — 3. 5. 1960: Eheleute Benedik, Klaus, und Paula geb. Kollmannsperger, Wiesbaden (Bleichstraße 45—47).

Durch Ehevertrag vom 15. Februar 1960 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2267 A — 6. 5. 1960: Eheleute Koepke, Ulrich, Dipl.-Volkswirt, und Maria Manja geb. Kirchner, Wiesbaden-Bahnholz (Haus Echotal).

Durch Ehevertrag vom 11. April 1960 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2268 A — 10. 5. 1960: Eheleute Jahn, Paul, Kaufmann, und Marianne geb. Hohmann, Wiesbaden (Luisenstr. 25).

Durch Ehevertrag vom 28. März 1960 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2269 A — 10. 5. 1960: Eheleute Nicolai, Louis, Arbeiter, und Elisabeth geb. Kehr, Wiesbaden (Schachtstr. 19).

Durch Ehevertrag vom 25. März 1960 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2270 A — 10. 5. 1960: Eheleute Apfelstaedt, Wilhelm, Kaufmann, und Hildegard geb. Gründer, Wiesbaden-Biebrich (Rittershausstraße 8).

Durch Ehevertrag vom 29. April 1960 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Wiesbaden

1445 Handelregister

Neueintragung

HRA 77 — 12. 4. 1960: Firma Margarethe Rumpf, Textilhaus, Volkmarsen, Steinweg 27. Inhaber: Witwe Margarethe Rumpf geb. Decker in Volkmarsen, Steinweg 27. Kaufmann Bernhard Rumpf in Volkmarsen ist Prokura erteilt.

Amtsgericht Wolfhagen

1446 Vereinsregister

Neueintragung

VR 84: Forstbetriebsvereinigung Momart e. V., in Momart. Die Satzung ist am 31. Januar 1959 errichtet.

Michelstadt, 26. 1. 1960 Amtsgericht

1447

3 VR 100 — 5. 5. 1960 — In das Vereinsregister wurde eingetragen: Heimat- und Verkehrsverein Harmuthsachsen am „Hohen Meißner“ in Harmuthsachsen.

Amtsgericht Witzenhausen

1448

VR 72: „Turn- und Sportverein „Gut Heil“ 1884 Süß e. V.“

Der Name des Vereins ist geändert in „Turn- und Sportverein 1884 Süß e. V.“

Rotenburg/Fulda, 10. 5. 1960 Amtsgericht

1449 Vergleiche — Konkurse

N 1/56: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Fritz Mörschel & Söhne OHG, Büdingen (Büdingen Bau-Industrie) sowie über das Privatvermögen des Gesellschafters Fritz Mörschel in Büdingen wird aufgehoben, nachdem der im Termin vom 22. Oktober 1959 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom gleichen Tage bestätigt worden ist.

Büdingen, 10. 5. 1960 Amtsgericht

1450

81 VN 9/60 — Vergleichsverfahren: Die Gebrüder Heine GmbH KG, Tuchgroßversand, Frankfurt/Main, Kaiserstraße 16, mit Zweigniederlassungen in Köln, Gereonstraße 18—32, Ludwigshafen, Ludwigstraße 67—69, und Stuttgart, Königstraße 84, hat durch einen am 10. Mai 1960 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen beantragt.

Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt Herbert W. Naumann, Frankfurt (Main), Schäfergasse 18, Tel. 25776 zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Frankfurt (Main), 11. 5. 1960

Amtsgericht, Abt. 81

1451

81 VN 4/60 — Vergleichsverfahren: Über das Vermögen des Kaufmanns Josef Welte, Frankfurt/Main-Höchst, Mainberg Nr. 1, Inhabers der Firma Josef Welte, Haus der Kleidung, Frankfurt/Main-Höchst, Mainberg 1, mit Filialbetrieb in Mainz, Große Bleiche 1, wird heute, am 10. Mai 1960 um 16 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Der Rechtsanwalt Dr. Walter Weyl, Frankfurt/M.-Unterliederbach, Königsteiner Straße 139, Tel. 31 21 14 wird zum Vergleichsverwalter ernannt.

Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird auf Freitag, den 24. Juni 1960 um 10.15 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt/Main, Gerichtsstraße

Nr. 2, 3. Stockwerk, Zimmer 373, anberaumt. Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen alsbald in doppelter Ausfertigung anzumelden. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens mit seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Frankfurt (Main), 10. 5. 1960

Amtsgericht, Abt. 81

1452

Beschluß

81 VN 17/59: Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Witwe Helene Leibold geb. Dersch, Frankfurt (Main), Stockheimer Straße 36, Inhaberin der Firma Sporthaus Wilhelm Leibold, Frankfurt (Main), Völbeler Straße/Ecke Alte Gasse, früher Liebfrauenstraße 5, wird aufgehoben, nachdem der Vergleichsverwalter angezeigt hat, daß die Schuldnerin den im Termin vom 9. 10. 1959 angenommenen und bestätigten Vergleich erfüllt hat.

Frankfurt (Main), 10. 5. 1960

Amtsgericht, Abt. 81

1453

Beschluß

7 N 25/57: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Karl Goss in Gießen, Schottstraße 47, ist gem. § 204 KO eingestellt. Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf DM 150,— festgesetzt.

Gießen, 21. 4. 1960

Amtsgericht

1454

7 N 31/54: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Radio-Kögel, Inh.: Liesel Kögel in Gießen, zu 7 N 31/54 soll die Schlußverteilung vorgenommen werden. Auf die Konkursforderungen nach § 61 KO Ziff. 1: mit DM 2648,30 sind bereits DM 1854,17 ausgezahlt, der Rest soll aus dem verfügbaren Massebestand in vollem Umfange ausgezahlt werden. Auf die weiteren bevorrechtigten Forderungen nach § 61 Ziff. 2 mit DM 2840,35 werden 6% ausgezahlt. — Dazu sind DM 350,— verfügbar.

Es werden alle angemeldeten bevorrechtigten Forderungen berücksichtigt; das Verzeichnis kann auf dem Amtsgericht Gießen eingesehen werden.

Gießen, 1. 5. 1960

Der Konkursverwalter
Zimmer

1455

Beschluß

VN 1/60 — Vergleichsverfahren: Der Viehhändler Heinrich Dietrich IV. in Freiensteinau, Krs. Lauterbach/H., Im Ahl Nr. 18, hat durch einen am 4. Mai 1960 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über sein Vermögen beantragt.

Gemäß § 11 VO ist bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Verfahrens die Helferin in Steuersachen, Frau Hildegard Göldner geb. Riedemann, in Lauterbach/H., Bahnhofstr. 27, zum vorläufigen Verwalter bestellt worden. Gegen den Schuldner ist ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen.

Lauterbach (Hessen), 13. 5. 1960

Amtsgericht

1456**Beschluß**

N 6/57: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen des Gastwirts und Bierverlegers Louis Bracht in Korbach (Waldeck), Lengfelder Straße 5, wird nach Abhaltung des Schlußtermins — und Verteilung der Masse — aufgehoben.

Korbach, 13. 5. 1960

Amtsgericht

1457**Beschluß**

5 N 20/57: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der Firma Dr. Ingeborg Stöhr OHG, Sprendlingen, wird Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf Montag, den 30. Mai 1960 um 14.30 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht in Langen, Darmstädter Straße 27, Sitzungssaal, bestimmt.

Langen, 10. 5. 1960

Amtsgericht

1458

N 5/58: **Konkursverfahren** über das Vermögen der Firma Textillfabrik GmbH, Michelstadt. „Die Vergütung des Konkursverwalters beträgt DM 1190,— einschließlich Auslagen.“

Michelstadt, 29. 4. 1960

Amtsgericht

1459

7 N 41/57: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des Kaufmanns Alfred Brennecke, Inhaber der Einzelfirma Hassia, Brillenfabrik in Neu-Isenburg, Offenbacher Straße 59, ist zur Vorbereitung des Schlußverzeichnisses Termin zur Prüfung der vorläufig bestrittenen sowie der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf Freitag, den 3. Juni 1960, um 11 Uhr, Zimmer 37, bei dem Amtsgericht, Kaiserstraße 16, I. Stock. Für den Konkursverwalter sind festgesetzt: Vergütung DM 1350,—, Auslagen: DM 50,—.

Offenbach (Main), 12. 5. 1960

Amtsgericht, Abt. 7

1460

7 N 45/51: In dem **Anschluß-Konkursverfahren** über das Vermögen des Sägewerksbesitzers Johann Carl Nohl, Steinheim/M., Ludwigstr. 74, als Komplementär der Fa. Joh. Carl Nohl KG in Steinheim, ist Schlußtermin gem. § 162 KO bestimmt auf Mittwoch, den 15. Juni 1960, um 11.30 Uhr, Zimmer 37, vor dem Amtsgericht in Offenbach (Main), Kaiserstr. 16, I. Stock.

Dieser Termin dient auch zur Anhörung der Gläubigerversammlung gem. § 91 KO. Schlußrechnung liegt bei dem Amtsgericht, Zimmer 33, offen.

Offenbach (Main), 10. 5. 1960

Amtsgericht, Abt. 7

1461

7 N 74/58: **Konkursverfahren** über das Vermögen der Frau Martha Jokuteit, Fuhrbetrieb in Offenbach (Main), Groß-Hasenbachstraße 34—36. Auf die Beschwerde der Gemeinschuldnerin ist der Konkurs-Eröffnungsbeschluß vom 12. November 1958 wieder aufgehoben worden.

Offenbach (Main), 6. 5. 1960

Amtsgericht, Abt. 7

1462

7 N 72/59: In dem **Konkursverfahren** über den Nachlaß des am 19. August 1959 verstorbenen Bäckermeisters Josef Theinert, zuletzt wohnhaft gewesen in Offenbach/M.-Bürgel von-Behring-Straße Nr. 114, ist Schlußtermin gem. § 162 KO bestimmt auf Mittwoch, den 15. Juni 1960 um 11.15 Uhr, Zimmer 34, vor dem Amtsgericht in Offenbach (Main), Kaiserstraße 16, I. Stock. Schlußrechnung und Schlußverzeichnis liegen bei dem Amtsgericht — Zimmer 33 — offen.

Der Massebestand beträgt DM 380,82. Hiervon werden die Vorrechtsforderungen des § 61 Ziff. 1 und 2 KO mit DM 179,68 voll befriedigt; nicht bevorrechtigte Gläubiger mit DM 10 057,89 erhalten eine Schlußquote von 2%. Die Vergütung des Konkursverwalters wurde auf DM 450,— festgesetzt.

Offenbach (Main), 13. 5. 1960

Amtsgericht, Abt. 7

1463

7 N 71/58: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des Kaufmanns Karl Lotz, Inhaber der Firma Karl Lotz, Lederwarenfabrik in Mühlheim (M), Bahnhofstraße 14, ist Schlußtermin gem. § 162 KO und Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf Mittwoch, den 15. Juni 1960, um 11 Uhr, Zimmer 37, vor dem Amtsgericht Offenbach (Main), Kaiserstraße 16, I. Stock.

Schlußrechnung und Schlußverzeichnis liegen auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts, Zimmer 33, offen. Für den Konkursverwalter wurden festgesetzt: Vergütung DM 3000,—, Auslagen DM 277,90. Der Massebestand beträgt DM 7420,64. Hiervon werden die Vorrechtsgläubiger des § 61, Ziff. 1 KO mit DM 4614,09 in voller Höhe befriedigt; für die Vorrechtsgläubiger des § 61, Ziff. 2 KO mit Forderungen von DM 8402,91 ergibt sich eine Schlußquote von 33,4%.

Offenbach (Main), 6. 5. 1960

Amtsgericht, Abt. 7

1464

N 1/1960 — **Konkurs**: Über den Nachlaß der am 8. Dezember 1959 in Schöningen Krs. Helmstedt verstorbenen, zuletzt in Reichelsheim/Odw. wohnhaft gewesenen Zahnärztin Dr. med. dent. Margarete Scharffe, wird heute Montag, den 9. Mai 1960 um 15 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsanwalt und Notar Helmut Lange in Reichelsheim/Odw.

Konkursforderungen sind bis zum 10. Juni 1960 beim Gericht in doppelter Ausfertigung anzumelden. Zinsen sind bis zur Eröffnung mit errechnetem Betrag anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 20. Juni 1960 um 10 Uhr vor dem Amtsgericht Reichelsheim/Odw., Zimmer 1.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Be-

sitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung erlangt, dem Verwalter bis zum 10. Juni 1960 anzeigen.

Reichelsheim (Odw.), 9. 5. 1960

Amtsgericht

1465

N 2/56: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des Kaufmanns Adolf Kirchner in Schotten, Bahnhofstraße 3 — N 2/56 des Amtsgerichts Schotten — findet am 22. 6. 1960 um 9 Uhr im Amtsgerichtsgebäude in Schotten die Schlußverteilung statt.

Verfügbar sind DM 56,43. Ein nach Begleichung der Veröffentlichungs- und restlichen Gerichtskosten noch verbleibender Betrag ist für die Befriedigung der bevorrechtigten Gläubiger mit einer Gesamtforderung von DM 107,25, deren Verzeichnis auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts niedergelegt ist, zu verwenden. Eine Auszahlung an die nichtbevorrechtigten Gläubiger findet nicht statt.

Schotten, 14. 5. 1960

Der Konkursverwalter
Buss, Rechtsanwalt**1466****Beschluß**

VN 1/60: In dem **Vergleichsverfahren** der Kauffrau Olga Ulrich, Sontra, Niederstadt 21, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Fritz Schröder, Sontra, wird die Bestellung des Rechtsanwalts Dr. Wehrenberg in Sontra als vorläufiger Vergleichsverwalter aufgehoben, da die Schuldnerin den Antrag auf Eröffnung des Verfahrens zurückgenommen hat.

Sontra, 27. 4. 1960

Amtsgericht

1467**Beschluß**

2 N 1/56: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des Kaufmanns Willy Geldmacher aus Wolfhagen, Triangelstr. Nr. 13, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und der Schlußtermin auf den 15. 6. 1960 um 8 Uhr, vor dem Amtsgericht in Wolfhagen anberaumt. Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf DM 450,— festgesetzt. Die Auslagen betragen DM 7,13.

Wolfhagen, 13. 5. 1960

Amtsgericht

1468

62 VN 1/60 — **Vergleichsverfahren**: Über das Vermögen der Strickwarenfabrik Becco, Fritz Becker OHG, Wiesbaden, Bleichstraße 18, wird heute, am 13. Mai 1960 um 10 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurs eröffnet.

Vergleichsverwalter: Dipl.-Volkswirt Dr. Fritze, Wiesbaden, Wilhelminenstr. 22. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag: 13. Juni 1960 um 10 Uhr, Zimmer 247.

Wiesbaden, 13. 5. 1960

Amtsgericht

1469

62 N 24/60 — **Konkursverfahren:** Über das Vermögen der Kunststoff-Verarbeitungs-GmbH, Wiesbaden, Rüdesheimer Str. Nr. 17, vertreten durch ihren Geschäftsführer, den Kaufmann Karl Rausch in Wiesbaden, Gerichtsstraße 9, wird heute, am 9. Mai 1960, 12.15 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Eberler, Wiesbaden, Viktoriastr. 13. Anmeldefrist (2 Stück) bis zum 3. Juni 1960.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 9. Juni 1960 um 10 Uhr, Zimmer 247. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 3. Juni 1960.

Wiesbaden, 9. 5. 1960 **Amtsgericht**

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

1470

2 K 1/60: Das im Grundbuch von Hesperinghausen, Band 10, Blatt 280, eingetragene Grundstück,

Nr. 3, Gemarkung Hesperinghausen, Flur I, Flurstück 70/1, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorfe, Haus Nr. 53a, 0,91 Ar, soll am 28. Juni 1960 um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Arolsen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 3. Februar 1960, Tag des Versteigerungsvermerks, Arbeiter Karl Stöcker in Hesperinghausen, Haus Nr. 53.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf DM 3200,—. Gegen diese Festsetzung können die am Verfahren Beteiligten binnen zwei Wochen nach Zustellung dieses Beschlusses die sofortige Beschwerde erheben.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Arolsen, 9. 5. 1960 **Amtsgericht**

1471

K 3/58: Die im Grundbuch von Alsfeld, Band XXVI, Blatt 1984, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Alsfeld, Flur I, Flurstück 1093/2, Hof- und Gebäudefläche, Hensfelder Straße 54 = 10,29 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Alsfeld, Flur I, Flurstück 1094/2, Gartenland, im Heeggraben = 3,27 Ar, sollen am Mittwoch, dem 13. Juli 1960, um 9 Uhr im Gerichtsgebäude durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. Mai 1958, Tag des Versteigerungsvermerks, Frieda Hilgert geb. Funke, Ehefrau in Alsfeld.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf DM 25 000,—.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Alsfeld, 12. 5. 1960 **Amtsgericht**

1472

Beschluß

4 K 7/59: Das im Grundbuch von Watzenborn-Steinberg, Band 30, Blatt 1314, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Watzenborn-Steinberg, Flur Nr. 2, Flurst. 97, Lieg.-B. 71, Geb.-B. Nr. 557, Hof- und Gebäudefläche, Gießener Str. 17 = 4,11 Ar, soll am 23. 8. 1960, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude in Gießen, Gutfleischstraße 1, Zimmer 101, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. Mai 1959 bzw. 16. März 1960, Tag des Versteigerungsvermerks, Wilhelm Höfer, Fabrikarbeiter, Watzenborn-Steinberg zu 1/2, dessen Ehefrau Hildegard geb. Schön, daselbst zu 1/2.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf DM 5000,— (i. W.: Fünftausend Deutsche Mark).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Gießen, 12. 4. 1960 **Amtsgericht**

1473

K 10/59 u. K 11/59: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von a) Dirlammen, Band 4, Blatt 165, b) von Hopfmansfeld, Band 58, Blatt 295 z. Z. der Eintragung des Versteigerungsvermerks (zu a) 3. 7. 1959, zu b) 15. 7. 1959) auf den Namen a) des Landwirts Reinhold Knobel, b) seiner Ehefrau Elisabeth Knobel geb. Hangen, früher in Dirlammen, Kreis Lauterbach, jetzt in Nenderoth (Dillkreis), Sauerbornsmühle wohnhaften je zur Hälfte eingetragenen Grundstücke durch das unterzeichnete Gericht, an Gerichtsstelle, 1. Stock, Zimmer 20 (Sitzungssaal) am Mittwoch, dem 27. Juli 1960, um 10 Uhr, versteigert werden. Zur Abgabe von Geboten ist die Vorlage der Bietgenehmigung des Landwirtschaftsamtes Lauterbach erforderlich. Der Verkehrswert der Grundstücke ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf insgesamt DM 57 860,— festgesetzt.

a) Dirlammen, Band 4, Blatt 165

lfd. Nr. 1, Flur I, Nr. 4, Grabgarten im Dorf = 1,19 Ar; lfd. Nr. 2, Flur I, Nr. 5,

Hofreite im Dorf = 6,56 Ar; lfd. Nr. 3, Flur I, Nr. 6^{3/10}, Hofreite im Dorf = 4,56 Ar; lfd. Nr. 4, Flur I, Nr. 6, ^{3/10} Grabgarten im Dorf = 4,88 Ar; lfd. Nr. 5, Flur I, Nr. 9, Grabgarten im Dorf = 4,69 Ar; lfd. Nr. 6, Flur I, Nr. 10, Grabgarten im Dorf = 1,04 Ar; lfd. Nr. 7, Flur I, Nr. 11, Grabgarten im Dorf = 1,48 Ar; lfd. Nr. 8, Flur I, Nr. 61, Wiese im Dorf = 1,37 Ar; lfd. Nr. 9, Flur I, Nr. 230, Wiese die Mölmwiese = 30,50 Ar; lfd. Nr. 10, Flur I, Nr. 347, ^{2/3} Wiese, ^{1/3} Acker am Ziegenberg = 42,88 Ar, 21,81 Ar; lfd. Nr. 11, Flur III, Nr. 10, Acker auf der Moos = 104,94 Ar; lfd. Nr. 12, Flur III, Nr. 30, ^{1/3} Acker, ^{2/3} Wiese am Hopfenstück = 12,81 Ar, 25,69 Ar; lfd. Nr. 13, Flur III, Nr. 31, Acker daselbst = 27,31 Ar; lfd. Nr. 14, Flur III, Nr. 57, Wiese daselbst = 10,69 Ar; lfd. Nr. 15, Flur III, Nr. 63, Wiese unter dem Dorf, linker Hand des Wassers = 19,38 Ar; lfd. Nr. 16, Flur III, Nr. 64, Wiese daselbst, 3,44 Ar; lfd. Nr. 17, Flur III, Nr. 71, Wiese daselbst = 16,19 Ar; lfd. Nr. 18, Flur III, Nr. 72, Wiese daselbst = 45,69 Ar; lfd. Nr. 19, Flur III, Nr. 76, Wiese daselbst = 7,06 Ar; lfd. Nr. 20, Flur III, Nr. 89, Wiese unter dem Dorf rechter Hand des Wassers = 0,063 Ar; lfd. Nr. 21, Flur III, Nr. 124, Wiese daselbst = 30,75 Ar; lfd. Nr. 22, Flur III, Nr. 125, Wiese daselbst = 29,12 Ar; lfd. Nr. 23, Flur III, Nr. 127, Wiese daselbst = 9,38 Ar; lfd. Nr. 24, Flur III, Nr. 153, Wiese daselbst = 27,37 Ar; lfd. Nr. 25, Flur IV, Nr. 90, Acker am rothen Birnbaum = 15,19 Ar; lfd. Nr. 26, Flur IV, Nr. 91, Acker daselbst = 15,19 Ar; lfd. Nr. 27, Flur IV, Nr. 92, Acker daselbst = 41,25 Ar; lfd. Nr. 28, Flur IV, Nr. 108, Acker am Vogelsang = 15,13 Ar; lfd. Nr. 29, Flur IV, Nr. 109, Acker daselbst = 15,13 Ar; lfd. Nr. 30, Flur IV, Nr. 167, Acker daselbst = 18,50 Ar; lfd. Nr. 31, Flur IV, Nr. 193, ^{1/8} Acker, ^{1/8} Wiese auf den Kälberbeeten = 50,25 Ar, 7,19 Ar; lfd. Nr. 32, Flur IV, Nr. 194, Acker daselbst = 11,75 Ar; lfd. Nr. 33, Flur V, Nr. 53, ^{1/2} Acker, ^{1/2} Wiese am Sonnberg = 26,44 Ar, 26,44 Ar; lfd. Nr. 34, Flur V, Nr. 67, Acker an der Breun = 27,19 Ar; lfd. Nr. 35, Flur V, Nr. 68, Acker daselbst = 29,12 Ar; lfd. Nr. 36, Flur VI, Nr. 60, Wiese am Katzenzähl = 22,12 Ar; lfd. Nr. 37, Flur VI, Nr. 61, Acker daselbst = 20,75 Ar; lfd. Nr. 38, Flur VI, Nr. 95, Acker daselbst = 56,94 Ar; lfd. Nr. 39, Flur VI, Nr. 107, ^{1/3} Wiese, ^{2/3} Acker daselbst = 41,75 Ar, 83,50 Ar; lfd. Nr. 40, Flur VI, Nr. 130, Acker am Wannweg = 19,56 Ar; lfd. Nr. 41, Flur VI, Nr. 131, Acker daselbst = 59 Ar; lfd. Nr. 42, Flur VI, Nr. 191, Acker auf den krummen Beeten = 40,12 Ar; lfd. Nr. 43, Flur VII, Nr. 8, Acker am Lindenstrauch = 17,48 Ar; lfd. Nr. 44, Flur VII, Nr. 46, Wiese in den Wedenwiesen = 35,50 Ar; lfd. Nr. 45, Flur VII, Nr. 47, Wiese daselbst = 27,50 Ar; lfd. Nr. 46, Flur VII, Nr. 48, Wiese daselbst = 33,25 Ar; lfd. Nr. 47, Flur VII, Nr. 49, Wiese daselbst = 10 Ar; lfd. Nr. 48, Flur VII, Nr. 53, Wiese daselbst = 33,25 Ar; lfd. Nr. 49, Flur VII, Nr. 74, Wiese daselbst = 55,25 Ar; lfd. Nr. 50, Flur VII, Nr. 86, Acker auf den Weiden- und Erlenäcker = 136,37 Ar; lfd. Nr. 51, Flur VII, Nr. 87, Acker daselbst = 22,63 Ar; lfd. Nr. 52, Flur VII, Nr. 106, Acker daselbst = 13,31 Ar; lfd. Nr. 53, Flur VII, Nr. 107, Acker daselbst = 77,62 Ar; lfd. Nr. 54, Flur VII, Nr. 108, Acker daselbst = 19,31 Ar; lfd. Nr. 55,

Flur VII, Nr. 109, Acker daselbst = 19,31 Ar; lfd. Nr. 56, Flur VIII, Nr. 3, Wiese in den Rothwiesen = 14,25 Ar; lfd. Nr. 57, Flur IX, Nr. 14, Wiese im Rothwiesengrund = 20,81 Ar; lfd. Nr. 58, Flur IX, Nr. 46, Acker an den Rothwiesenacker = 10,44 Ar; lfd. Nr. 59, Flur IX, Nr. 47, Acker daselbst = 12,75 Ar; lfd. Nr. 60, Flur IX, Nr. 51, Acker daselbst = 81 Ar; lfd. Nr. 61, Flur IX, Nr. 56, Acker an den Högäcker = 22,25 Ar; lfd. Nr. 62, Flur IX, Nr. 77, Acker daselbst = 55,13 Ar; lfd. Nr. 63, Flur IX, Nr. 80, Acker an den Schweinsacker = 60,63 Ar; lfd. Nr. 64, Flur XIV, Nr. 67, $\frac{2}{3}$ Wiese, $\frac{1}{3}$ Acker am Dilles = 46,75 Ar, 23,37 Ar; lfd. Nr. 65, Flur XIV, Nr. 80, Wiese daselbst = 10,31 Ar; lfd. Nr. 66, Flur XIV, Nr. 89, Wiese daselbst = 13,69 Ar; lfd. Nr. 67, Flur XV, Nr. 19, Wiese zwischen dem Meicheser Pfad und dem Dilles = 32,31 Ar; lfd. Nr. 68, Flur XV, Nr. 31, Wiese daselbst = 95 Ar; lfd. Nr. 69, Flur XV, Nr. 48, $\frac{1}{3}$ Wiese, $\frac{2}{3}$ Acker am Ziegenrück = 34,37 Ar, 68,75 Ar; lfd. Nr. 70, Flur XV, Nr. 76, Acker daselbst = 30 Ar; lfd. Nr. 71, Flur XV, Nr. 90, Acker daselbst = 17,19 Ar; lfd. Nr. 72, Flur XXII, Nr. 6, Wiese auf der Pfützenwiese = 237,25 Ar; lfd. Nr. 73, Flur XXVI, Nr. 14, Wiese die Habichtswiesen = 33,50 Ar; lfd. Nr. 74, Flur XXVI, Nr. 21, Wiese daselbst = 10,81 Ar; lfd. Nr. 75, Flur XXVI, Nr. 24, Wiese daselbst = 75,38 Ar; lfd. Nr. 76, Flur Nr. XXVI Nr. 26, Wiese daselbst = 36,87 Ar; lfd. Nr. 77, Flur XXVI, Nr. 27 Wiese daselbst 42,19 Ar; lfd. Nr. 78, Flur XXVII, Nr. 6, Acker die Götzbergsacker = 57,44 Ar; lfd. Nr. 79, Flur XXVII, Nr. 7, Acker daselbst = 70,37 Ar; lfd. Nr. 80, Flur VII, Nr. 28, $\frac{1}{10}$ Wüstung am Leidenberg = 1,19 Ar; lfd. Nr. 81, Flur VII, Nr. 28, $\frac{3}{10}$ Acker/Wiese am Leidenberg = 16,63 Ar/11,81 Ar; lfd. Nr. 82, Flur VI, Nr. 181, $\frac{3}{10}$ Acker auf den Haseläcker = 7,78 Ar; lfd. Nr. 83, Flur IX, Nr. 82, $\frac{2}{10}$ Wiese an den Schweinsacker = 12,31 Ar; lfd. Nr. 84, Flur IX, Nr. 82, $\frac{3}{10}$ Wiese daselbst = 47,06 Ar; lfd. Nr. 85, Flur XIV, Nr. 29, Acker am Dilles = 29,12 Ar; lfd. Nr. 86, Flur Nr. XIV, Nr. 30, Acker daselbst = 29,12 Ar; lfd. Nr. 87, Flur XIV, Nr. 31, Acker daselbst = 37,19 Ar.

b) Hopfmansfeld, Band 8, Blatt 295

lfd. Nr. 1, Flur VI, Nr. 63, Wiese in den Ohlwiesen = 28,81 Ar; lfd. Nr. 2, Flur Nr. VII, Nr. 7, Acker auf den Hübeläcker = 55,55 Ar; lfd. Nr. 3, Flur XII, Nr. 11, Acker daselbst = 35,25 Ar; lfd. Nr. 4, Flur VII, Nr. 18, Acker daselbst = 42,19 Ar; lfd. Nr. 5, Flur VII, Nr. 19, Acker daselbst = 33,87 Ar; lfd. Nr. 6, Flur XIII, Nr. 11, Wiese die Eichensträucher = 40,56 Ar.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Lauterbach (Hessen), 9. 5. 1960

Amtsgericht

1474

2 K 26/59: Die im Grundbuch von Hornau/Taunus, Bezirk Kelkheim-Hornau/Ts., Band 7, Blatt 269, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Hornau,

Nr. 7, Flur 3, Flurstück 652/273, Lieg.-B. Nr. 701, Garten im Hopfengarten, 0,71 Ar groß;

Nr. 8, Flur 9, Flurstück 257/57, Geb.-B. Nr. 62, bebauter Hofraum und Hausgarten, Langestr. 45, 12,35 Ar groß, sollen am 8. Juli 1960 um 11 Uhr, im Gerichtsge-

bäude, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. 12. 59, Tag des Versteigerungsvermerks, a) Maschinenarbeiter Heinrich Petry sen., b) Ehefrau Maria Jahns, geb. Petry, c) Vorarbeiter Heinrich Petry jun., alle in Kelkheim/Taunus-Hornau, in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt: lfd. Nr. 7: DM 142,—; lfd. Nr. 8: DM 14 970.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Königstein/Taunus, 3. 5. 1960

Amtsgericht

1475

K 7/57: Die im Grundbuch von Nieder-Ense Band 6, Blatt 169, eingetragenen Grundstücke, gelegen in der Gemarkung Nieder-Ense, Lieg.-B. 9, Geb.-B. 13, lfd. Nr. 44, Flur 1, Flurstück 91, Hofraum, Grünland, Hutung (Obstb.), Nieder-Ense, 18,38 Ar (Wert: DM 2800,—); lfd. Nr. 45, Flur 1, Flurstück 92, Hof- und Gebäudefläche Nieder-Ense Hausnr. 13, 6,89 Ar (Wert: DM 28 000,—); lfd. Nr. 46, Flur 5, Flurstück 4, Acker, Grünland, Hinter dem Wiggenknappe, 360,15 Ar (DM 24 500,—); lfd. Nr. 47, Flur 5, Flurstück 5, Acker, Grünland, Hinter dem Wiggenknappe, 72,52 Ar (DM 5200,—); lfd. Nr. 49, Flur 7, Flurstück 10, Hofraum, Acker, Grünland, Obstbau, Grünland, Beim Wegeweiser, 166,30 Ar (DM 10 000,—); lfd. Nr. 50, Flur Nr. 12, Flurstück 25, Grünland, Hutung; Auf der Herrenwiese, 45,37 Ar (DM 3600,—); lfd. Nr. 51, Flur 15, Flurstück 5, Acker am Pfandel, 34,20 Ar (DM 2000,—); lfd. Nr. 52, Flur 15, Flurstück 6, Acker, Hutung, Unland (Hecke), Am Pfandel, 241,66 Ar (DM 7200,—); lfd. Nr. 60, Flur 12, Flurstück 27/7, Wiese auf der Herrenwiese, 43,69 Ar (DM 3500,—), sollen am Donnerstag, dem 7. Juli 1960 um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Korbach, Hagenstraße 2, Zimmer 5, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. Juli 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): Landwirt Heinrich Grebe in Nieder-Ense.

Der Wert der einzelnen Grundstücke wird gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf Grund ortsgewöhnlicher Schätzung gegenüber allen Beteiligten wie oben in Klammern angegeben festgesetzt. Der Gesamtwert beträgt DM 86 800,—.

Zur Abgabe von Geboten (Einzelgeboten oder Gesamtgeboten) ist die Vorlage der Bietgenehmigung des Amtsgerichts Korbach — Abt. Landwirtschaftssachen — erforderlich; die Bietgenehmigung ist daher unverzüglich zu beantragen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Korbach, 29. 4. 1960

Amtsgericht

1476

7 K 12/60: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Mühlheim (Main), Band 71, Blatt 3264,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Mühlheim am Main, Flur 3, Nr. 729/4, LB. 2608, Hof- und Gebäudefläche Bahnhofstraße, 3,94 Ar, z. Z. der Eintragung des Versteigerungs-

vermerks (6. 4. 1960) auf den Namen des Schreiners Heinrich Adolf Glock in Mühlheim am Main eingetragene Grundstück am Dienstag, dem 5. Juli 1960, um 10.30 Uhr durch das unterzeichnete Gericht, Kaiserstraße 16, Zimmer 34, versteigert werden.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf DM 24 000,—.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Offenbach (Main), 13. 5. 1960

Amtsgericht, Abt. 7

1477

7 K 6/60: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Neu-Isenburg, Band 114, Blatt 4552, unter

lfd. Nr. 1, Gemarkung Neu-Isenburg, Flur 11, Nr. 215, LB. 2755, Hof- und Gebäudefläche Lindenweg 23 = 4,52 Ar, z. Z. der Eintragung des Versteigerungsvermerks (19. 2. 1960) auf den Namen der a) Witwe Anna Düding geb. Stoiber und b) Filmgießer Hubert Hoheisel, beide in Neu-Isenburg, zu je $\frac{1}{2}$ eingetragene Grundstück am Dienstag, dem 5. Juli 1960, um 9 Uhr durch das unterzeichnete Gericht, Kaiserstraße 16, Zimmer 34, versteigert werden.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf DM 30 000,—.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Offenbach (Main), 12. 5. 1960

Amtsgericht, Abt. 7

1478

Beschluß

3 K 24/59 — 3 K 3/60: Das im Grundbuch von Johannisberg, Band 16, Blatt 665, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Johannisberg, Flur 21, Flurstück 451/168, Lieg.-B. 851, Geb.-B. 234, Hof- und Gebäudefläche, Grund 136, 1,51 Ar, soll am 8. Juli 1960 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude Rüdeshheim, Gerichtsstr. 9, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung und zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. November 1959, Tag des Versteigerungsvermerks, Weinbergarbeiter Franz Dezjus und Magdalena geb. Weiss in Johannisberg zu je $\frac{1}{2}$ Anteil.

Der Wert des Grundstückes wird hiermit nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf DM 4000,—. Die Verfahren 3 K 24/59 und 3 K 3/60 werden gemäß § 18 ZVG verbunden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Rüdeshheim/Rhein, 6. 5. 1960 Amtsgericht

1479

K 5/60: Die im Grundbuch von Stornfels, Band 10, Blatt 497, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Stornfels,

Nr. 1, Flur I, Flurstück 95, Hof- und Gebäudefläche im Geraumes = 2,73 Ar,

Nr. 7, Flur I, Flurstück 92, Grünland daselbst = 2,16 Ar,

Nr. 8, Flur I, Flurstück 93, Gartenland daselbst = 1,81 Ar, sollen am 29. Juni 1960 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude Schotten durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 29. 3. 1960, Tag des Versteigerungsvermerks, Elektriker Ernst Fritzius in Stornfels.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Schotten, 12. 5. 1960 **Amtsgericht**

1480

61 K 49/59: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Wiesbaden-Innen, Band 164, Blatt 2469, eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am 11. Juli 1960 um 9 Uhr an der Gerichtsstelle Wiesbaden, Gerichtsstr. Nr. 2, Zimmer 250, versteigert werden.

lfd. Nr. 3, Flur 17, Flurstück 80/1, Hof- und Gebäudefläche, Seerobenstr. 27, 8,37 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 31. 12. 1959 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals der Kaufmann Lucien Bloch in Mühlhausen im Elsaß eingetragen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Wiesbaden, 10. 5. 1960 **Amtsgericht**

1481

4 K 15/58: Die im Grundbuch von Velmeden, Band IX, Blatt 243, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Velmeden,

Nr. 4, Flur 8, Flurstück 169/16 148, Ackerland, die Mülhstücke, 41,43 Ar; Nr. 5, Flur Nr. 6, Flurstück 35, Grünland, die Pfiffersländer, 35,92 Ar; Nr. 6, Flur 8, Flurstück 48, Gartenland, die Pflanzenörter, 1,36 Ar; Nr. 7, Flur 9, Flurstück 9, Grünland, die Wetzländer, 18,39 Ar; Nr. 8, Flur 9, Flurstück 67/8, Grünland, daselbst 29,27 Ar; Nr. 9, Flur 7, Flurstück 85/2, Hof- und Gebäudefläche, Dorfstraße Haus 110, 9,75 Ar; Nr. 10, Flur 8, Flurstück 93/2, Ackerland, die Simmenet, 26,75 Ar; Nr. 11 Flur 1, Flurstück 54/1, Ackerland, vor dem

Ulrod, 12,54 Ar; Nr. 12, Flur 1, Flurstück Nr. 54/2, Ackerland, daselbst, 12,52 Ar; Nr. 13, Flur 1, Flurstück 54/3, Ackerland vor dem Ulrod, 33,78 Ar; Nr. 14, Flur 1, Flurstück 54/4, Ackerland, daselbst, 33,68 Ar; Nr. 15, Flur 1, Flurstück 63/1, Ackerland und Unland, Schutthalde und Gebäude, das Ulrod, 18,00 Ar; Nr. 16, Flur 1, Flurstück 64/1, Ackerland, daselbst, 9,54 Ar; sollen am 13. Juli 1960 um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Walburgerstr. 38, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. Sept. 1958, Tag des Versteigerungsvermerks, Bauunternehmer Adolf Noll in Velmeden.

Einheitswert: a) das Familienhaus, Dorfstr. 110: DM 5100,—, b) für den landw. Betrieb (Stückländereien): DM 1600,—.

Bieter bedürfen der Genehmigung des Amtsgerichts Witzenhausen, Abteilung für Landwirtschaftssachen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Witzenhausen, 3. 5. 1960 **Amtsgericht**

1482

Aufforderung: Herr Kaufmann Josef Frewer, Herstelle, hat die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches Nr. 4881, ausgestellt auf den Namen Frau Wwe. Mathilde Kleinschmidt, Herstelle, beantragt. Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Karlshafen, 9. 5. 1960

Stadtsparkasse Karlshafen
Der Vorstand

1483

Aufforderung. Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt: 1. Hans-Helmut Ullmann, Hofgeismar, Sparkassenbuch Nr. 18 503, 2. Edmund Schultz, Hofgeismar, Sparkassenbuch Nr. 7361, 3. Edmund Schultz, Hofgeismar, Sparkassenbuch Nr. 7364, 4. Kirchengemeinde Stammen (Glockenfonds), Sparkassenbuch Nr. Tr. 2182, 5. Hans Nebe, Carlsdorf, Sparkassenbuch Nr. 13 541, 6. Wilhelmine Eberle, Kassel, Sparkassenbuch Nr. 20 084.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

Hofgeismar, 11. 5. 1960

Kreissparkasse Hofgeismar
Der Vorstand

1484

Aufforderung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung folgender Sparkassenbücher beantragt: 1. Dr. C. E. Blitz, Beerfelden, das Sparkassenbuch Nr. 3/17 923 Jutta Blitz, Beerfelden; 2. Leonhard Schäfer, Weiten-Gesäß, das Sparkassenbuch Nr. 4/3141 Sophie Giebenhain, Steinbach; 3. Johann Hammann, Vielbrunn, das Sparkassenbuch Nr. 5/13 441 Adam Hammann I., Vielbrunn; 4. Adam König, Annelsbach, das Sparkassenbuch Nr. 9/9657 Ernst Mark, Annelsbach.

Ferner haben folgende Personen die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt: 1. Johann Weyrich, Würzburg, Sparkassenbuch Nr. 14 705; 2. Dr. Mart. Saul, Beerfelden, Sparkassenbuch Nr. 3/2367; 3. Manfred Leineweber, Steinbach, Sparkassenbuch Nr. 4/7280; 4. Leonh. Saul, Vielbrunn, Sparkassenbuch Nr. 5/10 696; 5. Heinrich Hartmann, Höchst, Sparkassenbuch Nr. 9/8378; 6. Helga Göttler geb. Pfaffel, Wiesbaden, Sparkassenbuch Nr. 9/10 561; 7. Margarete Pfaffel, Kitzingen, Sparkassenbuch Nr. 9/11 214; 8. Georg Heusel, Höchst, Sparkassenbuch Nr. 9/11 869.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

Erbach (Odenwald), 13. 5. 1960

Kreissparkasse Erbach i. Odw.
Der Vorstand

Andere Behörden und Körperschaften**1485**

Aufforderung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung folgender Sparkassenbücher beantragt: 1. Elfriede Kreuter, Dachrieden, das Sparkassenbuch Nr. 17 716 des Rüdiger Kreuter, Dachrieden; 2. Eleonore Amend, Lohrhaupten, das Sparkassenbuch Nr. 24 995 der Eleonore Amend, Lohrhaupten; 3. Heinrich und Katharina Gröll geb. Trupp, Udenhain, die Sparkassenbücher Nr. 15 008 und Nr. 14 314 des Herrn Heinrich Gröll, Udenhain; 4. Walter Wolf, Bad Orb, das Sparkassenbuch Nr. 13 004 der Susanne Wolf, Bad Orb.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

Gelnhausen, 9. 5. 1960

KREISSPARKASSE GELNHAUSEN
Der Vorstand

1486

Kraftloserklärung. Durch Beschluß vom 10. Mai 1960 sind die nachgenannten Sparkassenbücher für kraftlos erklärt worden. 1. Nr. 68 512, Gerhard Müller, Offenbach a. M.; 2. Nr. 48 166, Else Bauer geb. Best, Mühlheim a. M.-Dietsheim; 3. Nr. 47 158, Reinhold Best, Mühlheim a. M.; 4. Nr. 2-8710, Anne Katrin Wilzbacher, Offenbach a. M.

Offenbach (Main), 10. 5. 1960

Städtische Sparkasse Offenbach a. M.
Der Vorstand

Preis des Einzelstückes dieser Ausgabe des Staats-Anzeigers

DM —,50, bei Postversand DM —,60

Lieferung gegen Vorauszahlung (auch in Briefmarken) an Staats-Anzeiger, Wiesbaden, Friedrichstraße 9, Schließfach 199 oder auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. Nr. 117 337, Verlag Kultur und Wissen GmbH, Ffm., Münchener Straße 54. Auf dem Abschnitt Bestellung genau bezeichnen. Kein Nachnahmeversand.

Anzeigenschluß

jeweils 5 Tage vor Erscheinen

OPEL *Auto Schatz*

FRANKFURT-MAIN AUTH. SERVICE FÜR
SAMMEL-NR. 40441
HANAUER LANDSTRASSE 295

GM

1487 Öffentliche Ausschreibung

Wiesbaden. Die Schlosserarbeiten zur Herstellung von Brückengeländern u. dgl. für die Umgehungsstraße Oestrich—Mittelheim—Winkel im Zuge der Bundesstraße 42 sollen vergeben werden.

Auszuführen sind u. a.:

- ca. 930 lfd. m Brückengeländer
- ca. 70 lfd. m Ufergeländer
- 4 Stck. Stahlitore.

Bauzeit: 60 Arbeitstage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und erforderlichen Maschine und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 25. 5. 1960 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post als portopflichtige Dienstsache übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 5,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Ffm. 6830 mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen Schlosserarbeiten Oestrich“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 30. 5. 1960, in der Zeit von 8.00 Uhr bis 13.00 Uhr beim Straßenneubauamt Rhein-Main, Wiesbaden, Scheffelstraße 9 (Zimmer Nr. 3).

Eröffnung: Donnerstag, den 9. Juni 1960, um 10.00 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist läuft am 9. Juni 1960 ab.

Straßenneubauamt Rhein-Main, Wiesbaden

1488

Darmstadt. Die Erd-, Unterbau-, Profilierungs- und Fahrbahnarbeiten zum Ausbau der LIO 3097 Ortsumgehung Ober-Roden (Spange) (km 18,200 — km 18,502) sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

- 1800 m³ Erdarbeiten
- 3000 m³ Schotterunterbau
- 3000 m³ Streumakadam
- 3000 m³ Teppichbelag.

Bauzeit: 90 Arbeitstage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 24. 5. 1960 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post als portopflichtige Dienstsache übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 5,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto 355 99 beim Postscheckamt in Frankfurt/M., mit Angabe: LIO 3097 Ortsumgehung Ober-Roden (Spange). Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 27. Mai 1960 in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Darmstadt (Zimmer Nr. 206).

Eröffnung: Mittwoch, den 8. Juni 1960, um 10.00 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 12 Werkstage.

Darmstadt, 10. 5. 1960

Hessisches Straßenbauamt

1489

Wiesbaden. Die Arbeiten zur Herstellung von Pflasterabstumpfung auf Landstraßen I. Ordnung im Bauamtsbereich Wiesbaden sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

- rd. 30 000 qm Pflasterabstumpfung.

Bauzeit: 45 Arbeitstage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 23. Mai 1960 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post als portopflichtige Dienstsache übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von DM 3,80, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 6830 zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Kennwortes: „Pflasterabstumpfung LIO Straba. Wiesbaden“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 23. 5. 1960 in der Zeit von 8.00 bis 17.00 Uhr beim Hessischen Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer Nr. 11.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 13, am Freitag, dem 10. Juni 1960, um 11.00 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 21 Werkstage.

Wiesbaden, 10. 5. 1960

Hess. Straßenbauamt

1490

Fulda. Die Arbeiten zur Herstellung von endgültigen Fahrbahndecken nach TV bit. 3/56 im Zuge der B 27 und der B 254 sollen vergeben werden. Auszuführen sind:

- 2 400 t bit. Edelsplitt versch. Körnung zum Ausgleich
- 58 000 qm Asphaltbinderschicht in 4 cm Dicke (92 kg/qm)
- 58 800 qm Asphaltbetonfeinschicht 3,5 cm dick (84 kg/qm)
- 11 300 lfd. m Betonleitstreifen B 450 mit den Abmessungen 20×50 cm
- 9 100 lfd. m Betoniefbordsteine 10/25 cm
- 240 lfd. m Betonhochbordsteine 12/15/30 cm und sonstige Arbeiten.

Vorstehende Arbeiten sind in 3 Lose aufgeteilt:

- Los I B 27 Lehnert—Marbach, km 88,578—km 93,129 = 4551 m
- Los II - A B 27 vor Ortslage Bronnzell km 81,146—km 81,666 = 520 m Kennzahl 1021; lfd. Nr. 136/60
- Los II - B B 254 Ausbau bei Kohlhaus km 81,392—82,071 = 679 m Kennzahl 1021; lfd. Nr. 148/60

Die Gesamtbauzeit (für 3 Lose) wird auf 125 Arbeitstage festgesetzt. Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 3. 6. 1960 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post als portopflichtige Dienstsache übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 10,— DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlungen bei der Staatskasse Fulda, Postscheckkonto Frankfurt/M. 6749 mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen Kz. 1021; lfd. Nr. 136, und 148/60 — Schwere Decken — B 27 und B 254“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 23. 5. 1960, in der Zeit von 8—12 Uhr, beim Hess. Straßenbauamt Fulda, Langebrückenstraße 14. Eröffnung: Mittwoch, den 8. Juni 1960, um 10 Uhr, bei o. a. Dienststelle. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 28 Werkstage und endet am 13. Juli 1960.

Der vorliegenden und allen zukünftigen Ausschreibungen des hiesigen Amts liegen die in Heft: „Vergabe von Bauleistungen im Straßenbau — Land Hessen“ zusammengefaßten 1. Vorläufige zusätzliche und besondere Vertragsbedingungen (ZBV — Land Hessen — 1960) und 2. Grundlagen der Leistungsbeschreibung (GLB — Hessen — 1960) zugrunde. Dieses Heft kann gegen eine Selbstkostengebühr in Höhe von 3,— DM ebenfalls bei der hiesigen Dienststelle angefordert werden.

Hessisches Straßenbauamt Fulda

1491

Fulda. Die Straßenbauarbeiten für den Ausbau der B 284 zwischen Gersfeld und Obernhäusen, km 1,016 bis km 2,517 = 1501 m und der Bau einer Stützmauer von Baustat. 1,9+22 bis 2,0+0,5, sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

- 5 200 cbm Mutterbodenab- und -auftrag nach DIN 18.300 - 2.21
- 29 500 cbm Bodenab- und -auftrag aller Klassen (DIN 18.300 - 2.24 bis 2.28)
- 10 600 qm frostsicherer Unterbau nach RU bit 60
- 10 600 qm Mischmakadamunterschicht im Heißeinbau nach TV bit 2/56
- 10 600 qm Asphaltfeinbeton (Heißeinbau) nach TV bit 3/56
- 275 cbm Betonstützmauer (rd. 83 m lang) aus Beton B 225 sowie Ausführung von Drägen, Schächten, Betonrohrdurchlässen mit und ohne Ummantelung, Versetzen von Betonflachbordsteinen und sonstiges.

Bauzeit: 7 1/2 Monate (190 Arbeitstage).

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 3. 6. 1960 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post als portopflichtige Dienstsache übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 10,— DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlungen bei der Staatskasse Fulda, Postscheckkonto Frankfurt/M. 6749 mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für Kz. 1010; lfd. Nr. 37/60, Ausbau der B 284 zwischen Gersfeld und Obernhäusen.“ Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 23. 5. 1960, in der Zeit von 8—12 Uhr, beim Hess. Straßenbauamt Fulda, Langebrückenstraße 14.

Eröffnung: Freitag, den 10. Juni 1960, um 10 Uhr, bei o. a. Dienststelle. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 21 Werkstage.

Der vorliegenden und allen zukünftigen Ausschreibungen des hiesigen Amts liegen die in Heft: „Vergabe von Bauleistungen im Straßenbau — Land Hessen“ zusammengefaßten 1. Vorläufige zusätzliche und besondere Vertragsbedingungen (ZBV — Land Hessen — 1960) und 2. Grundlagen der Leistungsbeschreibung (GLB — Hessen — 1960) zugrunde. Dieses Heft kann gegen eine Selbstkostengebühr in Höhe von 3,— DM ebenfalls bei der hiesigen Dienststelle angefordert werden.

Hessisches Straßenbauamt Fulda

Der Staatsanzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich samstags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 3,20 und DM 0,27 Zustellgebühr. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Dr. Hans Mayer, für den übrigen Teil Paul Hartelt.

Verlag: Verlag Kultur u. Wissen, GmbH, Frankfurt/M., Münchener Str. 54, Ruf 33 12 14 u. 33 11 96. Postscheckkonto: Frankfurt/Main Nr. 1173 37. Druck: Druckerei Chmielorz, Wiesbaden. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, Wiesbaden (Ruf 2 53 61). Postfach 109 (Eilsendungen: Wiesbaden, Friedrichstraße 9). Anzeigenschluß: jeden Dienstag um 14 Uhr, Anzeigenpreis lt. Tarif Nr 2 vom 1. 4. 1956. Auflage: 9800. Umfang: 82 Seiten.

1492

Darmstadt. Die Erdbau-, Entwässerungs- und Vermörtelungsarbeiten im 1. Bauabschnitt des Süd-Main-Schnellweges zwischen Ostrampe der Rheinbrücke Weisenau und Bundesstraße 26 bei Bischofheim-Gustavsburg sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

Auszuführen sind:

| | |
|---|-------------------|
| Mutterbodenabtrag | ca. 85 000 cbm |
| Erdbewegungen | ca. 350 000 cbm |
| Lieferung und Einbau von: Dammschüttmaterial | ca. 195 000 cbm |
| Frostschutzkies | ca. 42 000 cbm |
| Sicker- und Entwässerungsleitungen | ca. 13 000 lfd. m |
| Zement-Vermörtelungsarbeiten | ca. 95 000 qm |

Bauzeit: 250 Werktage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art und Umfangs qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte sowie die erforderlichen, modernen Maschinen und Geräte verfügen. Bewerber werden gebeten, die Ausschreibungsunterlagen bis spätestens 25. Mai 1960 beim Straßen-Neubauamt Hessen-Süd, Darmstadt, Rheinstraße 19/21, schriftlich anzufordern.

Der Beleg über die Einzahlung der Selbstkosten — für Erst- und Zweitausfertigung des Leistungsverzeichnisses — in Höhe von 30,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Darmstadt, Neckarstraße 3a, Postscheckkonto: Frankfurt/M. Kto.-Nr. 335 99, mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für 1. Bauabschnitt des Süd-Main-Schnellweges.“

Die Ausschreibungsunterlagen werden dem Besteller in der Zeit bis 8. Juni 1960 per Post portofrei zugesandt.

Eröffnungstermin: 8. Juli 1960 um 11.00 Uhr.

Straßen-Neubauamt Hessen-Süd, Darmstadt

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe



DRÖLL & SCHEUERMANN

Ffm., Roßmarkt 15
Tel. Sa.-Nr. 200 56

Immobilien
Vermietungen
Aufbau-Organisation

Hypotheken
Beteiligungen
Geschäftsverkäufe

Wilhelm Becker

ELEKTROBEDARF

Seit 1913

Frankfurt a. Main-Süd
Danneckerstr. 39-41 · Fernruf 6 26 68 u. 6 27 39

In allen Fragen
der Druckluftherzeugung und Druckluftanwendung
beraten wir Sie gern

FMAPOKORNY FRANKFURT/M.
Tel. 770401

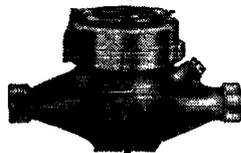
Adolf Selzer

- Zentralheizung
- Sanitäre Installationen

Stemmhäuser
Bleichenbach (Oberh.)
Tel.: Stockholm 258

Hanau/Main
Akademiestraße 35a
Tel.: Hanau 2991

Spanner Hauswasserzähler
Woltmannwasserzähler



Spanner & Loeven
Frankfurter Zählerfabrik
GMBH

WIESBADEN-KASTEL, Steinernstraße 19
Telefon: (06143) 2725

VERPUTZ-STUCK-ANSTRICH



EDEL
FRANKFURT-MAIN 1

Chemieprodukte GmbH Leverkusen-Rheindorf, Ruf Nr. 61371

BFZ-TOK-Band als Dichtung im Kanalbau

Auskunft und Beratung erteilt:

Dipl.-Ing. W. Umlauf, Frankfurt/M., Niederräder Landstr. 42, Tel. 67 21 81

Helmut Wilken Ing.

Kanalbau · Kanalreinigung · Grubenentleerung · Baggerarbeiten

Frankfurt / M. · Bergerstraße 287 · Telefon 4 50 67

EUGEN TOUSSAINT

FRANKFURT/M.-SÜD, GUTZKOWSTRASSE 27, TELEFON 6 44 08

Wassertechnische Beratung — Ing.-Büro

Chem. Wasseraufbereitung für: Wasserwerke, Gemeinden,
Industrie und Gewerbe

Generalvertretung der FA. KARL KLEIN & SOHN, MANNHEIM



HENSCHEL

LASTKRAFTWAGEN — KIPPER — ALLRADKIPPER
von 4—20 t

Generalvertretung: THOMAS & CO.

Frankfurt/M., Hanauer Landstraße 223 F.: 4 78 51—3

PAUL GELDMACHER



FARBEN-WERK
KLINKER-VERTRIEB
ETERNIT-VERTRIEB

BAUSTOFFE



BAU-CHEMIE GmbH, GIESSEN

Telefon 3584

- Straßenbau-Bindemittel
 - „KORROSIT“-Bautenschutzmittel
 - K-B- UND H-K-B-ZUSATZ
- Spezial- Bitumen-Emulsionen für Estriche

1493

Kassel. Im Bereich des Hess. Straßenbauamtes Kassel sollen folgende Bauarbeiten öffentlich ausgeschrieben werden: Neubau einer Stahlbetonstraßenbrücke über den Wahlbach im Zuge der L.I.O. Nr. 3236 Lohfelden—Vollmarshausen in Bau-km 0,487.

Folgende Bauleistungen sind vorgesehen:

- Herstellung einer Notbrücke mit 3,0 m Fahrbahnbreite und 6,0 t Tragfähigkeit,
- 300 cbm Bodenaushub
- 300 cbm Beton B 225
- 15 cbm Beton B 300
- 90 cbm Stahlbeton B 300
- 7,0 t Betonstahl II

Bewerber, die die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Hess. Straßenbauamt in Kassel, Ständeplatz 3½, bis spätestens den 23. Mai 1960 (Eingangstag) mitzuteilen und dabei anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von DM 4,— ist beizufügen. (Einzahlung bei der Staatskasse Kassel, Postscheckkonto Frankfurt am Main 6745.)

Es wollen sich nur Firmen melden, die schon Brücken derartigen Umfangs selbständig hergestellt haben. Entsprechender Nachweis ist der Anforderung des Angebotes beizufügen. Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht und Quittung am Mittwoch, dem 25. Mai 1960, in der Zeit von 10.00 bis 12.00 Uhr im Hess. Straßenbauamt, Zimmer 3, abgegeben. Eröffnung der Angebote am 8. Juni 1960 um 8.30 Uhr.

Kassel, 17. 5. 1960

Hessisches Straßenbauamt

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Anstalten

Wintrich - Feuerlöscher

Seit über 50 Jahren bestens bewährt

DEUTSCHE FEUERLÖSCHER-BAUANSTALT WINTRICH & CO, BENSHEIM · Fernruf 2466

Beleuchtung - Elektrogeräte - Elektromaterial

Weiss & Sohn KG. *Großhandlung*

Rüsselsheim - Moselstraße 23 - Telefon * 5441

PhotoRahn

FRANKFURT/MAIN
Kaiserstraße 55

Das große Haus für PHOTO · KINO · FERNGLÄSER

Lieferant für Behörden und Industrie
Fordern Sie unseren ausführlichen Katalog an

Georg Wenzens

Großküchen-Einrichtungen
Porzellan und Glaswaren

Anstaltsbedarf, Aluminium,
Geräte,
Elektro-Küchenmaschinen aller Art

DARMSTADT

Prälat-Diehl-Str. 11 - Tel. 7 61 63

G. MÜLLER

Teppiche
Gardinen
Tapeten
Linoleum



Frankfurt a. M., Kaiserstraße 5a. Ruf 26454

**SEIFENFABRIK
e. Heinlein**

Ein Begriff für gute Seifen- und Waschmittel!

Schlüchtern Tel. 251 u. 480

Wilhelm Rink K.G.

Elektrogroßhandlung

Wetzlar

Langgasse 51-55 · Fernruf 35 41/42

- Elektro-Haushaltgeräte
- Installationsmaterialien
- Beleuchtungskörper



Gritzner - Kayser

Werkvertretung
NÄHMASCHINEN-SCHMID
Frankfurt am Main, Fahrgasse 86 - Telefon 21071

Stoffe - Gardinen -
Teppiche

Die großen Textil-Etagen
Frankfurt/Main, Zell 85-93
Telefon 26747

WEIPERT

SELECTA

- Polstermatrizen und Polsterauflagen aller Art
- Schonerdecken aller Art

für den Bedarf für:

Krankenhäuser, Anstalten, Heime, Hotels, Unterkünfte
von den einfachsten Ausführungen bis zu den besten Spezialanfertigungen
„Selecta“-Matrizen- u. Schonerdecken-Spezialfabrik Abt & Co.
Frankfurt am Main-Höchst, Auerstraße 3 · Telefon Ffm. 31 29 68

Hochweber

Bettfedernfabrik
Frankfurt/Main-Ost
Hagenstr. 16 · Ruf 42236

- Bettfedern und Daunen
- Kopfkissen, Oberbetten
- Einziehdauenendecken alle Größen, Farben und Preislagen



Für Klimatisierung und Ölfeuerung

RUHAAK GmbH Frankfurt (Main)

Ostparkstraße 25-29 Ruf: 49 11 41 Fernschreiber: 04-11 580



Beratung · Planung · Installation · Kundendienst

1494

Eschwege. Die Arbeiten für den Ausbau und die teilweise Verlegung der L.I.O. Nr. 3227 zwischen Friemen und Mäckelsdorf km 0,005 bis km 0,485 sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

1. rd. 2 700 cbm Mutterboden abheben und wieder andecken
2. rd. 21 000 cbm Boden lösen
3. rd. 4 500 qm Frostschutzschicht 30 cm stark
4. rd. 4 200 qm Schotterunterbau 25 cm stark
5. rd. 3 600 qm Mischmakadam-Unterschicht u. Asphaltbetondecke sowie Herstellung von Dränagen, Banketten, Gräben und aller Nebenarbeiten.

Bauzeit: 120 Kalendertage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 27. 5. 1960 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post als portopflichtige Dienstsache übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 6,- DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Eschwege, Konto Kreissparkasse Eschwege, Konto Nr. 147, mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen: Ausbau zwischen Friemen und Mäckelsdorf“. Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 30. 5. 1960 in der Zeit von 8.00 bis 12.30 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Eschwege, Zimmer Nr. 1.

Eröffnung: Eschwege, Dienstag, 14. 6. 1960, um 10.00 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 21 Kalendertage.

Eschwege, 16. 5. 1960

Hess. Straßenbauamt

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe

olivetti
Karl Roeder
*Fachunternehmen
für Büromaschinen*
Reparatur u. Wartung aller Fabrikate
Fulda
Heinrichstraße 10, I. Etage
Fernruf 2028

DRUCK- UND VERLAGSHAUS
PHIL. L. FINK KG liefert
GROSS-GERAU · TELEFON 541
Drucksachen für
Behörden und
Industrie in Buch-
und Offsetdruck
Spezialität:
Massendrucksachen



1597
FERDINAND FLINSCH
liefert alle Papiere und
Kartons
für den Behördenbedarf

typo-Werke
H. Nehls GmbH.
Berlin-Schöneberg
Apostel-Paulus-Straße 21/22
Frankfurt/Main-Hausen
„Industriehof“
Buchungs-Kohlepapier
Einmalkohlepapier
Billingkohlepapier
Durchschreibepapier
Farbbänder
Wechselsprechanlagen

CARL AUGUST **GROSSE** NACHFOLGER
Inhaber Martin Schepp
**Das Bürobedarfsgeschäft
mit der großen Auswahl!**
Frankf. a. M. - Rathenauplatz 2-8 - Telefon 22466



Boiffier
OPTIKFOTOKINO
Kameras - Projektionsgeräte - Röntgen- und Fotomaterialien - Ferngläser - Nivellierinstrumente.
Lieferant aller Behörden, Ämter und Anstalten.
Wiesbaden · Rheinstr. 47 u. Kirchgasse 50 · Tel. 2 53 74

Fritz Haußmann
Strichätzungen
Autotypien
Komb. Ätzungen
Farbätzungen
Elektrolytklischees

Graphische Kunstanstalt

Darmstadt Tel. 76067
Reluschen
Zeichnungen
Fotolithos
Matern
Galvanos

Büro-Werner
**BUROMASCHINEN
BÜROMÖBEL
BÜROBEDARF**
OFFENBACH/MAIN · Waldstraße 5
Ruf Sa.-Nr. 80141



**Druck-, Schreib-, Rotaprint- und Durchschlagpapiere
Kartei- und Aktendeckelkarton
Zeichen- und Transparentpapiere
feine Büttenspapiere**

DRISLER & Co
Frankfurt am Main · Insterburger Straße 16
Industrie Hof · Telefon 77 43 15 · 77 45 15 · 77 32 11

Dienstleistungen unserer Betriebe:

Wir reinigen für Behörden, Banken, Versicherungen und Industrieverwaltungen

Frankfurter Teppich-, Polstermöbel- u. Kleiderreinigungs-OHG. Frankfurt am Main, Obermainstraße 14 - 26 · Telefon 49 32 44 u. 33 61 26



TEPPICHE, POLSTERMÖBEL, FESTE FUSSBODENBELÄGE, GARDINEN, DEKOSTOFFE, KLEIDER, MÄNTEL, ANZÜGE usw. Ia REFERENZEN